nahua script 8

Entwicklungspolitisches Symposium "El Salvador und Nicaragua im Vergleich"

Nicht-staatliche Hilfswerke debattieren die Politik der Bundesregierung zu Mittelamerika

Die Diskussion über die mittelamerikanischen Länder Nicaragua und El Salvador ist in den letzten Jahren ein zentraler Punkt in der entwicklungspolitischen Debatte in der Bundesrepublik gewesen. Durch das Symposium "El Salvador und Nicaragua im Vergleich" wollten die nicht-staatlichen Hilfswerke in dieser Debatte einen neuen entwicklungspolitisch ausgerichteten Akzent setzen. Den Hintergrund dieses Engagements bildet ihre Erfahrung mit Projektarbeit in beiden Ländern.

Die in diesem Reader zusammengefaßten Ergebnisse des Symposiums sollen ein Anstoß dazu sein, daß in der weiteren Diskussion über Mittelamerika trotz der klaren politischen Konfrontationslinien das eigentliche Feld dieser Auseinandersetzung, die Entwicklungspolitik, nicht aus dem Auge verloren geht.

Eine Absicht für die Durchführung des Symposiums war es, auch die aktuelle Diskussion mit der Bundesregierung auf sachlicher Ebene fortzuführen. Leider ist Bundesminister Warnke dieser direkten Diskussion einmal mehr ausgewichen. Für die Veranstalter ist dies Indiz dafür, daß der Entwicklungshilfeminister seine Politik in Mittelamerika Experten und Praktikern gegenüber nicht mit entwicklungspolitischen Grundsätzen begründen kann.

Alle nicht-staatlichen, auch die kirchlichen Hilfsorganisationen sprachen sich für eine verstärkte Hilfe für Nicaragua aus. Dieses Land stellt, aus der Projekterfahrung der Veranstalter betrachtet, ein "alternatives Entwicklungsmodell" dar, in dem gerade die Partizipation der Bevölkerung an den Projekten gewährleistet ist.

Für die Wiederaufnahme der staatlichen Entwicklungshilfe für El Salvador gibt es aus Sicht der Nicht-Regierungsorganisationen keine Kriterien aus der Entwicklungshilfepraxis. Im Gegenteil, diese Organisationen haben selbst schlechte Erfahrungen gemacht: gerade Projekte, die eine auch staatlicherseits gewünschte Partizipation der Bevölkerung verwirklichten, sind Opfer des Terrors der Paramilitärs und Regierungstruppen in El Salvador geworden.

Edition Nahua

nahua script

"nahua scripte" ist eine neu ins Verlagsprogramm der Edition Nahua aufgenommene Reihe, die sich besonders an Gruppen und Komitees in der Solidaritätsbewegung zu Nicaragua und Mittelamerika sowie an Kreise der Schul- und Erwachsenenbildung richtet und ihnen zu aktuellen Veränderungen in Mittelamerika und der Karibik in unregelmäßiger Reihenfolge sorgfältig ausgewählte und kommentierte Dokumente, Dossiers und Arbeitspapiere zur Information, Diskussion und politischen Praxis an die Hand gibt.

nahua script 1

Blockfreiheit in Nicaragua und Lateinamerika

Machtloses Prinzip oder Chance gegen die US-Intervention?

Zur Ministerkonferenz des Koordinationsbüros der Bewegung Blockfreier Staaten in Managua vom 10. bis 14. Januar 1983

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal unter Mitarbeit von Karl-Ludolf Hübener, Michael Rediske und Klaus Fritsche. Format A4. 44 Seiten. DM 6,00.

nahua script 2

Gegen Ronald Wilson Reagan und andere

Die Klageschrift des Zentrums für Verfassungsrechte, New York im Prozeß wegen der Intervention der USA in Nicaragua gegen Präsident Reagan, CIA-Direktor Casey, Außenminister Shultz u.a.

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal mit einem Geleitwort von Wolfgang Däubler. Format A4. 44 Seiten. DM 6,00.

nahua script 3

Die Auseinandersetzung um die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Nicaragua

Ein Exempel für die gezielte Boykottierung des nicaraguanischen Wiederaufbaus

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal. Format A4. 64 Seiten. DM 6,00.

nahua script 5

Der Konflikt um Nicaraguas Miskito-Indianer

Zur Instrumentalisierung einer Menschenrechtsfrage

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal. Format A4. 156 S. DM 10,00

nahua script 6

Die NATO in der Karibik

Aufmarsch des Bündnisses im Krieg gegen Nicaragua

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal. Format A4. Etwa 48 S. Etwa DM 6,00 (in Vorbereitung).

nahua script 7

Weltwirtschaftskrise und Schuldnerkartell

Zentralamerika im Würgegriff internationaler Finanzinstitutionen

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal. Format A4. Etwa 48 S. Etwa DM 6,00 (in Vorbereitung).

nahua script 8

Entwicklungspolitisches Symposium "El Salvador und Nicaragua im Vergleich"

Nicht-staatliche Hilfswerke debattieren die Politik der Bundesregierung zu Mittelamerika

Reden und Beiträge von der gleichnamigen Veranstaltung bundesdeutscher NROs in Köln vom 21. bis 22. Januar 1985

Weitere Hefte in Vorbereitung

Edition Nahua

Postfach 10 13 20
5600 Wuppertal 1
Tel.: 0202/76 05 27

Entwicklungspolitisches Symposium »El Salvador und Nicaragua im Vergleich«

Nicht-staatliche Hilfswerke debattieren die Politik der Bundesregierung zu Mittelamerika

Reden und Beiträge
von der gleichnamigen Veranstaltung von
terre des hommes, Osnabrück
medico international, Frankfurt
Christliche Initiative Romero, Münster
EIRENE, Neuwied

unter Beratung durch die

Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft Zentralamerika (SSZ), Münster

in Köln vom 21. bis 22. Januar 1985

Ein Reader gemeinschaftlich verlegt von

Edition Nahua
Veröffentlichungen zu Mittelamerika GmbH

und

epd-Entwicklungspolitik
Informationsdienst des Evangelischen Pressedienstes (epd)

1. Auflage 1985
© Alle Rechte bei den Veranstaltern, 1985
terre des hommes Deutschland e.V., Osnabrück
medico international, Frankfurt/M.
Christliche Initiative Romero e.V., Münster
EIRENE — Internationaler Christlicher Friedensdienst, Neuwied

Verlegt bei

Edition Nahua
Veröffentlichungen zu Mittelamerika GmbH
Postfach 10 13 20
5600 Wuppertal 1

und

epd-Entwicklungspolitik (epd-EP)
Informationsdienst des Evangelischen Pressedienstes (epd)
Postfach 17 41 92
6000 Frankfurt/M. 17

Redaktion: Eva von Hase, Frankfurt/M.; Monika Huber, Osnabrück; Thomas Gebauer, Frankfurt/M.; Roger Peltzer, Münster und Albert Recknagel, Ibbenbüren

Die Übersetzungen besorgten Ingrid Jung, Dieter Müller, Gertrud Reusing und Toni Pfalzgraf

Anfertigung des typescripts: Petra Hosenthien, Düsseldorf

Gesamtherstellung: Druckerei Haßmüller, Frankfurt/M.

Printed in Germany

ISBN 3-923329-30-X

Inhalt

1 *Editorial*

3 *Hearing*
Die Nicht-Regierungsorganisationen in Mittelamerika

8 *Forum I*
Landwirtschaft, Agrarreform und Ernährung in El Salvador und Nicaragua

LARRY SIMON
8 **Agrarreform in El Salvador**
»Die Agrarreform hat zur Verbesserung der Lebensverhältnisse bisher keinen Beitrag geleistet, im Gegenteil.«

JOSEPH COLLINS
10 **Agrarreform in Nicaragua**
Was hat sich durch die Revolution geändert?
»Wie der Mais brauchen wir Frieden, um zu wachsen.«

18 *Forum II*
Gesundheit und Partizipation
Gesundheit für alle im Jahre 2000?

HORACIO RIQUELME
18 **Vier Thesen zur Partizipation im Gesundheitsbereich lateinamerikanischer Länder**
»Erst wenn Gesundheit als gesellschaftlicher Wert angestrebt wird, kann »Gesundheit für alle« Wirklichkeit werden.«

MYRIAM RUIZ
21 **Das neue Gesundheitswesen in Nicaragua**
»Die nicaraguanische Erfahrung hat verdeutlicht, daß ein Land das Ziel »Gesundheit für alle« tatsächlich erreichen kann.«

26 *Forum III*
Chancen für Demokratie und Partizipation
Nicaragua und El Salvador im Vergleich

RODRIGO IBARRA
26 **»Es ist der politische Wille der FSLN, alle Parteien und alle Sektoren der Bevölkerung am politischen Leben des Landes zu beteiligen.«**

IGNACIO ELLACURIA
28 **»Die Volksorganisationen sollten nicht die staatliche Macht anstreben, sondern immer als machtvolle gesellschaftspolitische Kräfte in der Opposition bleiben.«**

36 *Debatte*
Die NROs und staatliche Entwicklungshilfe

47 *Debatte*
Berichterstattung aus Mittelamerika
Wie informieren uns die Medien?

51 *Referat*
Die USA und Mittelamerika
Wird Reagan einmarschieren?

GREGORIO SELSER
»In zwei Jahrhunderten hat Lateinamerika 1200 Interventionen erlebt.«

56 *Referat*
Sechs Thesen zur Weltordnung

JEAN ZIEGLER
»Heute kann man sich nicht mehr auf Staaten verlassen, sondern es geht um die Solidarität an der Basis.«

62 *Referenten und Teilnehmer*

64 *Adressen*

Editorial

Die Diskussion über Mittelamerika ist in den letzten Jahren ein zentraler Punkt der entwicklungspolitischen Debatte in der Bundesrepublik gewesen. Diese Diskussion ist, vor allem auch im Parlament, weitgehend unter politischen und ideologischen Gesichtspunkten geführt worden - es ging darum, wie von den politischen Parteien die jeweiligen Regierungen von Nicaragua und El Salvador politisch bewertet wurden. Durch das Symposium "El Salvador und Nicaragua im Vergleich" wollten die Veranstalter in dieser Debatte einen neuen, entwicklungspolitisch ausgerichteten Akzent setzen. Den Hintergrund dieses Engagements bildet die Erfahrung der Organisationen mit Projektarbeit in beiden Ländern.
Eine Absicht für die Durchführung des Symposiums war es, auch die aktuelle Diskussion mit der Bundesregierung auf sachlicher Ebene fortzuführen. Leider ist Bundesminister Warnke dieser direkten Diskussion wieder einmal ausgewichen. Mit den Worten, er habe seine Meinung zu diesem Problem schon hundertmal geäußert und habe dem nichts hinzuzufügen, hat der Entwicklungshilfeminister eine offizielle Teilnahme eines Vertreters des BMZ am Symposium unterbunden.
Für die Veranstalter ist dies ein weiteres Indiz dafür, daß Minister Warnke seine Politik in Mittelamerika Experten und Praktikern gegenüber nicht mit entwicklungspolitischen Grundsätzen begründen kann.

K.S.

Die in diesem Reader zusammengefaßten Ergebnisse des Symposiums "El Salvador und Nicaragua im Vergleich" sollen ein Anstoß dazu sein, daß in der weiteren Diskussion über Mittelamerika trotz der klaren politischen Konfrontationslinien das eigentliche Feld dieser Auseinandersetzung, die Entwicklungspolitik, nicht aus den Augen verloren wird.
Die thematische Auffächerung ist in diesem Sinn vor allem unter entwicklungsbezogenen Gesichtspunkten vorgenommen worden.

Das Forum I: Landwirtschaft - Agrarreform - Ernährung behandelt eines der zentralen Probleme der Entwicklungspolitik. Dieser Bereich genießt inzwischen in der staatlichen Entwicklungshilfe zumindest dem Anspruch nach höchste Priorität. In Zentralamerika hat die Frage der Landverteilung die politischen Ereignisse wesentlich beeinflußt, ja die politischen Prozesse überhaupt erst angestoßen.

Das Thema für das Forum II: Gesundheit und Partizipation ist von uns aus dem Bereich der Grundbedürfnisse als Beispiel ausgewählt worden, weil hier bei gemeinsamer Anstrengung des Staates und unter echter Beteiligung der Bevölkerung mit Hilfe von außen tatsächlich Erfolge erzielt werden können und schon erzielt worden sind. Darüber hinaus hat sich gerade im Bereich Gesundheit in der Bundesrepublik eine Verzahnung staatlicher und nichtstaatlicher Entwicklungsprojekte eingespielt. Eine große Zahl der staatlich geförderten Projekte von Nichtregierungsorganisationen entstammt diesem Sektor. Dem Stichwort "Partizipation" wird dabei nicht nur von den Nichtregierungsorganisationen große Bedeutung beigemessen, sondern auch von staatlicher Seite.

In einem Beschluß des Deutschen Bundestages zur Entwicklungspolitik vom 5. März 1982, der damals einstimmig angenommen wurde, heißt es: "Die Mobilisierung und aktive Beteiligung der betroffenen Bevölkerung am Entwicklungsprozeß sowie die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse sollten bestimmende Kriterien für Programme und Projekte sein."

In der Diskussion der Ereignisse in Zentralamerika ist vor allem im Parlament und auch in den Medien dem Aspekt der Demokratisierung und Menschenrechte zunehmend Bedeutung beigemessen worden. In einer Übernahme einer Empfehlung der parlamentarischen Versammlung des Europarates durch den Bundestag vor gut einem Jahr, am 19.1.1984, wurden Einschränkungen der Entwicklungshilfe für solche Länder befürwortet, "die Beziehungen zwischen den Regierenden und dem Volk durch Willkür. Einschüchterung und physische Unterdrückung bestimmt werden und so die bürgerlichen und politischen Freiheiten mit Füßen getreten werden." Unter Berufung auch auf diesen Beschluß hat die Bundesregierung die Entwicklungshilfe für Nicaragua weitgehend eingestellt und umgekehrt die Entwicklungshilfe für El Salvador neu aufgenommen.

An der Beurteilung der politischen Lage in Zentralamerika durch die Bundesregierung ist von verschiedenen Seiten Kritik geäußert worden. In diesem Zusammenhang untersucht das Forum III die Demokratieentwicklung in dieser Region, und zwar mit folgenden Zielen:
- Gibt es eine Übereinstimmung zwischen formalen demokratischen Formen - das ist der Bereich, auf den sich vor allem die Bundesregierung beruft - und tatsächlicher demokratischer Partizipation der Bevölkerung?
- Welche Form der demokratischen Mitsprache und Einflußnahme der Bevölkerung gibt es in Nicaragua und El Salvador?

Die Erfahrungen nichtstaatlicher Projektträger in Nicaragua und El Salvador sowie die staatliche Entwicklungshilfe waren schließlich die Themen der abschließenden Expertenrunden des Symposiums. Hierbei sprachen sich alle nichtstaatlichen, auch die kirchlichen, Hilfsorganisationen für eine verstärkte Hilfe für Nicaragua aus. Dieses Land stellt aus der Projekterfahrung der Nichtregierungsorganisationen (NROs) betrachtet ein "alternatives Entwicklungsmodell" dar, in dem gerade die Partizipation der Bevölkerung an den Projekten gewährleistet ist. Daß inzwischen durch die Kriegseinwirkungen viele Projektansätze in alter Form nicht mehr möglich sind, ist gerade vor diesem Hintergrund eine tragische Entwicklung.

Für die Wiederaufnahme der staatlichen Entwicklungshilfe für El Salvador gibt es aus der Sicht der NROs keine Kriterien aus der Entwicklungshilfepraxis.Im Gegenteil, diese Organisationen haben selbst schlechte Erfahrungen gemacht: gerade Projekte, die eine auch staatlicherseits gewünschte Partizipation der Bevölkerung verwirklichten, sind Opfer des Terrors der Paramilitärs und Regierungstruppen in El Salvador geworden.

In der Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen der Entwicklungshilfe werden die NROs in der Zunkuft verstärkt versuchen, selbst initiativ zu werden. Auf dem Symposium wurde die Frage aufgeworfen, ob nicht die NROs z.B. an der Diskussion über die Einstellung/Aufnahme staatlicher Entwicklungshilfe (nach den Kriterien des zitierten Bundestagsbeschlusses vom 19.1.84) selbst frühzeitig beteiligt werden sollten. Wenn schon die NROs in diesem Bundestagsbeschluß im Falle der Einstellung von Entwicklungshilfe für ein Land quasi als Instrumente zur Fortführung einer humanitären Hilfe vorgesehen sind, warum sollte in dieser Frage nicht auch eine Anhörung der NROs formell vorgesehen sein?

An dieser Frage, die auch von Mitgliedern des Bundestagsausschusses für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (AWZ) positiv aufgenommen worden ist, werden die NROs weiterarbeiten.

Klaus Schmidt

Hearing

Die Nicht-Regierungsorganisationen in Mittelamerika

Wie sehen die Unterschiede der Arbeit der Entwicklungshilfe-Organisationen in El Salvador und Nicaragua aus, wie beurteilen sie die Tätigkeit in diesen Ländern?
Wie ist das Verhältnis von privaten Trägern zum Staat im Hinblick auf die entwicklungspolitische Arbeit? Gab es Aussprache und Diskussion zwischen dem Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Warnke, und den privaten Organisationen über die Einschätzung der Situation in Zentralamerika?
Wir geben in Auszügen die Antworten der NROs wieder.
Die Teilnehmer waren u.a. Werner Rostan (Brot für die Welt, Stuttgart), Klaus Schmidt (terre des hommes Deutschland e.V.), Dr. Larry Simon (Oxfam/USA, Boston), Mathias Abram (von der italienischen NRO Terra Nuova, Rom) und Dr. Leo Locher (medico international, Frankfurt). Die Moderation hatte Kai-Friedrich Schade (Evangelischer Pressedienst epd, Frankfurt).

»Wir müssen uns dafür einsetzen, daß das Selbstbestimmungsrecht dieser Völker gewahrt bleibt.«
(Werner Rostan, Brot für die Welt)

Larry Simon: Eine Organisation wie Oxfam/USA, die eine wirklich nichtstaatliche Organisation ist, sucht nicht und akzeptiert nicht Zuschüsse aus Regierungsfonds. Es ist vielleicht die einzige Organisation, denn die meisten der privaten Freiwilligenorganisationen, die Entwicklungshilfe leisten, sind in den USA deutlich abhängig von finanziellen Mitteln der Regierung. Im Durchschnitt erhalten die privaten Träger in den USA wohl 30 bis 40 %, einige sogar 80 - 85 % ihrer Mittel vom Staat. Diesen sehr hohen Prozentsatz ihres Budgets sowohl für Projektmittel als auch Administrationskosten, wie für Gehälter und andere Kosten, bekommen sie von der US-amerikanischen Entwicklungsbehörde AID. Es ist natürlich klar, daß AID keine Mittel für Länder wie Nicaragua gibt. Deshalb müssen wir zunächst wissen, daß AID, der Hauptgeber für US-Projekte im Ausland, tatsächlich ein Teil des US-State-Departments ist. Es ist keine unabhängige Organisation. Sie erhält ihre Anweisungen vom Außenminister, vom Weißen Haus. Sie hat nicht die Freiheit, irgendwo auf dieser Welt zu arbeiten, was den nationalen Sicherheitsinteressen entgegenstehen könnte, wie sie vom Außenministerium formuliert werden ...

Wir glauben, daß wir in jedem Land der Welt arbeiten werden, in dem wir Möglichkeiten für eine wirkliche ländliche Entwicklung, für eine gerechte Entwicklung erkennen. Meine Erfahrung ist, und ich habe in vielen Teilen der Welt und besonders in Lateinamerika gearbeitet, daß es heute tatsächlich keine größere Möglichkeit, wahrscheinlich keine größere Möglichkeit in der Geschichte der Auslandshilfe für Lateinamerika gibt als heute in Nicaragua - die Gelegenheit zu helfen, einen Entwicklungsprozeß aufrechtzuerhalten, der vollkommen mit den Projektkriterien und mit dem Verständnis von Entwicklung, die eine Organisation wie Oxfam/Amerika hat, in Einklang steht.

Es ist meine Überzeugung, daß Entwicklung sehr wenig zu tun hat mit Mikroprojekten, diesen kleinen Projekten, die viele unserer Organisationen in bestimmten Ländern finanzieren. Denn wir haben zu oft gesehen, daß in Ländern wie El Salvador, wie Guatemala und in vielen anderen Ländern der Prozeß, den wir in einem bestimmten Dorf begonnen haben (bzw. geholfen haben, zu beginnen), nicht über dieses Dorf hinaus greifen kann - weil die politische Ökonomie keinen sozialen Wandel erlaubt, und es nicht möglich ist, diesem kleinen Projekt, das zu beginnen man geholfen hat, zu entrinnen.

Projekte, die in Guatemala nach dem Erdbeben von 1976 und in El Salvador vor einiger Zeit begonnen wurden, brachten in Wahrheit eine tragische Realität mit sich: Nicht nur, daß der Fortschritt aufhörte, tatsächlich können wir dokumentieren, daß Hunderte und Hunderte von Menschen ermordet wurden; Menschen, die durch jene Projekte als Dorfanführer von Alphabetisierungsprogrammen, in landwirtschaftlichen Entwicklungskooperativen in Erscheinung traten. Wir können Ermordungen an Hunderten von Menschen dokumentieren, bloß weil sie Entwicklungshelfer waren.

Ich meine, daß die privaten freiwilligen Organisationen, die nichtstaatlichen Organisationen in einem solchen Klima, eine sehr ernste, moralische Verantwortung haben, aber auch einen starken Zwang verspüren, ob wir wirklich etwas erreichen können. Diese Zwänge spüren wir in Nicaragua nicht ...

Werner Rostan: ... Eines der wichtigsten Ziele ist das, was wir als Hilfe zur Selbsthilfe kennen. Wir haben in den letzten 20 bis 25 Jahren gelernt, daß diese Hilfe zur Selbsthilfe am erfolgreichsten und am besten verwirklicht werden kann, wenn es eine verantwortliche Beteiligung der betroffenen Bevölkerung gibt. Man kann dies auch etwas straffer fassen und sagen: es ist notwendig, daß sich die Armen organisieren. Und schließlich ist für eine Entwicklung erforderlich, daß die Grundrechte, die Menschenrechte respektiert werden, deshalb leisten wir auch vielfach eine Verteidigung der Menschenrechte dieser armen Bevölkerung. Nun zu Nicaragua. Es ist klar, wenn man eine solche Zielsetzung hat, daß Nicaragua zu einem natürlichen Schwerpunkt werden muß seit der Revolution im Jahre 1979, denn gerade in Nicaragua sind die Rahmenbedingungen für Entwicklungsprogramme und - hilfe besser als in anderen Ländern Lateinamerikas. Dort wird die Eigenverantwortung der betroffenen Bevölkerung gestärkt. Dort wird bewußt die Beteiligung der Bevölkerung gefördert, und zwar die aktive, verantwortliche Beteiligung der Bevölkerung. Dort werden die Rechte der Armen weitgehend respektiert.

Im Konflikt in Zelaya an der Atlantikküste hat es Zeiten gegeben, wo dies für die Miskito-Bevölkerung nicht ganz gewährleistet war. Aber wir wissen auch, daß die Regierung in Nicaragua in der Zwischenzeit die Fehler in der Behandlung der Miskitos erkannt und zugegeben hat. Vielleicht ist sie damit die einzige Regierung in Lateinamerika, die dies öffentlich getan hat. Wir haben dort die Situation, daß die Kirchen öffentlich und von Regierungsseite eingeladen werden, aktiv am Prozeß und an der Entwicklung und an der Sozialarbeit mitzuwirken.

Und schließlich gibt es eine große Übereinstimmung in der Zielsetzung der staatlichen Programme, besonders im Bereich der Bildung - ich nenne die Alphabetisierungskampagne -, im Bereich der Gesundheit - ich nenne die Jornadas populares de salud - und in den Sozialprogrammen mit den Kriterien und mit der Erfahrung von Brot für die Welt ...

In El Salvador ist die Situation ganz anders. Die Erfahrung, die wir seit Jahren dort machen, ist, daß die Entwicklungsprogramme mit Eigenverantwortung und aktiverBeteiligung der Bevökkerung unterdrückt, zerstört und Führungskräfte verfolgt und umgebracht werden. Solche Programme sind daher praktisch nicht mehr möglich. Wir haben Genossenschaften unterstützt, die vollkommen zerstört worden sind, die z.T. vollkommen aufgerieben worden sind. Fast alle Mitglieder dieser Genossenschaften wurden von den Regierungstruppen El Salvadors umgebracht. Wir haben Gesundheitsprogramme unterstützt von ca. 1977 an, die in große Schwierigkeiten ge-

raten sind und schließlich vollkommen aufgelöst werden mußten, bzw. die Verantwortlichen wurden umgebracht. Ähnlich sieht es mit kirchlichen Programmen aus. Auch kirchliche Mitarbeiter werden verfolgt und umgebracht, bis hin zum Erzbischof ...

Die Menschenrechtsverletzungen durch staatliche Sicherheitskräfte und das Heer sind nach wie vor erschreckend, so daß wir sagen müssen, es gibt keine objektiven Grundlagen für Entwicklungsprogramme, so wie wir sie für richtig halten. Daher leistet Brot für die Welt seit Jahren in El Salvador vor allem humanitäre Hilfe für die Opfer der Verfolgungen, für die Opfer der Vertreibung durch das Heer, die sogenannten "desplazados" ...

Wir sehen uns also in beiden Ländern darauf verwiesen, den Opfern der Zivilbevölkerung zu helfen, welche Opfer der Gewaltakte und militärischen Aktionen sind, die von den USA und von der Regierung der USA offiziell unterstützt werden. In El Salvador sind es die Opfer des Heeres, der Polizei und der Sicherheitskräfte und in Nicaragua sind es die Opfer der Contras. Wenn wir also wollen, daß unsere Hilfe in Mittelamerika und besonders die Entwicklungshilfe in Nicaragua Erfolg haben soll, dann müssen wir vor allem hier arbeiten. Wirkliche Hilfe liegt in der friedlichen Lösung der Konflikte in Mittelamerika. Daher müssen wir uns öffentlich dafür einsetzen und auch gegenüber der Bundesregierung dafür einsetzen, daß das Selbstbestimmungsrecht dieser Völker gewahrt wird, daß eine Nichteinmischung der Großmächte gegeben ist. Wir sollten gerade in Nicaragua weiterhin Entwicklungshilfe leisten und auch die Bundesregierung dazu auffordern, Entwicklungshilfe ohne politische Vorbedingungen für Nicaragua wiederaufzunehmen. Wir können es nicht verstehen, daß die Bundesregierung einerseits die Entwicklungshilfe für die Regierung in El Salvador wieder aufnimmt und die Entwicklungshilfe für Nicaragua eingefroren hat ...

Leo Locher: Die Bedingungen, unter denen unsere Organisation - vor allem im Gesundheitsbereich - in Nicaragua arbeitet, sind nach unseren Kriterien optimal. Das Primary Health Care Programm, das 1978 von der WHO mit großem Enthusiasmus gestartet wurde, wird nun wirklich in vorbildlicher Weise zu verwirklichen versucht, mit allen Schwierigkeiten, die so eine Strategie beinhaltet, weil es ja nicht nur darum geht, billige Dorfgesundheitsarbeiter auszubilden, sondern weil es um einen Prozeß der gesellschaftlichen Veränderung geht, der viele andere nichtmedizinische Bereiche stärker miteinschließen muß. Da ist die Frage der Verteilung von Land, die Frage der wirtschaftlichen Produktion überhaupt, die Frage der Befriedigung von Grundbedürfnissen, von Einkommensverhältnissen, von Wohnverhältnissen oder ganz wesentlich auch die Frage der Partizipation der Bevölkerung in diesem Prozeß und schließlich auch der Gesundheitssektor selbst, der umstrukturiert werden muß. Damit die Primary Health Care Strategie auch Erfolg haben kann, sollte hier eben nicht, wie es in der Vergangenheit immer wieder versucht wurde, dem vorhandenen Gesundheitssystem noch ein zusätzliches Gesundheitssystem aufgepfropft werden, das vielleicht außenfinanziert wäre und insofern auch außenabhängig, aber nicht getragen vom politischen Willen der Verantwortlichen in einem Land. In Nicaragua finden wir die grundsätzlichen Bedingungen, die die Primary Health Care Strategie möglich machen, und wir haben seit 1979 in Nicaragua in verschiedenen Regionen Projekte verschiedener Art unterstützt ...

Es ist deshalb nicht verständlich, wenn auf der einen Seite gerade vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit propagiert wird, daß die Grundbedürfnis-Strategien absoluten Vorrang hätten zur Bekämpfung der schlimmsten Armut, daß die Partizipation der Bevölkerung unbedingt angestrebt werden müsse, andererseits das BMZ nicht bereit ist, die zwischenstaatliche Entwicklungshilfe für Nicaragua wieder aufzunehmen, obwohl alle in der Entwicklungshilfe gültigen Kriterien für die staatliche Zusammenarbeit optimal erfüllt sind.

Mathias Abram: Bei der letzten UNCTAD-Konferenz hat der italienische Botschafter vorsichtig Positionen vertreten, die der Position der Bundesrepublik und der US-amerikanischen Delegation etwas entfernter waren in bezug auf eine Vertretung von Interessen der Dritte-Welt-Länder. Genauso beim letzten IWF-Treffen. Dort hat Italien zusammen mit Frankreich versucht, eine Art Lobby für die Dritte Welt aufzubauen. Nun, das klingt vielleicht mehr als es ist. Aber immerhin war dies ein Versuch auch von der offiziellen Politik her, eine Position zu beziehen, die sich

langsam absetzt von der Lobby der 17 reichen bzw. entwickelten industrialisierten Staaten und versucht, Mittelpositionen einzunehmen. Und das ist ja eine alte italienische Gangart in der Politik, aber dies scheint immerhin auch sehr interessant für uns. Wir haben für unsere Arbeit in Nicaragua überhaupt keine Beschränkungen, im Gegenteil: die Regierung versucht dauernd, den nichtstaatlichen Organisationen Regierungsprojekte anzudienen, d.h. daß die bilateralen Projekte, die zwischen der italienischen Regierung und Nicaragua vereinbart und uns zur Durchführung angeboten werden, weil die Regierung selbst nicht über die entsprechenden Institutionen verfügt. Es gibt kein separates Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Dies ist im Außenministerium angesiedelt. Die Regierung verfügt demnach nicht über Möglichkeiten, die Mittel auch sinnvoll zu verwenden ...

Was uns nichtstaatliche Organisationen in der Arbeit in Mittelamerika betrifft, würde ich da schon sehr unterscheiden müssen zwischen Nicaragua und El Salvador. Für Nicaragua ist ein großes Interesse da, vor allem von der Kommunistischen Partei, den drei großen Gewerkschaften und auch von der - sagen wir - kirchlich links orientierten Entwicklungszusammenarbeit. Die größte kirchliche Organisation, MLAL, hat im Augenblick 40 Freiwillige in Nicaragua und macht da eine ganze Reihe von Projekten. Da drückt sich die Stärke des fortschrittlichen Flügels innerhalb der Kirche in einer verstärkten Zusammenarbeit auf diesem Gebiet aus. Auf der anderen Seite ist die Resonanz gegenüber El Salvador eine ganz andere. El Salvador hat mehr Sympathie in Italien bei der Christdemokratischen Partei, die ja jetzt, wie man weiß, nur noch als Koalitionspartner in der Regierung sitzt. Trotzdem kontrolliert sie den Apparat noch sehr. Insgesamt ist die ganze Christdemokratische Partei und der ganze Filz, der damit zusammenhängt, mehr nach El Salvador orientiert, um Duarte zu helfen ...

Antworten auf Fragen aus dem Plenum

Schmidt : Ich würde erst mal auf die Frage antworten, was eigentlich die Spender dazu sagen, wenn man ihnen z.B. sagt, nicht nur Entwicklung ist nötig, sondern auch Befreiung. Entwicklung kann in bestimmten Ländern nur durch Befreiung entstehen. Wer unsere Spenderzeitschrift regelmäßig liest, wird feststellen, daß wir gerade zu diesem Punkt, auch zum Punkt unseres Engagements in Nicaragua, sehr viele kritische Spenderbriefe erhalten und auch Absagen bekommen haben, nach dem Motto: "Wir spenden in Zukunft für Organisationen, die unpolitisch sind". Das ist festzustellen. Aber auf der anderen Seite ist auch festzustellen, daß wir gerade wegen dieses Engagements viele neue Spender bekommen haben und also trotz dieser kritischen Leserbriefe die Zahl der Spender stetig gewachsen ist und ebenso das Spendenaufkommen. Es hat also nicht dazu geführt, daß unsere Arbeit dadurch behindert wurde, sondern es hat eher dazu geführt, daß nicht nur das Spendenaufkommen ständig gestiegen ist. Auch die Zahl der Spender, die wirklich mitdiskutieren und bereit sind, auf diese Probleme einzugehen, auch Fragen stellen wollen, wächst gegenüber der Zahl von Spendern, die einfach nur bereit sind, Geld für ein humanitäres Projekt zu geben, ohne sich darum zu kümmern, was damit passiert. Diese Zahl ist zurückgegangen.

Aber die Frage bezog sich ja auf die gesamte Öffentlichkeit. Wir versuchen gerade, weil wir unabhängig sind, weil wir die Erfahrung gemacht haben und wir auch unsere Spender dazu aktivieren können, diesen Prozeß zu unterstützen - wir sagen z.B., daß wir in den befreiten Zonen El Salvadors Projekte unterstützen - mit diesem Hintergrund sehr klar und offen der Regierung gegenüberzutreten. In dieser Frage muß man allerdings sagen - vielleicht vergleichbar mit Oxfam/USA-, daß unsere Situation ganz anders aussieht als diein Italien. Sie ähnelt vielleicht mehr der Situation in den USA, weil, ähnlich wie in den USA, die Entwicklungshilfe hier eine längere Tradition hat. Es gibt hier große staatliche Apparate, die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), z.B., es gibt die Deutsche Entwicklungsgesellschaft (DEG), die Investitionen in der Dritten Welt fördert, und Organisationen, gegenüber denen vom Finanzvolumen her Organisationen wie Misereor

oder Brot für die Welt wie kleine Fische erscheinen.

Auf der anderen Seite gibt es die Nichtregierungsorganisationen. Sie hatten vorhin gefragt: Was bezeichnet eigentlich dieser Begriff, diese Negativ-Definition? Es ist in der Tat ein Begriff, bei dem deutlich wird, daß einem sonst nichts gemeinsames einfällt. Es gibt die kirchlichen Organisationen, die dadurch, daß die Kirche in der Bundesrepublik eine relativ starke Rolle hat, auch bisher sehr unabhängig war, auch der Regierung gegenüber in Fragen der Entwicklungshilfe, und auf die auch gehört wurde. Dann gibt es Organisationen, die von Spenden leben, zu denen wir gehören. Es gibt Organisationen wie terre des hommes, die eine eigene Basis haben mit Mitgliedern, die z.T. selbst aktiv sind, aber auch die Kriterien für Projekte mitdiskutieren. Es gibt sehr viele Organisationen, die zwar eigene Einnahmen haben, sich aber doch zum größeren Teil durch staatliche Zuschüsse finanzieren, also ähnlich wie in den USA. Hier ist also unsere Erfahrung zu dem Problem Nicaragua - El Salvador in den letzten beiden Jahren also die gewesen, daß aus dem Bereich der Nichtregierungsorganisationen eine Kritik oder eigenständige Stellungnahme an der Regierung nur von sehr wenigen Organisationen und in unterschiedlicher Form geleistet werden konnte. Die Kirchen haben die besseren Beziehungen zur Regierung, stehen in einem ständigen Dialog, der allerdings weniger öffentlich ist. Organisationen wie medico international, wie terre des hommes, versuchen es an die Öffentlichkeit zu bringen, aber wir sind ja im ganzen Bereich dieser Organisationen eigentlich nur eine kleine Zahl.

Jetzt zu der Eingangsfrage, die Sie ganz am Anfang gestellt haben: Sind eigentlich die Nichtregierungsorganisationen gehört worden, als Herr Minister Warnke diese Neudefinition der Politik vorgenommen hat. Dazu gibt es eine Vorgeschichte. Es gibt einen Zusammenschluß nichtkirchlicher, -staatlicher Organisationen, den Bensheimer Kreis, dem auch wir angehören. Auf einem Treffen des Bensheimer Kreises im Oktober 1983 hat Herr Minister Warnke gesagt, daß er den Dialog gerade mit den Nichtregierungsorganisationen sehr befürwortet und hofft, daß er von dieser Seite auch Anregungen erhält. Das läßt eigentlich den Schluß zu, daß er die Nichtregierungsorganisationen gerade bei der Entwicklungshilfe für Mittelamerika hätte befragen müssen, da diese doch in den Ländern arbeiten. Kurze Zeit später gab es in Nicaragua ein weltweites Treffen von Organisationen, die in Mittelamerika arbeiten. Dort waren auch wir vertreten. Dieses Treffen kam zu dem Entschluß, daß Nicaragua ein alternatives Modell ist für ein Land der Dritten Welt, das einen Entwicklungsprozeß beschreiten will, und daß deshalb die anwesenden 84 Organisationen weiter Projekte in Nicaragua unterstützen wollen und auch versuchen wollen, ihre Regierungen zu überzeugen, daß staatliche Hilfe nötig ist, weil wir nicht das machen können, was der Staat macht. Wir können keine große Infrastruktur aufbauen. Wir können eben nur relativ kleine Projekte, vor allem im sozialen Bereich, unterstützen. Als wir daraufhin versuchten, mit dem Ministerium Kontakt aufzunehmen, persönliche Briefe geschickt haben, Telefonate geführt haben, mußten wir erleben, daß trotz dieser Aussage: "Wir wollen eigentlich den Dialog mit Euch", die Gesprächsaufnahme abgeblockt wurde. Es wurden Briefe z.T. monatelang nicht beantwortet. Es wurden Briefe, die mit ganz detaillierten Fragen zu El Salvador, zu Nicaragua, die in der Form auch noch nicht in der Bundestagsdebatte gestellt worden waren, mit formalen Antwortschreiben abgetan. Es wurde hinterher der Versuch gemacht, im Bensheimer Kreis so zu tun, als ob das Verwaltungsprobleme seien. Da hätte irgenjemand im BMZ auf unterer Ebene das aus Versehen gemacht. Aber ich denke, das Beispiel, das ich gestern in der Einführung erwähnt hatte, daß die Einladung an das BMZ in dieser Form beantwortet wurde, nämlich, daß Entwicklungshilfe-Minister Warnke schon alles zu diesem Problem gesagt und dem nichts hinzuzufügen habe, zeigt, daß es hier eine klare Konfrontation gibt ...

Forum I

Landwirtschaft, Agrarreform und Ernährung in El Salvador und Nicaragua

Auf dem Hintergrund der stets wiederholten Behauptung, daß die verstärkte Hilfe sowohl der USA als auch der BRD für El Salvador die Lage für breite Kreise der Bevölkerung laufend verbessere, kommt Dr. Larry Simon, bis 1984 Direktor der regierungsunabhängigen Organisation Oxfam/USA in Boston, zu einer gegenteiligen Einschätzung und stellt fest, daß in der Agrarreform die "angeblichen Nutznießer Opfer der sehr zweifelhaften Reform" sind.

Dr. Joseph Collins vom Institute for Food and Development Policy in San Francisco und Mitautor von "Mythos Hunger" ist wissenschaftlicher Berater bei der nicaraguanischen Landreform. Er zeigt in seinem hier leicht gekürzt reproduzierten Beitrag auf, daß die nicaraguanische Agrarreform neben beträchtlicher Produktionssteigerung auch weitreichende soziale Verbesserungen für die Bevölkerung gebracht hat, die er freilich u.a. durch die zunehmende Aggression der USA und ihrer Verbündeten gegen Regierung und Bevölkerung des Landes aufs äußerste bedroht sieht.

LARRY SIMON

Agrarreform in El Salvador

»Die Agrarreform hat zur Verbesserung der Lebensverhältnisse bisher keinen Beitrag geleistet.«
(Auszug)

Ein entscheidendes Element der US-Politik gegenüber El Salvador war in den letzten Jahren die Unterstützung der dortigen, groß angelegten Agrarreform. Bis Anfang 1984 sind von den USA 200 Mio. Dollar Wirtschaftshilfe allein zur Unterstützung dieses Reformprojekts ausgegeben worden. In einer Fernsehrede am 9.5.1984, die in den ganzen USA ausgestrahlt wurde, bezeichnete Präsident Reagan die salvadoreanische Landreform als einen großen Erfolg. Diese Darstellung wird nun von der US-Behörde, die mit der Unterstützung eben dieser Reform betraut ist, massiv in Frage gestellt. In einem Prüfbericht der Zentralen Internen Revision der Agency for International Development (US-AID) vom 18.1.984 werden die bisherigen Erfolge und Zukunftsaussichten der salvadoreanischen Agrarreform sehr kritisch eingeschätzt.

Eine Landreform kann die bestehenden Landnutzungsverhältnisse unangetastet lassen oder diese verändern. Beide bisher durchgeführten Phasen der Landreform in El Salvador (Phase I und Phase II) zielen lediglich auf die Übertragung von Eigentumstiteln, ohne die herrschenden Landnutzungsverhältnisse zu ändern.

Die Phase III der Reform, das Programm mit dem Namen "das Land den Pächtern (land to the tiller)", betrifft das Pachtland, was sich im Laufe der jahrzehntelangen Marginalisierung der Bauern herausgebildet hat. Durch die Reform sollen die Pächter zu Eigentümern des von ihnen bebauten Landes werden. Anstatt die bestehende Ungleichverteilung mit winzigen und parzellierten Minifundien auf schlechten Böden zu verändern, schreibt die Phase III diese Verhältnisse fest. Eine Serie von Studien, die von US-AID zitiert werden, bestätigt, "daß die Verpachtung von Parzellen mit weniger als einem Hektar Land in ganz El Salvador weit verbreitet ist." Verpachtet werden minderwertige Böden, die nicht für den Anbau von Exportkulturen geeignet sind.

Die Parzellen liegen in der Regel auf Berghängen und sind extrem erosionsgefährdet.

Für das gesamte Land sind die Minifundien insofern von Bedeutung, als dort 50 % von El Salvadoras Mais, Bohnen und Sorghum geerntet werden. Für den einzelnen Bauern allerdings erbringen diese Parzellen nicht einmal den minimalen Subsistenzbedarf. Die US-Aid-Mission dokumentiert, daß 83 % der salvadoreanischen Höfe zu klein sind, um den Familien, die darauf arbeiten, ein Einkommen zu ermöglichen, das ein Leben oberhalb der absoluten Armutsschwelle ermöglicht. Dabei sind die Einkünfte, die die Familien außerhalb des Hofes erzielen, schon mitgezählt.

Zudem haben nur 50 % der dazu theoretisch berechtigten Pächter den Antrag auf eine Übertragung der Landtitel gestellt. 39 % der Anträge wurde vorläufig stattgegeben und von 75.967 Antragstellern haben schließlich nur 5.456 endgültige Besitztitel bekommen. Mindestens 9 % der Antragsteller sind von dem Land, das sie bewirtschaften, vertrieben worden.

In ähnlicher Weise leiden auch die Kooperativen, die im Rahmen der Phase I der der Agrarreform gebildet wurden, an einem Überfluß an minderwertigem Land. In der Phase I wurden Güter mit über 500 ha Land enteignet und in Kooperativen umgewandelt. In dem schon erwähnten Prüfbericht heißt es, daß nur 20 % der gebildeten Kooperativen in Gebieten mit fruchtbarem Land angesiedelt sind. "Die Bodenqualität eines Großteils des Landes, das wir besucht hatten, war so schlecht, daß es vorher niemals zum Anbau benutzt worden war".
Dazu muß man wissen, daß das eigentlich fruchtbare Land in El Salvador mit Kaffeeplantagen, die 100 bis 300 ha umfassen, bewirtschaftet wird.

Diese Grundprobleme bringen enorme finanzielle Schwierigkeiten für die in Phase I gebildeten Kooperativen mit sich. Die vorgefundene massive Schuldenlast und das nicht vorhandene Umlaufkapital führen in dem US-Aid-Bericht zu der Schlußfolgerung, "daß die Landreform, die Beziehung zwischen Größe der Farmen, Qualität der Böden, Einkommen und Produktivität bei der Bildung der Kooperativen nicht genügen berücksichtigt hat."

Die Kooperativen sind zudem mit den Schulden belastet, die aus den an die früheren Landeigner zu zahlenden Kompensationen resultieren. Diese Schulden betragen zur Zeit 300 Mio. US-Dollar und sind mit 9,5 % pro Jahr zu verzinsen. Nach dem US-Aid-Bericht sind bis jetzt erst von einigen wenigen Kooperativen geringe Zahlungen vorgenommen worden, sodaß die Gesamtschuld bis zum Jahre 2000 leicht auf zwei Mrd. Dollar auflaufen kann.
Insgesamt sind die Kooperativen so verschuldet, daß praktisch kein Spielraum für weitere dringend benötigte Kredite mehr vorhanden ist. Darüber hinaus wird die institutionelle Kapazität der salvadoreanischen Regierung, der Landreform die entsprechende finanzielle und technische Unterstützung zu gewähren, von US-Aid als sehr ungenügend eingeschätzt.

Was die landwirtschaftliche Entwicklungsbank El Salvadors angeht, die Institution, durch die die Regierung den Großteil ihrer Agrarreformkredite kanalisiert, so konstatierten die US-Aid-Prüfer dort ernsthafte institutionelle Mängel: ein äußerst ungenügendes Rechnungswesen und Kreditmanagement, eine niedrige Rate der Kreditrückzahlung und die unautorisierte Verwendung von US-Aid-Geldmitteln.

Während schließlich US-Präsident Reagan davon ausgeht, daß die Phasen I und III der Landreform "550.000 Bauern, einem Viertel der salvadoreanischen Bevölkerung zugute gekommen sind", geht der US-Aid-Report von maximal 300.000 Nutznießern, d.h. 13 % der Bevölkerung El Salvadors aus. Aber auch diese Zahlen sind noch sehr hoch gegriffen. US-Aid konstatiert, daß 40 der in Phase I gebildeten 317 Kooperativen aufgegeben und verlassen wurden. Darüber hinaus "gehen wir davon aus, daß die Zahl der potentiellen Nutznießer der Phase III, die ihr Land nicht bearbeiten

oder wieder vertrieben wurden, sehr wahrscheinlich größer ist, als wir das in unserer Schätzung angenommen haben."

Aber unabhängig von den Zahlen: Die meisten der angeblichen "Nutznießer" der Landreform leben, wie wir gezeigt haben, entweder in völlig überschuldeten Kooperativen, die nicht wissen, wie sie ihre Produktion aufrechterhalten sollen, oder auf Miniparzellen ohne jegliche Hoffnung auf eine Verbesserung ihres Lebensstandards. Sie sind insofern oft nicht Nutznießer, sondern Opfer dieser sehr zweifelhaften Reform.

Der Prüfungsbericht der Zentralen Internen Revision von US-Aid bestätigt das Urteil unabhängiger Beobachter über die strukturellen Schwächen der salvadoreanischen Landreform. Eine Agrarreform wird immer nur dann gelingen, wenn sie sich an den realen Bedürfnissen der armen Landbevölkerung orientiert.

Zugunsten erhoffter politischer Effekte wurde die salvadoreanische Agrarreform überhastet konzipiert und durchgeführt. Sie hat zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Landbevölkerung bisher keinen Beitrag geleistet, im Gegenteil.

JOSEPH COLLINS

Agrarreform in Nicaragua
Was hat sich durch die Revolution geändert?

»Wie der Mais brauchen wir Frieden, um zu wachsen.«

1. Aus der Perspektive vieler Wirtschaftswissenschaftler, im besonderen der Experten für wirtschaftliche Entwicklung, demonstrierte das Nicaragua Somozas in ganz herausragender Weise eine gelungene, erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung:
- Zwischen 1950 und 1976 steigerte sich das Bruttosozialprodukt Nicaraguas mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 5,8 % - unübertroffen von irgendeinem anderen Land Lateinamerikas.
- Der Baumwollanbau, der seit den späten vierziger Jahren durch die Beratung und mit Krediten der Weltbank und der Inter-Amerikanischen Entwicklungsbank (BID) gefördert wurde, dehnte sich flächenmäßig von bloß 16.000 ha im Jahr 1949 auf über 200.000 ha im Jahr 1976 aus. So wurde die Produktion modernisiert: große Traktoren, Flächenbesprühung mit Pestiziden, Düngemittel usw.
- Gleichzeitig wurde die Zuckerproduktion mehr als vervierfacht. Die Bananenproduktion für den Export stieg um das Neunfache; die Kaffee-Ernte überstieg das Dreifache; die Tabakproduktion schoß um das Fünffache in die Höhe. Im Jahr 1970 schließlich exportierte Nicaragua sogar Reis; die Erträge waren von 1950 bis 1970 um das Fünffache angestiegen.
- In den sechziger und Anfang der siebziger Jahre kam es zum großen Boom in der Rindfleischproduktion für den Export nach "MacDonaldlandia"; 1974 konnte man tatsächlich die Eröffnung von Managuas "ureigenstem" MacDonalds erleben. Mit Sicherheit hatte damit "die Entwicklung" überhaupt stattgefunden.

Diese Entwicklung der Landwirtschaft, diese wirtschaftliche "Erfolgsstory" wurde durch eine kräftige Dosis entwicklungspolitischer Hilfsmaßnahmen der Weltbank, der BID, AID usw. vorangetrieben. Somozas Nicaragua lieferte den Beweis für die Durchsetzbarkeit von Präsident Kennedys "Allianz für den Fortschritt".

2. Wie aber wirkte sich die so erfolgreiche Entwicklung auf die Ernährung der Nicaraguaner aus?

1971 stellte ein Gutachten der amerikanischen Regierung fest, daß 57 % der Kinder Nicaraguas unterernährt waren. Alle Beobachter gewannen den Eindruck, daß sich der Hunger während der 50er und 60er Jahre sowohl weiter ausgebreitet hatte, als auch zu einem bedrohlichen Problem geworden war.

Eine weitere Studie deckte auf, daß gerade 1977, - in dem Jahr, das als das wirtschaftlich erfolgreichste Somozas gelten sollte -, die Kindersterblichkeit (Kinder unter einem Jahr) zu 90 % auf Unterernährung zurückzuführen war.

1971 lag die Kalorienzufuhr von 50 % der Nicaraguaner, der ärmsten, bedeutend unter dem UN-Minimum; die darüberliegenden 30 % erhielten knapp das Minimum. Die reichsten 5 % der Nicaraguaner verbrauchten mehr als das Doppelte der täglichen Kalorienmenge, die der sozial schwachen Hälfte zur Verfügung stand.

3. So stellt sich die Frage nach der Ursache dieses Leidens, und das ganz besonders angesichts des Nebeneinanders von Erfolg, Überfluß, Wohlstand und solch einem Ausmaß menschlichen Elends.

Durchaus grundsätzlich und ohne zu übertreiben kann man feststellen: Die Mehrheit der Nicaraguaner mußte hungern, weil sie verarmt war aufgrund eines ökonomischen und damit politischen Systems, das aus dieser Verelendung Nutzen zog. Mit anderen Worten, der Hunger von vielen konnte weder durch weiteres Wachstum eventuell gemildert, noch als bedauerliches und beklagenswertes Nebenprodukt des Wachstums verstanden werden, sondern Hunger war ein wichtiger, ja sogar unentbehrlicher Bestandteil von Nicaraguas Entwicklungsmodell.

Wir wollen uns die wesentlichen Tatsachen, auf denen diese Schlußfolgerung beruht, ansehen:

- während dieser Zeit wurden immer mehr Nicaraguaner - absolut gesehen und bezüglich des prozentualen Anteils der Bevölkerung - der Mittel beraubt, die ihnen eine angemessene Versorgung mit Lebensmitteln hätten garantieren können. Präzis ausgedrückt, in den 70er Jahren verfügten zwei Drittel aller ländlichen Familien nicht mehr über genügend Land, um sich selbst versorgen zu können - und das in einem Land, das im Verhältnis zu seinem Reichtum an landwirtschaftlich nutzbarem Boden eine nur geringe Bevölkerungsdichte aufweist.
- Weniger als 2 % der Grundbesitzer Nicaraguas kontrollierten mehr als 50 % des Bodens, in der Regel des fruchtbaren Bodens, so, wie die Großgrundbesitzer überall. Dabei überließen sie den ärmsten Grundbesitzern (70 %) nur 2 % des nutzbaren Bodens, wobei natürlich noch überhaupt nichts über die Situation der Besitzlosen ausgesagt ist.
- Die meisten Großgrundbesitzer Nicaraguas bewirtschafteten nur einen Teil ihrer Ländereien, manchmla hielten sie höchstens noch ein paar Rinder auf dem verbleibenden Teil, um so zu verhindern, daß landsuchende Bauern sich dort einfach ansiedelten.
- Trotz der enormen Entwicklung des landwirtschaftlichen Exports konnten nur 14 % der für die Landwirtschaft zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte über das ganze Jahr beschäftigt werden. Die meisten, die durch die Mechanismen dieses Systems ihr Land verloren hatten, endeten als Pächter von wenig ertragreichem Ackerland im Landesinneren. Dies war verbunden mit hohen Zahlungen bzw. mit der Verpflichtung, die Hälfte des Ernteertrages dem abwesenden Besitzer zu überlassen. Oder aber sie sahen sich in die kleineren und größeren Städte vertrieben, in die wuchernden städtischen Slums, die rund um Managua entstanden, von wo aus sie als Saisonarbeiter bei der Ernte Arbeit fanden, sich irgendwie durchschlagen mußten.

Das wesentlich daran ist, daß hier ein System am Werke war: Der Mehrheit wurde gerade deshalb die Verfügung über Grund und Boden entzogen, damit sie sich nicht mit eigenen Mitteln über Wasser halten konnte, damit sie so ausgehungert war, daß sie gezwungen war, in der Ernte für den Export zu arbeiten - unabhängig davon,

wie niedrig die Löhne oder wie entsetzlich die Arbeitsbedingungen waren.

Diese "Sklaverei durch Hunger" war von grundlegender Bedeutung für Nicaraguas Modell des von oben kontrollierten landwirtschaftlichen Exports. Denn dieses Modell erfordert weniger die Verfügungsgewalt über Grund und Boden als die Verfügungsgewalt über die Arbeitskraft: Nicaragua besitzt ausreichend Ackerland, sowohl für die eigene Versorgung als auch für den Export von Ackerbauprodukten.

Die Ernte der wichtigsten Produkte für den Export, einschließlich der Ernte von Kaffee, Baumwolle und Zucker, fällt in dieselbe Jahreszeit. Sie dauert ungefähr drei Monate. Eine gewaltige Anzahl von Arbeitern wird in dieser Zeit gebraucht: Mitte der 70er Jahre waren es in den Spitzenzeiten der Ernte 700.000 Feldarbeiter, und das in einem Land mit einer Gesamtbevölkerung von bedeutend weniger als 3 Mio. Einwohnern.

Man erkennt, wie ein bestimmtes Ausmaß an Entbehrung notwendig ist, um Menschen zu zwingen, für niedrige Löhne zu arbeiten; denn die Profite aus dem Exportgeschäft beruhten natürlich nicht auf günstigen internationalen Preisen, sondern sie waren den niedrigen Löhnen für die Arbeitskräfte zu verdanken.

Ein solches System erfordert selbstverständlich einen Polizei- und Militärapparat, eine Nationalgarde. Zum Beispiel wurden nur in der Gegend von Chinandega und Leon, einem Baumwollgebiet, zwischen 1964 und 1973 offiziell 240 Landbesetzungen von Bauern dokumentiert, - zweifellos waren es mehr. Im Gegenschlag wurden diese Bauern von der Polizei wieder zurückgetrieben und so in ständiger Furcht gehalten.

4. Ich möchte hier eine etwas allgemeinere Überlegung anschließen. An meinem Institut arbeiten wir seit Jahren daran, die Ursachen des Hungers zu analysieren. Eine der wichtigsten Schlußfolgerungen oder Einsichten, zu der wir gekommen sind, heißt, daß nicht fremde Hilfe, daß keine neue Technologie dem Hunger ein Ende setzt, sondern, daß gerade diese Maßnahmen das Leben der Armen eher verschlechtern können.

Denn der Nutzen solcher Unterstützung bleibt Monopol der Oberschicht, die Wirtschaft und Regierung kontrolliert. Es ist eine unumgängliche Tatsache, daß wir den Machtlosen, den Armen nicht helfen können, wenn diese Hilfe, wenn Technologie von den Mächtigen und Reichen, von der Oligarchie der Grundbesitzer kanalisiert wird.

Wenn der Hunger überwunden werden soll, ist nichts Geringeres erforderlich, als ein fundamentaler Machtwechsel von der privilegierten Oberschicht zu einer der Mehrheit gegenüber verantwortlichen Regierung. Dieser Machtwechsel muß beinhalten, daß die einst entrechtete Mehrheit nun ihre Rechte geltend machen, ihre Interessen durchsetzen kann.

5. Auf diesem Hintergrund wollen wir uns ansehen, was in Nicaragua im Laufe der letzten fünfeinhalb Jahre im Bereich von Landwirtschaft und Ernährung geschehen ist:

a) Die erste Maßnahme, die viele verarmte Pächter auf dem Land betraf, war die radikale Senkung des Pachtzinses. Er wurde auf ungefähr 1/6 gesenkt.

b) Eine weitere entscheidende Maßnahme ist die Gewährung von Krediten, staatlichen Krediten, zu wirklich niedrigen Zinsen für kleine und mittlere Produzenten, die als Hauptstütze der Nahrungsmittelproduktion anzusehen sind. Damit war Unabhängigkeit von Zugriffen der Geldverleiher möglich. 1984 erhielten kleine und mittlere unabhängige Bauern und die Kooperativen Bankkredite, um 252.800 ha Mais, Bohnen und andere Erzeugnisse des Landes anzubauen. Verglichen hiermit, wurden vor der Revolution maximal 13.600 ha Ackerland von Kleinbauern mit Bankkrediten unterstützt.

c) Eine weitere und wichtige Komponente ist eine Preis- und Lohnpolitik zugunsten der Nahrungsmittelproduzenten. Sandinistische Politik versucht herauszufinden, welches die wirklichen Bedürfnisse der Bauern sind, und welches der realistische Preis, der wirklich angemessene Preis für landwirtschaftliche Produkte ist. Dies

ist sehr wichtig, denn es gibt so viele Beispiele von fortschrittlichen Regierungen, die dazu tendieren, den nicht gleichberechtigten Austausch zwischen Stadt und Land fortzusetzen. Sie scheinen wirklich zu erwarten, daß die Bauern sich für das Wohlergehen aller anderen ausbeuten lassen, jetzt im Namen des Staates. Dies trifft nicht auf Nicaragua zu, und heute weniger denn je.

So kam es zur Eröffnung von Geschäften auf dem Land, die den Bauern und Landarbeitern solche Güter liefertern, die ihnen bisher kaum zugänglich waren, - sowohl für den eigenen Konsum als auch für die Produktion. Diese Dinge, die sie interessieren, die sie benötigen, steigern die Produktivität und den Lebensstandard.

Zugunsten der Landarbeiter wurde der Minimallohn angehoben, und in den meisten Fällen auch zum ersten Mal tatsächlich durchgesetzt. Dies bezieht sich vor allem auf Frauen, für die noch nie eine besondere Regelung erzielt wurde. Darüber hinaus: besseres Essen; bessere Unterkünfte, - wiederum im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten geringer Wirtschaftskraft und mit zunehmenden Schwierigkeiten. Die medizinische Versorgung wurde da aufgebaut, wo früher, wie mir ein Arbeiter vor vier Jahren erzählt hat, nur das Pferd des Grundbesitzers jemals einen Arzt zu Gesicht bekam.

d) Gegen Ende letzten Jahres waren die Eigentumsrechte an 30 % des gesamten landwirtschaftlich nutzbaren Bodens an über 71.000 Nutznießer übergegangen. Das sind fast 70 % der geschätzten, größtmöglichen Gesamtzahl von potentiellen Eigentümern. Das Land, die Rechte, werden ohne Zahlungsverpflichtungen vergeben, ohne hypothekarische Belastungen, wie sonst so oft im Zuge von Agrarreformen. Der gesamte Grundbesitz der Bauern beträgt heute das vierzehnfache des Bodens, den die Bauern unter Somoza besessen hatten.

Die Besitzrechte sind größtenteils an private Eigentümer übergegangen, wenn auch der freiwillige Aufbau von Kooperativen angeregt worden ist.

Es ist eine einzigartige Agrarreform, allein schon, weil dem einzelnen keinerlei Beschränkungen auferlegt werden, wieviel Land er besitzen darf, sondern es vielmehr zur Norm geworden ist, daß Eigentum dazu verpflichtet, für das soziale Ganze zu produzieren. Wenn Besitzer ihr Land nicht nutzen, dann können sie enteignet werden und das Land wird verteilt, an Leute, die nichts oder wenig besitzen, an Bauern mit wenig ertragreichem Boden.

Zum Schluß möchte ich ergänzen, daß die Tendenz nun dahin geht, verstaatlichte Betriebe zu reprivatisieren; in einigen Fällen gehen sie sogar an einzelne Bauern über, im allgemeinen jedoch an die Kooperativen. So war die Bodenfläche des verstaatlichten Grundbesitzes 1982 am größten, während sie im letzten Monat ungefähr 11 % weniger betrug als im Juli 1982.

6. Wie haben sich diese Veränderungen auf den Hunger, auf die Ernährungssituation ausgewirkt?

Zumindest für das Jahr 1982 können wir sagen, daß sich die Nahrungsmittelproduktion sehr schnell vom Krieg gegen Somoza erholt hat. Auch 1983 gab es im allgemeinen beträchtliche Fortschritte, trotz der Überschwemmungen im Mai 1982, die die Nahrungsmittelproduktion in einigen entscheidenden Gebieten sehr stark beeinträchtigt hat. Obwohl der Gesamtkonsum von Reis und Bohnen bedeutend zugenommen hatte, konnte Nicaragua 1982 und 1983 aufgrund der Weiterentwicklung der Produktion auf den Import dieser Produkte verzichten. Es gab sogar generell Rekordhöhen im Export von Ackerbauprodukten, mit nur einer maßgeblichen Ausnahme, dem Baumwollexport.

Wenn man sich eine Zeitlang in Nicaragua aufhält, wie ich und andere, zum Beispiel die Missionare, die dort leben, konnte man 1982 in vielen Teilen des Landes sofort feststellen, daß die Leute offensichtlich mehr zu essen hatten, die Bauern mehr Kleinvieh hielten, von dem sie sich ernähren konnten, es wurde mehr verkauft; die Lebensbedingungen hatten sich allgemein verbessert. Die Kindersterblichkeit ist im Verlauf des Jahres 1982 um ungefähr 30 % gesunken.

Da es schwierig ist, die Situation anhand von Statistiken zu beschreiben, muß man sich natürlich auf die Eindrücke solcher Leute berufen, die das Land, die die städtischen Slumgebiete kennen. Und auf dem Hintergrund dieser Eindrücke möchte ich sagen, daß es Nicaragua mit dem Jahr 1982 gelungen war, zu einem der wenigen Länder der ganzen Welt zu werden, wo ein geringerer Anteil der Bevölkerung an Unterernährung litt, als fünf Jahre zuvor. Dies kann zum Beispiel nicht für die USA behauptet werden, wenn man Reagans Innenpolitik in Betracht zieht.

7. Sie werden bemerken, daß ich immer "während 1982", "vielleicht bis zum Anfang des Jahres 1983" sage. Die Ursache für diese Formulierung liegt darin, daß das nicaraguanische Volk seit 1983 Washingtons militärischen und ökonomischen Krieg gegen seine Regierung zu spüren bekommt. Washington hat wirklich einen Ausnahmezustand heraufbeschworen, durch den viele Erfolge der bisherigen Politik aufs Spiel gesetzt werden.

Washingtons Aggression ist bei weitem das größte Hindernis für die Absicherung der Nahrungsmittelversorgung, für die 1982 die besten Aussichten bestanden.

Mehr als 70 % von Nicaraguas Mais und Bohnen werden genau in dem Gebiet angebaut, wo sich die militärischen Auseinandersetzungen zuspitzen. Die Contras haben Tausende Hektar von Ackerbauprodukten verbrannt oder auch gehortet. Mitte des Jahres 1984 waren es mehr als 120.000 Bauern mit ihren Familien, die aus den Kriegsgebieten vor den Überfällen der Contras fliehen mußten und ihre Häuser und Felder zurückließen. Tausende blieben zurück, um sich der örtlichen Miliz anzuschließen, was jedoch sehr viele Bauern von der Feldarbeit abzog und die Nahrungsmittelproduktion lahmlegte. Ebenso müssen erwähnt werden: die Verminung von Straßen und Häfen, die Bombardierung von Brücken und Geschäften für den landwirtschaftlichen Bedarf, die Ermordung von Landwirtschaftsexperten etc.

Soweit zur militärischen Aggression. Der wirtschaftliche Kampf gegen Nicaragua hat ebenso schwere Einbußen in der Nahrungsmittelrpoduktion zur Folge gehabt: Die Verweigerung von Krediten durch die Weltbank und andere internationale Banken bloß aufgrund von politischen Kriterien kommt noch erschwerend zu den Tiefstpreisen für die Exporte auf dem Weltmakrt hinzu.

Washingtons militärische und ökonomische Aggression, der Krieg durch Zermürbung und Destabilisierung, überschattet dermaßen alle inneren Fehler und andere Rückschläge, die zum Beispiel vom Wetter bedingt sind, daß es unmöglich gewesen ist, die Bedeutung dieser Faktoren unabhängig von der äußeren Bedrohung zu beurteilen. 1984 erlebten wir, wie die Nahrungsmittelversorgung durch diesen Krieg immer problematischer wurde: längere Schlangen, leere Regale, Schwarzmarktpreise, große Beunruhigung darüber, was als nächstes fehlen wird.

Ich möchte mit den Worten eines nicaraguanischen Bauern schließen, dessen klare Sprache, mit der sich die Bauern auf dem Land in Zentralamerika ausdrücken, mir sehr aufschlußreich zu sein scheint. Es war im Juni 1984, der Name des Bauern ist Santos, er kommt aus einer Kooperative, die ich ganz gut kenne, im nördlichen Madriz, nicht weit von der Grenze von Honduras. Er sagte: "Frisch gepflanzter Mais" und deutete auf den Mais dort drüben, "ist sehr empfindlich. Zu viel oder zu wenig Regen, Insekten, Krankheiten, frei herumlaufende Kühe - alle möglichen Probleme - können auftauchen und deine Saat vernichten. Genauso ist es mit unserer jungen Revolution, zu viele Überfälle auf unsere Betriebe, zu viele Arbeiter, die für die Verteidigung ihre Arbeit liegenlassen müssen, nicht genug zu essen für unser Volk ... dieser Krieg könnte alles auslöschen, wofür wir gearbeitet haben. Wie der Mais dort drüben brauchen wir Frieden, um zu wachsen."

Diskussion im Plenum

Carsten Hellpap (Verein zur Förderung von Landwirtschaft und Umweltschutz in der Dritten Welt):
Ich möchte hier drei grundlegende Kritiken zur Agrarreform in Nicaragua wiedergeben und mich würde interessieren, was Joseph Collins dazu sagt. Der erste Vorwurf ist, daß die Landreform nicht weitgehend genug ist, daß vor allem im Bereich der Exportkulturen, Kaffee und Baumwolle, nach wie vor privater Großgrundbesitz dominiert. Die zweite Kritik geht in eine andere Richtung. Sie besagt, daß die Konfiszierungen im Zuge der Agrarreform oft willkürlich vorgenommen werden, so daß die Privateigentümer bezüglich ihrer Zukunft stark verunsichert werden und insofern auch wenig Anlaß haben, zu investieren. Schließlich wird auch die Bürokratisierung des Importes und der Verteilung von Gütern und Betriebsmitteln, z.B. von Saatgut, Düngemitteln, Pestiziden, Ersatzteilen für Traktoren, in der Öffentlichkeit stark kritisiert.

Collins: Zunächst möchte ich feststellen, daß die nicaraguanische Agrarreform in gewissem Sinne konservativ ist. Die Reform ist zu einem Zeitpunkt begonnen worden, als sich überall unter fortschrittlichen Kräften eine gewisse Enttäuschung über auf die Herausbildung von Staatsfarmen zielende Landreform, wie z.B. in Kuba nach 1963, breitgemacht hat. Es gibt da heute ein Bewußtsein über die Schwierigkeiten einer Verstaatlichung von Produktion und Verteilung von Nahrungsmitteln. Deshalb hat man sich in Nicaragua bemüht, die administrativen und technischen Fertigkeiten und Erfahrungen von Bessergestellten in eine nützliche Richtung zu lenken. Jaime Wheelock, einer der neun Kommandanten, sagte in den ersten Jahren nach dem Sieg über Somoza einmal, daß der Staat versuchen sollte, nicht so sehr die Produktionsmittel zu übernehmen, vielmehr die Verteilung der Produktion sozial zu gestalten.

Die Revolution hat zwei Jahre gebraucht, um das Agrarreformgesetz zu verabschieden, ganz im Gegensatz zu El Salvador, wo das entsprechende Gesetz von den USA konzipiert und über Nacht umgesetzt worden war. In Nicaragua dagegen ist das Reformgesetz Ergebnis von zahllosen Diskussionen, Interaktionen und konfligierenden Interessen. In den Prozeß seiner Erarbeitung waren alle gesellschaftlichen Gruppen einbezogen. In diesem Zusammenhang ist besonders hervorzuheben, daß die Bauern und Landarbeiter Nicaraguas heute die Freiheit haben, sich zu organisieren und somit in ihrem Sinne Druck auszuüben. Und ich kann Ihnen sagen, daß dieser Druck nach meiner Erfahrung ganz real vorhanden ist.

Das nicaraguanische Landreformgesetz legt keine Obergrenze für den Landbesitz fest. Das Gesetz ist vielmehr so angelegt, daß seine Umsetzung notwendigerweise die Beteiligung der Bauern und Landarbeiter einer bestimmten Region erfordert. Diese können die entschädigungslose Enteignung von Großgrundbesitz dann beantragen, wenn nachgewiesen werden kann, daß der Eigentümer das Land nicht produktiv nutzt. Auf der anderen Seite haben die bisherigen Eigentümer das Recht, gegen die Enteignung Einspruch einzulegen. Und es gibt viele solcher Einsprüche, denen auch oft stattgegeben wird.

Was die landwirtschaftliche Exportproduktion angeht, so ist sie etwa zur Hälfte im Privatbesitz, die andere Hälfte findet auf Staatsfarmen statt. Da gibt es z.B. die Zuckermühle San Antonio mit ihren riesigen Zuckerrohrplantagen. Der gesamte Komplex befindet sich in Besitz der reichsten Kapitalistenfamilie Nicaraguas. Dies ist insofern ein interessanter Fall, weil die Familie nach der Revolution den Anbau von Zuckerrohr ausgedehnt und auch die Erträge gesteigert hat. Dies zeigt, daß die Revolution Produktionssteigerungen im privaten Sektor zumindest möglich macht.

Natürlich gibt es in Nicaragua, einem unterentwickelten Land mit wenig Administrationserfahrung, viel Bürokratie. Es ist eine ganz konkrete Erfahrung von mir, daß die Leute auf höheren Ebenen oft Tag und Nacht arbeiten, während in den Vorzimmern gedöst und mit Papierschnipseln gespielt wird. Arbeitsweisen, die die Delegation von Verantwortung beinhalten, sind wenig ausgebildet. Entscheidungskanäle sind deshalb zentralisiert. Aber man diskutiert darüber, und versucht, es zu ändern. Aber durch den Krieg wird dies kompliziert. Dieser absorbiert so viel an Energie und Kreativi-

tät. Dieselben Leute, die für die Weiterentwicklung und Durchführung der Agrarreform zuständig sind, müssen sich auch mit dem Krieg befassen, sich auf die Verteidigung konzentrieren. Wer also wirklich über die Bürokratisierung in Nicaragua besorgt ist, der sollte gegen die ökonomische und militärische Aggression gegen Nicaragua kämpfen.

Max (Westdeutscher Informationsdienst für Entwicklungspolitik) : Welche Möglichkeiten sieht Joseph Collins, die im System des Privathandels angelegte Tendenz zur Spekulation und Preistreiberei einzudämmen und trotz fehlender Fachkräfte eine effektive staatliche Verteilung von Nahrungsmitteln zu bewerkstelligen?

Collins: Bis vor kurzem hat man in Nicaragua versucht, die Rationierung - eine angemessene soziale Maßnahme in Knappheitssituationen - zu vermeiden. Dies liegt nun nicht daran, daß man in Nicaragua nicht über die sozialen Auswirkungen von Knappheit und Spekulation besorgt wäre. Aber in einem Entwicklungsland wie Nicaragua leben sehr viele arme Leute, insgesamt ein Drittel der Bevölkerung, vom Handel. Ein Rationierungssystem kann die einzige Einnahmequelle dieser Leute treffen. Darüber hinaus sieht man die administrativen Komplikationen, und es gibt eine Skepsis, wieviel die Regierung einigermaßen effektiv bewältigen kann. Nun, seit August/September 1984 gibt es die Rationierung für einige wenige Grundnahrungsmittel. Auf diese Weise soll allen Leuten der Bezug einer Mindestmenge zu einem bescheidenen Preis garantiert werden. Dabei hat man versucht, möglichst viele vertrauenswürdige Privathändler in den Verkauf der rationierten Nahrungsmittel mit einzubeziehen. Die Preise sind so festgesetzt, daß für den Händler ein angemessener Profit übrigbleibt. Daneben kann er natürlich weiterhin nichtrationierte Güter verkaufen.

Nun, wie funktioniert die Rationierung? Ich habe da von Region zu Region unterschiedliche Erfahrungen gemacht. In der Regel kann man sagen, daß es umso besser funktioniert, je stärker die Leute organisiert sind. Schwierigkeiten ergeben sich vor allem auch aus dem - durch den Krieg bedingten - Fehlen an Transportmöglichkeiten. So gelangen die Grundnahrungsmittel immer wieder nicht an ihre Bestimmungsorte. Wichtig ist vor allem, ob der Bevölkerung in einem Gebiet glaubwürdig klargemacht werden kann, daß keine Waren gehortet oder verschoben werden. Dabei können ganz kleine Maßnahmen psychologisch sehr wichtig sein. So habe ich Händler gesehen, die in Zusammenarbeit mit der örtlichen Massenorganisation auf einer Tafel vor ihrem Laden jede Woche ganz genau aufgeschrieben haben, welche Mengen an Nahrungsmitteln eingetroffen sind. Wenn dann z.B. statt der zugesagten 400 Liter Speiseöl nur 200 Liter angeliefert wurden, wird zumindestens nicht das Vertrauen in das örtliche Verteilungssystem unterminiert, und das ist extrem wichtig.

Thomas Hamer (Fünf Jahre für die Friedrich Naumann Stiftung in Nicaragua tätig): Es gibt für die nicaraguanische Regierung einen Zielkonflikt, einerseits billige Produkte für die marginalisierte Bevölkerung in den Städten zur Verfügung zu stellen, und auf der anderen Seite durch "price incentives" die Agrarproduktion zu erhöhen. Ich habe den Eindruck, daß dieser Zielkonflikt so gelöst wird, daß die Abnahmepreise für die Bauern nicht hoch genug angesetzt sind und die "incentives" insofern nicht greifen.

Collins: Ich weiß nicht, inwieweit der Fragesteller über den aktuellen Stand der Entwicklung der Agrarpreise informiert ist. Ich stimme zu, daß die Abnahmepreise für die Bauern trotz vieler Bemühungen in diese Richtung, bis vor kurzem in der Regel nicht ausreichend waren. Ich und andere haben dies in Diskussionen in Nicaragua immer wieder mit Deutlichkeit gesagt. Aber das ändert sich zur Zeit. So wurden die Preise für Bohnen gerade nach entsprechenden Forderungen der Organisation der Klein- und Mittelbauern um 100 % angehoben. Und andere Preise werden folgen.

Allerdings gilt nach meinem Gefühl hier wie auch in anderen Bereichen, daß die richtigen Maßnahmen immer etwas zu spät kommen. Angesichts der allgemeinen Preissteigerungen müssen heute die Preisanhebungen so hoch ausfallen, um tatsächlich

eine Mehrproduktion zu bewirken. Doch andererseits riskiert man damit, die Inflation noch mehr anzuheizen. Aber die Preiserhöhungen sind notwendig. In der Vergangenheit hatten die niedrigen Preise für Grundnahrungsmittel wie Mais dazu geführt, daß große Farmen, die vorher für ihre Arbeiter selbst Mais angebaut hatten, dazu übergingen, die Eigenproduktion einzustellen, und sich statt dessen auf dem Markt mit billigem Mais einzudecken. Da dies aus der Sicht des Einzelbetriebes durchaus rational war, machten es viele Staatsfarmen ähnlich. Oft verfütterten die Bauern auch ihren Mais an das Vieh, um das dann zu guten Preisen abzusetzen....

Abschließend möchte ich sagen, daß ich froh darüber bin, daß ich hier in der Bundesrepublik bisher noch nicht gefragt worden bin, wann die Reagan-Administration gedenkt, in Nicaragua einzumarschieren. Bei dieser Frage gehe ich immer unter die Decke, denn die Intervention findet hier und heute statt. Deshalb müssen wir auch heute aktiv werden. Und eine Ihrer ganz wichtigen Aufgaben hier in Westeuropa ist es, die Reagan-Administration bei ihrer Politik Mittelamerika gegenüber soweit wie möglich zu isolieren.

Je weniger uns dies gelingt, desto mehr fürchte ich, daß die Welt wieder einmal, wie zuvor in Guatemala, Brasilien, Chile, Kongo und Grenada, darin gehindert wird, zu erfahren, was in dieser Welt möglich ist. Und wir brauchen nichts so sehr wie neue Erfahrungen.

Forum II

Gesundheit und Partizipation Gesundheit für alle im Jahre 2000?

Die Teilnehmer am zweiten Forum des Symposiums wurden durch ein Einführungsreferat von Dr. Horacio Riquelme vom Universitätsklinikum Eppendorf/Hamburg (und ehemaligen Direktor der Poliklinik von Concepción/Chile) über die konzeptionellen Mängel der z. Zt. praktizierten staatlichen Gesundheitssysteme der Länder Lateinamerikas unterrichtet. In vier Thesen nennt er die Bedingungen, die geschaffen werden müssen, wenn ein sinnvolles und effektives Gesundheitssystem greifen soll, und hebt die aktive Bevölkerungsbeteiligung daran als eine unerläßliche Notwendigkeit hervor. Dr. Myriam Ruiz (Kolumbien) berichtete über die Erfolge, die sie als Mitarbeiterin im Büro der Weltgesundheitsorganisation WGO/PAHO in Managua bei der Entwicklung des Gesundheitssystemes in Nicaragua feststellen konnte. In gekürzter Fassung bringen wir die von den beiden Experten gehaltenen Referate, sowie die Stellungnahmen zweier Ärzte aus dem Plenum, die in Nicaragua bzw. El Salvador gearbeitet haben.

HORACIO RIQUELME

Vier Thesen zur Partizipation im Gesundheitsbereich lateinamerikanischer Länder

»Erst wenn Gesundheit als gesellschaftlicher Wert angestrebt wird, kann ‚Gesundheit für alle' Wirklichkeit werden.«

Zentrales Thema dieses Forums bildet das Verständnis von der Beteiligung der Bevölkerungsmehrheit in Gesundheitsaktivitäten auf dem Subkontinent, wo der Begriff Partizipation als politisch-soziale Formel entstand und einen festen Platz in der Gesundheitsplanung eingenommen hat.

Dieser Begriff wirkt wie ein Zauberwort. Er findet seit den frühen sechziger Jahren unübersehbar Eingang in die staatlichen Gesundheitsprogramme fast aller lateinamerikanischen Länder, wird allerdings so verschiedenartig verstanden und ausgelegt, daß eine direkte Verständigung über Inhalt und Bedeutung der Partizipation bald zu einer Unmöglichkeit gerät.

Denn die Umsetzung von Partizipation in der jeweils spezifischen gesellschaftlichen Realität hat sich bislang nur in wenigen Fällen bewahrheitet; bei vielen Versuchen blieb allein die betörende Wirkung der Zauberformel nach zaghaften Anfängen übrig, die Partizipation bestand jedoch auch hier als ein offiziell angekündigtes Ziel der staatlichen Gesundheitspolitik weiter und wird wahrscheinlich weiterhin so beibehalten, solange nicht die internationalen Gesundheitsorganisationen die aktive Beteiligung der Bevölkerungsmehrheit als unabdingbare Voraussetzung für die Verwirklichung des Rechts auf Gesundheit postulieren und als Bedingung für finanzielle Hilfsprogramme setzen.

Vier Thesen

1. These: Die Gesundheitssituation der Bevölkerungsmehrheit in Lateinamerika ist übergreifend geprägt durch die sozioökonomischen Rahmenbedingungen, die plakativ mit der Formel "Entwicklung zur Unterentwicklung" umrissen werden können: Sie ist

durch soziale Not und endemische Krankheiten gekennzeichnet.

Dem letzten Bericht der panamerikanischen Gesundheitsorganisation ist zu entnehmen, daß die Sterblichkeitsstatistiken nach wie vor eine gewaltige Zunahme von zu Tode führenden "Krankheiten der Armut" ausweisen. Das Weiterbestehen von Mangelernährung und schlechten hygienischen Verhältnissen wirkt sich verheerend auf die Gesundheitssituation der Bevölkerungsmehrheit aus und die Kindersterblichkeit - der empfindsamste aller epidemiologischen Parameter - liegt bei allen registrierten Staaten über 50 0/00 mit der rühmlichen Ausnahme von Kuba. Endemische Krankheiten wie der Typhus oder die Amöbiasis stehen nach wie vor auf wichtigen Plätzen in den Statistiken, in einigen Fällen sind sie sogar im Zunehmen begriffen.

2. These: Die staatliche Gesundheitsversorgung in Lateinamerika stützt sich auf eine mehr als hundert Jahre alte Tradition. Von je her hat sie das Augenmerk hauptsächlich auf die kurative Versorgung einer finanzstarken Klientel ausgerichtet und verfügt heute noch über eine große strukturelle Macht. Standesinteressen und ein auf individuelle Krankheitsereignisse geschulter Blick bestimmen oft über die Durchführung von Gesundheitsprogrammen.

... Seit den frühen 60er Jahren wird die gemeindenahe Gesundheitsversorgung (medicina comunitaria) als Lösung für die zumeist groben Verfehlungen und Defizite in der Gesundheitsversorgung propagandistisch eingesetzt. Dieser Kreuzzug für eine unmittelbare Einbeziehung der bislang vernachlässigten Bevölkerungsmehrheit kann als eine Reaktion auf die tiefen sozialen Umwälzungen in Kuba (1959) verstanden werden. Die Sorge um die Anziehungskraft einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung auf die Bevölkerungsmehrheit in vielen lateinamerikanischen Staaten läßt die am Status-quo Interessierten aufhorchen und "weiche Antworten" wie z.B. die sogenannte "Allianz für den Fortschritt" zur Geltung bringen: Neben der Erziehungs- und Landrefom wird die Gesundheitsversorgung nominell zu einem eminent politischen Stabilisierungsfaktor herausgearbeitet und in die gesamtgesellschaftliche Planung eingebracht. Die gemeindenahe Gesundheitsversorgung strebt die Teilnahme der Bevölkerung in der "Produktion von Gesundheit zu erreichbaren sozialen und materiellen Kosten" an. Lokale Gesundheitsverantwortliche sollen die jahrhundertalte Unzulänglichkeit der staatlichen Versorgung füllen und mit einer minimalen medizinischen Vorbereitung und Ausrüstung für das Wohlergehen der Bevölkerungsmehrheit auf dem Lande und in den Slumvierteln sorgen. Die sozialen und politischen Grenzen dieser Politik werden bald erreicht, wenn die Gesundheitsversorgung von den anderen ebenso wichtigen Veränderungen im Erziehungs- und Produktionsbereich isoliert betrieben wird; stichwortartig heißt es dann sozial: "Gemeindenahe Versorgung für die Armen, große Hospitäler für die Reichen" und politisch: "gemeindenahe Versorgung als verkleidete Staatspolizei". Bereits Anfang der 70er Jahre erlahmen fast überall diese Bemühungen zur Ausdehnung der Gesundheitsversorgung auf die marginalisierte Bevölkerung und seit Ende der 70er Jahre wird das Primary Health Care Concept bzw. die Basisgesundheitsversorgung als die paradigmatische Krönung in der modellhaften Implementierung einer allen zugänglichen Gesundheitsversorgung verkündet und gefeiert. Das Konzept ist bislang jedoch nur bei begrenzten Modellversuchen der Weltgesundheitsorganisation WGO (z.B. in Mexiko, Peru, Guatemala) eingesetzt worden. Das einzige Land in Lateinamerika, das sich zu der Zielsetzung der WGO "Gesundheit für alle im Jahre 2000" offiziell bekannt hat und die knapp vorhandenen Ressourcen in Anlehnung an das Konzept der Basisgesundheitsversorgung einsetzt, ist das vom "schmutzigen Krieg" erschütterte Nicaragua (die Ausrottung der Polio und die Reduzierung der Kindersterblichkeit von 130 0/00 auf 90 0/00 sind einige nachvollziehbare Folgen dieser konsequent betriebenen Gesundheitspolitik mit aktiver Beteiligung der Bevölkerung).

3. These: Die marginalisierte Bevölkerung (potentieller Träger der Partizipation) ist bislang von der staatlichen Gesundheitsversorgung bei der Mehrheit der lateinamerikanischen Länder nur am Rande und recht zaghaft erreicht worden. Sie mußte

eine authochtone medizinische Kultur entwicklen und verfügt noch heute über traditionelles Verständnis und Wissen zu Gedundheitsfragen, die ihr das Überleben in der Marginalisierung ermöglicht haben und eine oft unzureichend erforschte kulturelle Leistung bilden. Erfolg oder Scheitern jeder integrativen Gesundheitspolitik, die diese Bevölkerungsgruppe (die bis zu 70 % der Gesamtbevölkerung ausmacht) erreichen und einbeziehen will, wird am Ausmaß des gegenseitigen sozialen Vertrauens und der gemeinsam getragenen Zielsetzungen bewertet werden können.

4. These: Die Entfaltung der Partizipation im Gesundheitsbereich wird von der sozialpolitischen Gesamtentwicklung wesentlich beeinflußt und kann (als Prozeß) als eine Widerspiegelung der Austragung von sozialen und politischen Konflikten betrachtet werden.

Wie bereits erwähnt, gewann der Begriff Partizipation in den lateinamerikanischen Staaten an Bedeutung, seitdem Politiker und Planer sich mit einer zunehmend mündigen Bevölkerung konfrontiert sahen und feststellen mußten:
a) daß die Gesundheit als ein Grundbedürfnis bei großen und an der Basis organisierten Bevölkerungsgruppen wahrgenommen und in die direkte politische Auseinandersetzung einbezogen wird, und
b) daß die Gewährleistung von Gesundheitsdiensten bei den sich rapide zuspitzenden sozialen und ökonomischen Ungleichheiten in Lateinamerika ohne einer Erweiterung der menschlichen Ressourcen und Einbeziehung lokaler Mittel allzubald an strukturelle Unzulänglichkeiten stoßen würde und dieses sich im politischen Kontext recht nachteilig für den status quo erweisen könnte.

Oft wurde hier aber von einer fügsamen Beteiligung untergeordneten "Fußvolks" ausgegangen, wobei die "Freiwilligen" global verordnete Programme als Ausführungsorgane der staatlichen Gesundheitspolitik vor Ort durchführen sollten. Diese Teilnahme erschöpfte sich in der Regel in der Erfüllung kleiner Aufgaben wie Diagnose der häufigsten Erkrankungen und Verteilung knapp vorhandener Medikamente; sie wurden zuweilen für die individuelle Überzeugungsarbeit bei Geburtenkontrollkampagnen extra entlohnt und weniger zur Mitarbeit in Impfprogrammen aufgefordert. Diese Form der passiven Partizipation geht von der Annahme einer grundlegenden Ignoranz der Bevölkerungsmehrheit für Gesundheitsbelange aus und kann infolgedessen die von dieser Bevölkerung empfundenen Bedürfnisse kaum berücksichtigen.

Eine Form der aktiven Partizipation erfordert nun einen symmetrischen Dialog zwischen der teilnehmenden Bevölkerung und den Gesundheitsarbeitern dergestalt, daß die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung als Tätigkeitsfeld der organisierten Bevölkerungsmehrheit betrachtet wird, d.h. Planung, Durchführung, Evaluierung von Gesundheitsaktivitäten sollen von der direkten Mitbestimmung der teilnehmenden Bevölkerung getragen werden.

Auf diese Art kann sich aktive Partizipation konstituieren. Wir können auf einige solcher Beispiele in Lateinamerika zurückgreifen, wo die Tätigkeiten der Bevölkerungsmehrheit zu einer besseren Wahrnehmung der allgemeinen Gesundheitsbedürfnisse und somit zu einschneidenden Veränderungen in der sozialen Gestaltung von Gesundheit geführt haben.

Partizipation als gesundheitspolitische Initiative und Träger einer neuen allgemein zugänglichen Gesundheitsversorgung kann also allein unter bestimmten Bedingungen zur Entfaltung kommen. Denn erst, wenn Gesundheit grundsätzlich als gesellschaftlicher Wert von einer mündigen Bevölkerungsmehrheit angestrebt und nicht lediglich als populistisches Aushängeschild von Politikern benutzt wird, kann die Losung der WGO "Gesundheit für alle" Wirklichkeit werden.

MYRIAM RUIZ

Das neue Gesundheitswesen in Nicaragua

»Die nicaraguanische Erfahrung hat verdeutlicht, daß ein Land das Ziel ‚Gesundheit für alle' tatsächlich erreichen kann.«

Am 8. August 1979 wurde per Gesetz das "Einheitliche Nationale Gesundheitswesen" (SNUS) geschaffen, um die Entwicklung der öffentlichen Gesundheitsfürsorge in Nicaragua durchzuführen. Die Grundsätze dieses neuen Gesundheitssystems korrespondieren mit den Prinzipien der Weltgesundheitsorganisation (WGO):
1. Gesundheit ist ein Recht aller Menschen und obliegt der Verantwortung des Staates sowie dem organisierten Volk.
2. Die Gesundheitsdienste sollen der gesamten Bevölkerung weitestgehend zugänglich sein.
3. Alle Gesundheitsdienste sollen integralen Charakter haben. Die gesundheitspolitischen Aktivitäten sollen in Übereinstimmung mit den Bedürfnissen und den Möglichkeiten des Landes geplant werden.
Ein besonderes Gewicht, und wir glauben, daß das zu den bedeutendsten Errungenschaften des heutigen Nicaraguas zählt, muß der Beteiligung der Gemeinschaft an allen Maßnahmen im Gesundheitswesen beigemessen werden.

Um das neu geschaffene Gesundheitssystem gemäß diesen Prinzipien administrieren zu können, wurde 1980 ein Prozeß der Regionalisierung eingeleitet. In dessen Folge entstanden 96 Gesundheitsgebiete (areas de salud), die für die Umsetzung der zentral formulierten Pläne und Gesundheitsprogramme verantwortlich sind und die präventiven wie kurativen Aktionen realisieren. Innerhalb dieser Struktur vollzieht sich ein dialektischer Prozeß von Zentralisation und Dezentralisation, die Delegierung von Zuständigkeiten und die Ausbildung von vernetzten Entscheidungsniveaus. Drei administrative Ebenen entstanden: Die zentrale Ebene, auf der die Richtlinien der Gesundheitspolitik formuliert werden, welche auf regionaler Ebene an die Bedürfnisse der einzelnen Regionen angepaßt werden. Schließlich das operative oder lokale Niveau, das die Gesundheitsaktivitäten ausführt. Die direkte Betreuung geschieht in regionalen Krankenhäusern und zentralen Spezialeinrichtungen, vor allem aber im Primärbereich der "areas de salud", die meist 20.000 bis 30.000 Menschen umfassen. Grundlegende Versorgungseinheit ist hier das Gesundheitszentrum. Die "areas" untergliedern sich wiederum in Sektoren von etwa 3.000 Einwohnern, die von Hilfskrankenschwestern (auxilares) oder Gesundheitsbrigadisten in den Gesundheitsposten betreut werden. Die Brigadisten werden von den Massenorganisationen gewählt. Die Partizipation der Bevölkerung, ich darf es wiederholen, ist in Nicaragua auf außergewöhnliche Weise realisiert. Denn selbst auf zentralem Niveau gibt es mit der "Comisión Popular de Salud" eine Vertretung aller im Land existierenden Massenorganisationen. Jedes Programm des Gesundheitsministeriums wird gemeinsam mit dieser Kommission diskutiert und geplant. Auf der Ausführungsebene in den verschiedenen Stadtteilen und Regionen sind die Massenorganisationen in den "Consejos Populares de Salud" vertreten. Selbst die Gesundheitsbrigadisten an der Basis sind nur im technischen Sinne vom Gesundheitsministerium abhängig, sie werden verwaltet von den Massenorganisationen, denen sie rechenschaftspflichtig sind.

Besondere Bedeutung wird der Versorgung von Müttern und Kindern beigemessen. Gerade den Frauen wurde in den vergangenen Jahren eine kaum ausreichende Betreuung zuteil. Heute sind Schwangerschaftsüberwachung, Geburtshilfe und Mutter-Kind-Programme alltägliche Praxis. Auch im Bereich der Ernährungskontrolle gibt es eine weite Beteiligung der Gemeinschaften. Beispiel: Durchfallserkrankungen, die in Nicaragua sehr häufig sind, sich zuletzt aber deutlich verringert haben. Mit oralen Rehydrationseinheiten, aber auch mit Maßnahmen der Gesundheitserziehung, die gewissermaßen auf der Ebene der Häuser ansetzten, konnten alle schwereren Fälle,

die früher nicht selten tödlich verlaufen sind, beseitigt werden. Priorität haben darüber hinaus Impfkampagnen. Man kann sagen, daß 100 % aller Kinder unter sechs Jahren gegen Polio, Keuchhusten, Masern und Tetanus geimpft wurden. 1983 gab es keine Neuerkrankung an Polio mehr.

Die Ausrüstung der Gesundheitseinrichtungen mit technischen Geräten und anderem medizinischen Material ist für Nicaragua eine Schwierigkeit, weil fast alle diese Güter mit Dollars im Ausland eingekauft werden müssen. Deshalb wurden große Anstrengungen unternommen, um Prioritäten für dringend benötigtes Material festzustellen. Parallel wird versucht, mittels verstärkter nationaler Produktion Importe zu substituieren. Nach wie vor ist jedoch das nicaraguanische Gesundheitswesen auf ausländische Unterstützung angewiesen, wie es sie von meist Nicht-Regierungs-Organisationen aus Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, aus Italien, Großbritannien, Holland und vielen anderen Ländern und internationalen Organisationen erfährt. Diese Hilfe ist umso notwendiger, da durch die Aggression gegen Nicaragua allein im Gesundheitsbereich 50 Versorgungszentren und - posten wegen Zerstörung geschlossen werden mußten, wobei medizinisches Material im Werte von über 250.000 Dollar verlorenging.

Ich möchte schließen mit der Bemerkung, daß die nicaraguanische Erfahrung allen ausländischen Mitarbeitern, die im Gesundheitsbereich tätig sind, hoffnungsvoll verdeutlicht hat, daß ein Land tatsächlich das von der WGO gesteckte Ziel "Gesundheit für alle im Jahre 2000" erreichen kann. Und dies ist, wie wir am Beispiel Nicaragua erleben können, nur möglich, wenn die politische Entscheidung getroffen wird, die Grundbedürfnisse eines Volkes, die Gesundheit, die Ausbildung und die Ernährung zu berücksichtigen. In Nicaragua gibt es dieses integrierte Versorgungsprogramm, um nicht nur die Gesundheit, sondern allgemein die Lebensverhältnisse zu verbessern.

Diskussionsbeiträge aus dem Plenum

Dr. Hubertus Schwarzkopf: Eine dezentrale und basisorientierte Gesundheitsversorgung gab es auch schon zu Somozas Zeiten in Nicaragua. Damals hatte diese Versorgung drei Ziele: Einmal wurden für die Reichen des Landes in der Hauptstadt und in der Nähe der größeren Städte große Krankenhäuser eingerichtet. Zweitens sollte die Arbeitskraft der Industriearbeiter erhalten und wiederhergestellt werden. Und schließlich war da noch ein drittes Ziel, das in den letzten Jahren der Diktatur zunehmend an Bedeutung gewann: Die Kontrolle der Guerillabewegung in den ländlichen Gebieten über soziale Einrichtungen.

Um die Veränderungen seit damals ein wenig zu konkretisieren, möchte ich kurz die Arbeit der "Consejos Populares de Salud " schildern. Ich habe drei Jahre als Arzt in einer ländlichen Gegend Nicaraguas gearbeitet. In den "Consejos" sitzen Vertreter aller Massenorganisationen, die über alles entscheiden, was den Gesundheitsbereich betrifft. Entscheidung meint einmal die Vorbereitung und Durchführung der Gesundheitskampagnen, also auch die Gewährleistung einer kurativen Versorgung und deren Verbesserung. Entschieden wird aber vor allem beispielsweise über das Anlegen von Gemüsegärten, die Gesundheitserziehung in Schulen und Kooperativen in Zusammenarbeit mit den landwirtschaftlichen Beratern.

In einem zweiten Gremium treffen die Massenorganisationen mit den Vertretern der staatlichen Institutionen zusammen, und da kann auch der Arzt aktiv zu Fragen Stellung nehmen, etwa: Wo wird die Straße gebaut, was sind unsere Kriterien für den Gesundheitsbereich? Auch ich konnte dazu Stellung nehmen, obwohl meine Kriterien wenig relevant waren. Denn entschieden wurde nach Produktionszahlen: Wo leben die meisten Menschen, wo wird der meiste Kaffee angebaut? usw .

Die zweite Möglichkeit der Volksbeteiligung sind die "Brigadistas de Salud", die Gesundheitslaienarbeiter, die in den ländlichen Gebieten von den Massenorganisati-

onen oder den Kooperativen bestimmt werden. Dem Gesundheitsministerium obliegt ausschließlich die Ausbildung der Gesundheitsbrigadisten sowie die Bereitstellung von technischen Informationen und Mitteln. Alle gesundheitlichen Aktivitäten unterhalb der Gesundheitszentren werden von solchen Basisgesundheitsarbeitern geleistet. Dabei ist nicht der Sparaspekt (wenig Geld und Ärzte), wie in anderen Ländern entscheidend, sondern die aktive Beteiligung der Bevölkerung an der Planung, Durchführung und abschließenden Evaluierung der Aktivitäten. Es geht um eine aktive Partizipation auf allen Ebenen und nicht um irgendwelche Leute, die pro forma mal impfen gehen. Ich denke, daß der "Consejo Popular de Salud" auf der niedrigsten Ebene das wichtigste Instrument der Partizipation ist.

Hinweisen möchte ich aber noch auf einen anderen Mechanismus, der "Opinión Popular" heißt (öffentliche Meinung), oder seit einiger Zeit "Cara al Pueblo" (mit dem Gesicht zum Volke). Damit sind Versammlungen gemeint, auf denen in regelmäßigen Abständen von drei bis sechs Monaten beispielsweise der Arzt oder Chefarzt eines Krankenhauses dem Volk Rechenschaft ablegen muß. Kritik und Vorschläge aus der Bevölkerung sollen so einbezogen werden, um sie in der zukünfitgen Arbeit umzusetzen. Ich finde es ein wichtiges Element, und man könnte sich ja mal vorstellen, wie dies hier in Deutschland aussähe.

Riquelme: Im Rahmen der Basisgesundheitsprogramme gibt es ein weiteres Problem, das zu berücksichtigen ist: das der Rückkoppelung. Denn nach wie vor gehen wir ja davon aus, daß die Betroffenen ebenso denken wie die Planer der Programme. Nun ist aber das Verständnis von Gesundheitsproblemen in Lateinamerika sehr vielfältig gelagert. Beispielsweise sehen viele Leute in infektiösen Durchfällen nicht ein bakterielles Problem, auch nicht eines von schlechten hygienischen Verhältnissen, vielmehr suchen sie die Krankheitsursache mehr im psychosozialen Bereich. Es ist jemand neidisch auf das erkrankte Kind, das vielleicht auch nur eine Erkältung bekommen haben kann. Falsch wäre es, den Leuten zu sagen, sie irren sich. Vielmehr muß eine bevölkerungsnahe Gesundheitspolitik so strukturiert werden, daß sich niemand vor den Kopf gestoßen fühlt. Dabei ist die Kommunikation zwischen den Planern und der Bevölkerung unbedingt notwendig.

Dr. Hans Rein: Wir haben bislang wenig über die Situation in El Salvador gesprochen, wo ich knapp ein Jahr lang als Arzt tätig gewesen bin. Nun, die wesentlichen Determinanten der dortigen Gesundheitssituation sind die Realität des Krieges, die Abhängigkeit des Landes von außen und die seiner Teilung in Regionen, die von der Regierung kontrolliert werden und solche, die unter Kontrolle der Befreiungsbewegung FDR/FMLN stehen. In dieser Situation ist die entscheidenste Krankheitsursache der Krieg. Gesundheitsstatistiken legen offen, daß der Tod durch gewaltsame Einwirkung von außen die häufigste Todesursache im heutigen El Salvador darstellt. Wichtiger, als nochmals über die Gesundheitspolitik der Regierung zu referieren, scheint mir, etwas zu sagen über das, was in jenen Gebieten geschieht, die unter Kontrolle der Befreiungsbewegung stehen. Die Bevölkerung dort lebt ja unter sehr schwierigen Bedingungen, die allerdings den Aufbau eines Gesundheitswesens, an dem die Bevölkerung beteiligt ist, begünstigen. Denn schon allein aufgrund der mangelnden Infrastruktur müssen die Gesundheitseinrichtungen dezentral organisiert sein. Große zentrale Krankenhäuser kann es deshalb nicht geben, weil die Bevölkerung dort gar nicht hinkommen könnte. Also muß das Gesundheitswesen auf Dorfebene organisiert werden.

Ein zweiter Mangel, der an Medikamenten, ist insofern auch ein Vorteil, weil der Aufbau eines neuen Gesundheitswesens vielfach durch die Produkte der pharmazeutischen Industrie erschwert wird, und man also darüber nachdenken muß, wie mit möglichst wenig Arzneimitteln ausgekommen werden kann, und das ist nicht nur ein Nachteil.

Der wesentliche Bestandteil der neuen Dorfstruktur, die in den kontrollierten Gebieten existiert, sind die "Poderes Populares Locales", PPL, örtliche Komitees, die von der Bevölkerung gewählt werden. Einer der gewählten Vertreter ist für soziale Angelegenheiten verantwortlich, wozu auch Gesundheit und Erziehung gehören.

Unter der Führung der PPLs werden nun in allen Dörfern Gesundheitszentren aufgebaut, die "Clínicas Populares". Darin arbeiten meist junge Menschen, die eine sehr kurze Ausbildung von nicht mehr als vier Wochen haben. Was allerdings mit einer solch kurzen Ausbildung geleistet werden kann, ist erstaunlich. Die Gesundheitsarbeiter sind imstande, die am häufigsten auftretenden Krankheiten, Malaria, parasitäre Erkrankungen, Durchfälle, Infektionen der Atemwege und eine ganze Reihe von Hautkrankheiten zu erkennen, und mit den wenigen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, zu behandeln. Sie lernen aber auch jene schwereren Krankheiten, die sie nicht behandeln können, an die Hospitäler weiterzuleiten, wo professionelle Gesundheitsarbeiter tätig sind.

All diese partizipativen Gesundheitsstrukturen funktionieren aber nur dann, wenn sie Teil einer integralen Dorfentwicklung sind. Denn auch hier zeigt sich, daß man Gesundheit "für sich alleine" nicht entwickeln kann. Beispielsweise führt ein möglichst hoher Anteil an kollektiver Produktion - vermittelt über allwöchentlich stattfindende Vollversammlungen - dazu, daß die "Sanitaria" (Krankenschwester), die in der "clínica popular" arbeitet, mit Nahrungsmitteln mitversorgt werden kann, sich also intensiver ihrer gesundheitlichen Arbeit widmen kann. Sie fühlt sich dann anerkannt von den Menschen im Dorf, sieht, daß man sie für wichtig hält, weshalb sie sicher ganz anders arbeiten kann. Dies ist nur ein Einzelbeispiel für die Notwendigkeit einer integralen Dorfentwicklung.

Ich möchte nochmals auf den Mangel an Medikamenten zurückkommen, der notwendigerweise der Präventivmedizin ein großes Gewicht verleiht. Denn da sind wir ja in einer schwierigeren Lage als Nicaragua. Impfkampagnen können beispielsweise aufgrund der fehlenden Kühlkette nicht durchgeführt werden. Eine Kampagne für Latrinenbau dagegen kann initiiert werden, was sicher eine ganz wichtige präventivmedizinische Maßnahme ist ... Eine Latrinenbaukampagne kann nur dann sinnvoll verwirklicht werden, wenn zuvor in Dorfversammlungen die Menschen zu der Auffassung gelangt sind, daß Latrinen wichtig für sie sein könnten. Über eine solche Weiterentwicklung von Gesundheitskonzepten wird in den kontrollierten Zonen El Salvadors stark nachgedacht. Aktive Partizipation darf wirklich nicht heißen, daß kluge Professionelle auf möglichst geschickte Weise den Leuten beibringen, was sie machen sollen, sondern, daß die Gesundheitsarbeiter dann, wenn sie aufgrund der Mangelsituation nicht mehr weiter wissen, dies auch eingestehen und auf die Leute hören, welche Lösungsmöglichkeiten sie sehen. Das ist aber gar nicht so einfach. Fragt man in einem Dorf nach Wünschen und Vorstellungen, dann erhält man fast immer die Antwort: Wir wollen möglichst viele Spritzen. Selbst im abgelegendsten Dorf in den Bergen von Chalatenango ist ein Bauer der Meinung, daß eine Spritze das Beste ist, wenn er gesund werden will. Dazu kommt, daß in den regierungskontrollierten Gebieten ein nahezu kriminelles System des Medikamentenverkaufs Praxis ist. Wenn man bezahlen kann, bekommt man ohne weiteres in jeder Apotheke eine Packung Valium. Oder Chloroquin gegen Malaria, was an sich indiziert wäre. Aber all jene Bauern, die sich nicht die für die Malaria-Behandlung notwendigen zehn Tabletten leisten können, zeigen dem Apotheker, wieviel Geld sie haben und der gibt ihnen dann vielleicht nur zwei. Obwohl zwei Tabletten völlig unwirksam bleiben und man statt dessen auch einen Schluck Wasser trinken könnte, werden sie ihnen verkauft. Die Vorstellung einer "beschädigten" Gesundheit, die mit irgendwelchen Mitteln "repariert" werden kann, ist im Bewußtsein der Menschen weit verbreitet, und genau das macht die Partizipationsüberlegungen außerordentlich schwierig. Dennoch müssen wir schauen, was von den Lösungsmöglichkeiten, die die Bevölkerung anzubieten hat, aufgenommen werden kann und wo wir Erziehungsprogramme ansetzen müssen, um etwas hineinzutun. Da ein Verhältnis zu finden, ist außerordentlich schwer. In den kontrollierten Zonen von El Salvador arbeitet man daran.

Riquelme: Hauptvoraussetzung für eine funktionierende Basisgesundheitsversorgung in Lateinamerika ist der politische Wille. Es geht nicht nur darum, daß Gesundheit auf das ganze Land getragen wird, sondern darum, daß Bevölkerung, Politiker und Planer

gewissermaßen am gleichen Strang ziehen. In Nicaragua hat man heute diese Möglichkeit. In Mexiko, wo ich lange gearbeitet habe, sieht das anders aus. Die dortige Zentralregierung schmiedet immer neue Pläne und ist versucht, eine kollektive Versorgung auf das Land zu tragen, ohne dabei auf die allgemeinen Bedingungen, auf Ernährung und Erziehung zu achten, die für eine Gesundheitsförderung von entscheidender Bedeutung sind. Es wird eine parallele, keine integrale Politik betrieben, in die die Bevölkerung nicht direkt einbezogen wird. In bezug auf Mexiko kann man sagen, daß gerade eine passive Partizipation vorhanden ist, während in Nicaragua eine aktive Form der Partizipation hervorzubringen versucht wird.

Forum III

Chancen für Demokratie und Partizipation Nicaragua und El Salvador im Vergleich

Welche Formen demokratischer Mitsprache und Einflußnahme der Bevölkerung auf den Entwicklungsprozeß in El Salvador und Nicaragua gibt es? Wie praktikabel sind sie unter kriegsähnlichen Bedingungen?
Diese Fragen stehen im Mittelpunkt der Referate und Diskussionsbeiträge dieses Forums. Die Suche nach anderen und neuen Formen demokratischer Teilnahme am Aufbau und der Entwicklung einer Gesellschaft, die mehr sind als die regelmäßige Teilnahme an Wahlen, trifft nicht nur für sich entwickelnde Länder der "Dritten Welt" zu, sondern beschäftigt auch uns. Können uns die "Entwicklungsländer" hier Vorbild sein?
Die Referenten waren Rodrigo Ibarra aus Managua/Nicaragua vom Centro de Investigaciones y Estudios de la Reforma Agraria CIERA und Professor Dr. Ignacio Ellacuria, Rektor der Universidad Centroamericana UCA in San Salvador/El Salvador.
Den Beitrag von Dr. Ellacuria reproduzieren wir wegen der Fülle der darin entwickelten neuen und viel beachteten Gedanken ungekürzt sowie Auszüge aus der sich anschliessenden Debatte im Plenum.

RODRIGO IBARRA

»Es ist der politische Wille der FSLN, alle Parteien und alle Sektoren der Bevölkerung am politischen Leben des Landes zu beteiligen.«
(Auszug)

Als die Revolution Somoza und seine Clique stürzte, erfüllten sich die Hoffnungen des Volkes. In diesem Sinne meine ich, daß das Volk durch seine Mobilisierungen auf die Politik und die revolutionäre Transformation Einfluß genommen hatte. Dann gab es die Fortsetzung dieser Mobilisierung von Arbeitern und Bauern, die dann, 1979 und 1980 wieder auf die Politik Einfluß nehmen konnte, als die Regierung sich durch den Druck der Bauern, die Land besetzten, gezwungen sah, diese Aktion anzuerkennen und die neuen Verhältnisse 1981 zu legalisieren. So führten diese Aktionen der Bauern zu einer Vertiefung des revolutionären Prozesses. Dasselbe geschah durch die Arbeiterbewegung, die zu vielen Fabrikbesetzungen aufrief und dadurch ihre effektive Partizipation am Prozeß bewies, und deren Aktionen in vielen Fällen zur Enteignung einiger Produktionsmittel führten, was zum Teil von der FSLN nicht geplant oder bis zu jenem Zeitpunkt noch nicht in diesem Umfang vorgenommen worden war. Insoweit läßt sich also eine widersprüchliche Beziehung zwischen der Führung der revolutionären Bewegung Nicaraguas in Gestalt der FSLN und der autonomen Bewegung oder der unabhängigen Mobilisierung der Bauern und Arbeiter feststellen. Für mich ist es sehr wichtig, dies deutlich zu machen, da sich hier die Autonomie, die Unabhängigkeit der Volks- und Arbeiterbewegung und die der Bauern bestätigt, ein Prozeß, der sich ständig weiterentwickelt.

Die Companeros, die vor mir gesprochen haben, haben schon gezeigt, wie die Versammlungen abgehalten werden, wie es in Nicaragua möglich ist, daß die Menschen in den Stadtvierteln und den Dörfern Leiter staatlicher Institutionen wie dem Erziehungs- oder Landreformministerium, befragen und zur Rede stellen, und wie es in der ganzen Gesellschaft einen Prozeß der Verstärkung der Partizipation der Arbeiter gibt und der Bestätigung der Unabhängigkeit.

Ich möchte weiterhin den Prozeß der Ausbreitung des Gewerkschaftsgedankens darstellen, der in Nicaragua mit dem revolutionärem Triumph vom 19. Juli um sich griff, d.h. diese ganze Mobilisierung erreichte ihr größtes Ausmaß in den Organisationen der Arbeiterklasse. So gibt es gegenüber den 133 Gewerkschaften im Jahre 1979 heute 1.103 Gewerkschaften, die Selbstverwaltungsaufgaben in den staatlichen Unternehmen mit direkter Partizipation der Arbeiter an den administrativen Entscheidungen und sogar an wirtschaftlichen Entscheidungen jeden Betriebes wahrnehmen und damit direkt Einfluß auf die Wirtschaft des Landes haben.

Die Grundlagen der Konzeption davon, wie in Nicaragua die Demokratie aussehen würde, wurden schon im Regierungsprogramm, dem historischen "Programm der Sandinistischen Front" festgelegt. In diesem Programm wurde das Recht des Volkes auf freie Wahlen gefordert. Dies wurde dann in den Grundrechten der Nicaraguaner und im ersten Programm der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus bestätigt. Trotzdem hatte weder die Mehrheit des Volkes noch die FSLN bis heute die Meinung vertreten, daß Wahlen die einzige Aufgabe oder die wichtigste oder unmittelbar notwendigste Aufgabe wären. Vielmehr erlebte man in den ersten Jahren nach dem Triumph der Revolution eine ungeheure Mobilisierung und zunächst einen starken Druck, der von Arbeitern und Bauern ausging und auf revolutionäre Veränderungen - besonders auf dem Land - drängte. So entstand die Notwendigkeit, Wahlen erst 1984 durchzuführen. Nicht etwa, weil die FSLN die Führung der Revolution verloren oder an Popularität eingebüßt hätte, sondern um ihren Führungsanspruch zu bestätigen, um den politischen Willen des nicaraguanischen Volkes auch in Zahlen sichtbar werden zu lassen - und zwar unabhängig von dem Ruf nach Wahlen, mit dem der nordamerikanische Imperialismus seine Aggression begründete, genau wie die Organisationen der rechten Parteien Nicaraguas, vor allem die Coodinadora Democrática, die bereits seit dem 19. Juli 1979 auf die Durchführung der Wahlen gedrängt hatte.

Wir sehen, daß Nicaragua in diesem Wahlprozeß nicht mit den Formen der westlichen Demokratie gebrochen hat, aber ich möchte betonen, daß die sozialistische Demokratie ebensowenig zurückgewiesen wird; daß das Modell kapitalistischer Entwicklung abgelehnt wird und wir für den Aufbau des Sozialismus in Nicaragua kämpfen. Die Wahlen sind ein Element der Legitimierung der Revolution, ein Element der Legitimierung des Regierungsprogramms, der revolutionären Errungenschaften und sogar eine Legitimation des Vertrauens des Volkes in die Avantgarde der FSLN. Mit all dem soll natürlich nicht bestritten werden, daß es in Nicaragua noch eine permanente Polemik im rechten Lager und den Parteien der Coordinadora Democrática gibt. An diesem Punkt konnte also noch kein nationaler Konsens hergestellt werden. Eines der Ziele der Revolution und der FSLN war, die Partizipation der rechten Parteien einzubeziehen, wie es der politische Wille der FSLN ist, alle Parteien und alle Sektoren der Bevölkerung am politischen Leben des Landes und an der Wirtschaftspolitik zu beteiligen, Unternehmer ebenso wie Arbeiter und Bauern.

Ich möchte auch klarstellen, daß der revolutionäre Prozeß in Nicaragua nicht, wie einige Fanatiker der Revolution behaupten, völlig problemlos abläuft, daß in Nicaragus nicht alles paradiesisch ist, daß auch auf der Ebene der Solidaritätskomitees im Ausland häufig der revolutionäre Prozeß idealisiert wird, zum Beispiel, wenn über die Landreform gesprochen wird.

Die FSLN mußte mit 15.000 Aktivisten beginnen, aber heute sind es nicht nur 15.000 Aktivisten, sondern 300.000 Nicaraguaner, die in den Sandinistischen Basiskomitees, den Gewerkschaften, der Gewerkschaftsunion der Angestellten und allen anderen Organisationen zusammengefaßt sind. Und wenn auch das Sandinistische Volksheer das Rückgrat der Verteidigung ist, und die Regierung dafür verantwortlich ist, so wäre doch die Verteidigung und die Existenz der Revolution nicht möglich ohne diese entschiedene Beteiligung der Arbeiter und Bauern.

IGNACIO ELLACURIA

»Die Volksorganisationen sollten nicht die staatliche Macht anstreben, sondern immer als machtvolle gesellschaftspolitische Kräfte in der Opposition bleiben.«

Die derzeitige Konjunktur in El Salvador ist, was die interne Lage betrifft, durch den Krieg einerseits und den Dialog andererseits gekennzeichnet. Auf der Seite des Krieges befindet sich eine Regierung, die sich demokratisch nennt, weil sie nach demokratischen Normen des Westens gewählt worden ist; auf der anderen Seite des Schlachtfeldes befindet sich die FMLN, die FDR, die meinen, das Recht in diesem Krieg auf ihrer Seite zu haben, da sie die Interessen des Volkes vertreten und in dieser Hinsicht eine andere Auffassung von Demokratie haben. Das gleiche gilt für den Dialog: Duarte nimmt für sich in Anspruch, im Namen des salvadorenischen Volkes zu verhandeln, da er von ihm in nicht-manipulierten und freien Wahlen gewählt worden ist. Und die FMLN, die FDR betrachtet sich als legitimiert, Verhandlungsvorschläge zu machen, aufgrund der Kämpfe, die sie geliefert hat und weil sie in Anspruch nimmt, die Interessen des Volkes zu vertreten.

In diesem Zusammenhang möchte ich kurz analysieren, inwieweit die FMLN, die FDR eine neue Form der Volksbeteiligung, eine neue Form von Demokratie repräsentieren, die nicht der Demokratie des Kapitalismus - sei es Staatskapitalismus oder Privatkapitalismus - entspricht. Zweifelsohne läßt ich über diesen Versuch noch nichts Abschließendes sagen, wahrscheinlich ist dieser Versuch durch die historischen Umstände beeinflußt worden, aber trotzdem glaube ich, daß sich hier ein möglicher Weg für den größten Teil der Welt, für die Dritte Welt auftut, die keinen Grund hat, den Modellen des Staatskapitalismus oder des Privatkapitalismus zu folgen, um sich als Demokratie zu konstituieren, wobei wir unter Demokratie eine soziale und politische Verfassung verstehen, in der die Volksmehrheit ihren Willen am besten ausdrükken und die vorhandenen Reichtümer am besten verwenden kann. Ich werde also versuchen, diesen Prozeß etwas zu analysieren, in einer Art und Weise, die Ihnen vielleicht sehr kritisch erscheinen mag, aber dies geschieht aus der Überlegung heraus, daß ich wünsche, daß das, was in den Volksorganisationen entwickelt worden ist, eine bessere Richtung einschlägt als die, die es bisher hatte. Und in Anbetracht der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit werde ich möglicherweise Dinge verkürzen und nicht ausreichend erklären können, wofür ich Sie um Verständnis bitte.
Gegen Ende der 60er und zu Beginn der 70er Jahre begannen einige Führer der kommunistischen Partei, insbesondere Cayetano Carpio, ausgehend von ihrer eigenen politischen Praxis zu ahnen, daß in einer Gesellschaftsformation wie der El Salvadors der Weg zu einer authentischen Demokratie, verstanden als gesellschaftliche und politische Struktur mit dem Ziel der adäquaten Befriedigung der Bedürfnisse der Volksschichten, nicht über politische Parteien und Wahlen führt. Die aktiven Repräsentanten der Volksorganisationen, die Vertreter der revolutionären Linie innerhalb der Mehrheit des Volkes kamen zum Ergebnis, teils aus der Praxis geschlossen, teils dieses in die Praxis umsetzend, daß in El Salvador die Etappe der politischen Parteien zuende und der Moment der Volksorganisationen gekommen war.

Die Parteien hatten im Laufe der Geschichte El Salvadors und insbesondere in den Jahren 1962 und 1967 bis 1979 bewiesen, daß die traditionellen Parteien sich entweder nicht auf die Seite der Volksmehrheit stellen wollten, oder, wenn sie vorgaben, sich auf deren Seite zu stellen, wie im Falle der Koalition zwischen christdemokratischer Partei, kommunistischer Partei und sozialistischer Partei in jenen Jahren, sie einfach nicht diejenige politische Kraft darstellten, die in der Lage gewesen wäre, die notwendigen Veränderungen der schreienden Ungerechtigkeit gegenüber den Volksmassen duchzusetzen. Wie ja bekannt ist, konnte die Bewegung der Volksorganisationen in El Salvador in wenigen Jahren außergewöhnliche Kraft gewinnen und als Organisation der Massen und demgemäß als Mittel der Volksbeteiligung am Leben des Landes wirken. Neben der FPL-Volksbefreiungsfront - entstand zuerst der Revolutionäre Volksblock, in dem - wie auch in den anderen Organisationen - Bauern, Lehrer, Stu-

denten, Arbeiter und Bewohner von Elendsvierteln vertreten sind. Fast gleichzeitig entstand die FAPU, geführt von einer anderen Gruppe der RN, mit derselben Struktur, aber bis auf den Arbeitersektor weniger stark. Später versuchte auch der ERP, die Massen zu organisieren, wobei er seine ausschließlich militaristische Linie aufgab und die Ligen "28. Februar" gründete. Nur die kommunistische Partei behielt eine Parteistruktur bei, deren Bürokratie und deren klassische, auf einen Wahlsieg ausgerichtete Methoden eine Anerkennung des neuen Phänomens verhinderten. In nur fünf Jahren erlebten die Volksorganisationen ein außergewöhnliches, qualitatives und quantitatives Wachstum, trotz der Schwierigkeiten aufgrund der ständig zunehmenden Repression. Insgesamt kann von mehr als 250.000 Organisierten gesprochen werden, was dann auch in der größten Demonstration der Geschichte des Landes im Januar 1980 in San Salvador deutlich wurde. Das Bemerkenswerte daran war nicht nur die große Zahl der Teilnehmer, deren überwältigende Mehrzahl vorher noch nie am nationalen Leben aktiv teilgenommen hatte, vor allem die Bauern. Bemerkenswert war die Tatsache, daß die Bewegung bis zu den entferntesten Winkeln des Landes vorgedrungen war und in wenigen Jahren bei Menschen, denen das vorher noch nie zugetraut worden war, zunächst Bewußtsein schaffen und diese dann organisieren und wirksam mobilisieren konnte. Und es handelt sich wirklich vor allem um Bauern, denn obwohl in den Organisationen auch Lehrer, Studenten und Arbeiter vertreten waren, so waren ihre Stärke doch die Bauern. In der Praxis begann sich zu zeigen, daß die repräsentative Avantgarde der Revolution nicht notwendigerweise eine Partei der Arbeiter sein mußte, sondern, daß es die organisierten Bauern sein konnten, die in El Salvador zu stärkerer Erneuerung und revolutionärem Elan als andere Bevölkerungssektoren fähig waren. Die Führer dieser Organisationen sprachen zwar von einer Arbeiter-Bauern-Allianz und einige von ihnen waren kleinbürgerlicher Herkunft, das schließt aber nicht aus, daß man, um den Tatsachen gerecht zu werden, von einer Bewegung sprechen muß, in der die bäuerliche Komponente, Tagelöhner, aber auch Kleinbauern und Pächter, sehr wichtig war.

Diese Volksorganisationen maßen ihrer jeweiligen Basis große Bedeutung zu, die wiederum in den Organisationen eine optimale Vertretung und Möglichkeit sah, am nationalen Leben teilzunehmen. Man verlangte von ihnen nicht ihre Stimme bei Wahlen, sondern forderte ihre wirkliche, koninuierliche Beteiligung an den nationalen politischen Auseinandersetzungen. Dies bedeutet eine Radikalisierung gegenüber den parteiinternen Wahlen oder den nationalen Wahlen, da diese neue Form der Beteiligung den Menschen all ihre Energien und fast ihre ganze Zeit über einen notwendigerweise langen und mühseligen Zeitraum hinweg abverlangen würde. Die Überzeugungsarbeit, die Bewußtseinsbildung, der Aufbau der Organisationen, die Mobilisierung durch Landbesetzungen, Streiks, Besetzungen öffentlicher Gebäude und Botschaften, durch öffentliche Märsche, Malen von Parolen, öffentliche Erklärungen und militärische Vorbereitung waren ungeheuer, und die Massenbewegung erschütterte die herrschende Ordnung nachhaltig. Die traditionellen Parteien wurden von dieser Entwicklung völlig überrollt, und die Klasse der Oligarchen mußte von neuem auf den Militärapparat zurückgreifen, um die Bewegung zu unterdrücken.

Auch die USA sahen die Gefahr und begannen, außerhalb der politischen Parteien einzugreifen, um diesen neuen revolutionären Ansatz zu unterdrücken, der sich nicht als eine Klassenallianz darstellte, sondern als Bewegung der Volksschichten gegen die ausbeuterischen kapitalistischen Klassen und letztlich gegen deren wichtigsten Herrn, den nordamerikanischen Imperialismus. Wie bekannt ist, mündete diese Volksbewegung in eines derjenigen Phänomene ein, die relativ am stärksten die Aufmerksamkeit der ganzen Welt auf sich gezogen haben, da diese erkennt, daß das, was in Zentralamerika und insbesondere in Nicaragua und El Salvador stattfindet, weit über die Grenzen eines Volkes von 5 Millionen Menschen, zusammengedrängt auf nur 21.000 km² hinausführt. Diese unglaubliche Beachtung und vor allem die Beunruhigung der US-Administration erklären sich im wesentlichen nicht aus geopolitisch-strategischen Gründen oder aus der Sorge um die militärische Sicherheit der USA oder aus wirtschaftlichen Gründen, sondern resultiert aus der Tatsache, daß es sich hier um einen ganz neuen Vorgang handelt, der für vergleichbare Situationen in anderen wichtigen Regionen der Erde von exemplarisbher Bedeutung sein kann.

In El Salvador wurde der Beweis dafür angetreten, daß die Organisation des Volkes sich in eine Kraft verwandeln kann, die sich anderen und zum Teil überlegen erscheinenden Kräften entgegenstellen und diese überwinden kann. Die Parole "ein vereinigtes Volk wird nie besiegt werden" erlangt in der derzeitigen Situation El Salvadors eine besondere Bedeutung, wenn man berücksichtigt, daß es nicht das ganze Volk ist und daß die Repression (mehr als 50.000 Ermordete und mehr als eine Million Flüchtlinge - davon die Hälfte außerhalb des Landes) bis zu einem gewissen Punkt den Weg, den das vereinigte Volk gehen kann und gehen muß, umgeleitet hat. Der Versuch hat noch nicht seinen Höhepunkt erreicht und die angesprochenen Vorgänge haben ihn gezwungen, Formen anzunehmen, die möglicherweise nicht erwünscht sind, doch das, was trotz all dem Schmerz und all der Zerstörung sichtbar werden konnte, ist ohne Zweifel schon sehr viel und könnte eine Lektion der Geschichte darstellen. Das wesentliche dieser historischen Lektion besteht nach meiner Auffassung in den folgenden Punkten:a) Es ist möglich, die Volksschichten zum Subjekt ihrer Geschichte zu machen, so daß sie es nicht nötig haben, einen Vetreter an den zentralen, ihnen zukommenden Platz zu entsenden, der nicht aus ihrer Mitte kommt. b) Die unterdrückten Volksmassen, insbesondere die Bauern, können, wenn sie entsprechend geschult, organisiert und mobilisiert werden, eine solche Stärke erreichen, daß sie auch ihren schärfsten Gegnern widerstehen können. c) Es braucht nicht sehr lange, bis die Volksschichten ihre politische Volljährigkeit erreichen. Dafür reicht es aus, sie in einen entsprechenden Prozeß , der der ständigen Reflexion unterliegt, in Bewegung zu setzen. d) Die objektiven Bedingungen der unterdrückten Völker können sich heute leicht in subjektive Bedingungen verwandeln, und, wenn dies der Fall ist, wird ein Befreiungsprozeß ausgelöst, der an sich sehr wertvoll ist und mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Erfolg und zum Triumph führt. e) Die Mehrheit des Volkes ist in seinem Befreiungskampf dazu aufgerufen, Formen des sozialen Lebens und der politischen Organisation zu entwickeln, die nicht die gesellschaftlichen und politischen Formen wiederholen und reproduzieren dürfen, die unter kapitalistischen Wirtschaftsbedingungen - sei es nun Staats- oder Privatkapitalismus - letztlich den ganzen Gesellschaftsaufbau bestimmen.

Sicherlich spiegeln sich diese Hauptpunkte in El Salvador noch nicht im derzeitigen Prozeß wider, weil dieser militarisiert worden ist. Dabei müssen sich die Volksorganisationen gar nicht militarisieren, um ihre Ziele zu erreichen. Das, was in El Salvador geschieht und geschehen ist, ist, daß sich der Kraft der organisierten Massen die Kraft der Waffen entgegenstellt, gegen die die reine Organisation und gewaltlose Mobilisierung kurzfristig nichts auszurichten vermögen, und das nun in einer Situation, die aufgrund ihrer Haltlosigkeit schnelle Lösungen verlangt. Von Anfang an haben die Volksorganisationen El Salvadors gesehen, daß nur der bewaffnete Kampf ihnen ermöglichen könnte, zunächst zu widerstehen und dann die äußere Gewalt zu besiegen, die Gewalt derer, die mit Waffen und durch die Repression die institutionelle oder strukturelle Gewalt aufrechterhalten wollen. Doch trotz dieser Einsicht haben sie in ihren Grundüberlegungen und zu Beginn ihrer Arbeit nicht darüber hinweggesehen, daß die Hauptkraft nicht aus den Waffen selbst resultiert, sondern aus der Einheit des Volkes und aus der heldenhaften Unterstützung der Massen. In El Salvador entstanden zuerst die Massenorganisationen, die sich dann militarisierten, obwohl nach und nach die Ereignisse und vielleicht einige überstürzte Entscheidungen zu einem Militarismus der Massen führten, so daß die rein politische Arbeit auf den zweiten Platz verwiesen wurde. Im verlängerten Volkskrieg wurde so die Betonung stärker auf Krieg als auf Volk gelegt, mit dem Effekt einer übertriebenen Militarisierung unter Vernachlässigung einer langfristigen Volkspolitik.

Die Repression des Jahres 1980 mit mehr als 12.000 Ermordeten hat sicherlich den unbewaffneten Kampf des Volkes erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Trotzdem kann eingewandt werden, daß sehr schnell wichtige Instanzen wie Gewerkschaften, Universitäten, christliche Basisgemeinden, Studenten- und Lehrerbewegung usw. bloßgestellt und enttarnt wurden, und daß zweitens zuviel Hoffnung in die Möglichkeiten eines militärischen Triumphs gesetzt wurde.

Dies wirft eine schwerwiegende theoretische und praktische Frage auf: Sollen die Volksorganisationen die Machtübernahme anstreben? Einerseits erscheint die Antwort darauf evident: Nur von der Position dessen aus, der die totale Macht und die totalitäre Macht des Staates besitzt, können die herrschenden Klassen unterworfen und strukturelle Veränderungen durchgesetzt werden und besteht die Möglichkeit der Verteidigung gegenüber Aggressionen des Auslands. Insofern kann die einzige Form wirksamer Beteiligung der Volksorganisationen nur die sein, die zur Macht führt. Andererseits bringt der Kampf um die totale und totalitäre Macht des Staates negative Konsequenzen mit sich, die zum großen Teil die größeren und besseren Wirkungsmöglichkeiten der Volksbeteiligung aufwiegen und die eine solche Reaktion hervorrufen, daß aus dem Konflikt ein Bürgerkrieg mit ausländischer Intervention wird, in diesem Fall der USA, was für die Mehrheit des Volkes große Nachteile mit sich bringt. Die Revolution triumphiert nämlich möglicherweise nicht, während das Land und damit die Lebensgrundlage des Volkes zerstört wird, und selbst im Falle des Sieges geht der Krieg möglicherweise weiter, wie im Fall Nicaragua, nicht so sehr um die Interessen des Volkes zu verteidigen, sondern um an der Macht zu bleiben.

Diese Art Überlegungen brachte mich 1979 dazu, zu schreiben, daß die Volksorganisationen nicht die staatliche Macht anstreben sollten, sondern, daß sie als machtvolle gesellschaftliche Kräfte immer in der Opposition bleiben sollten, sei es nun als konstruktive oder destruktive Opposition, je nach den vorliegenden Umständen, um die Interessen des Volkes besser wahrnehmen zu können und nicht in die Fallstricke zu geraten, die die Ausübung staatlicher Macht und deren Konservierung mit sich bringen. Ich stützte mich dabei im Unterschied zu denen, die sich Marxisten nennen, auf die Marx'sche Intuition, die sagt, daß der Staat verschwinden muß, weil er stets eine unterdrückerische Struktur darstellt, selbst, wenn er notwendig sein sollte. Diese Position besagt nicht, daß man die ganze Macht anderen überlassen soll und schon gar nicht den Gegnern der Volksbewegung, sondern beinhaltet, daß sich diejenigen Kräfte aus dem Streben nach der Macht heraushalten sollen, deren grundlegende Absicht darin besteht, die Volksbeteiligung wirksam werden zu lassen und dies in allen Aspekten des gesellschaftlichen Lebens unter Einschluß der zu erlangenden Verfügungsgewalt über die nationalen Reichtümer. Meine Kritik an den Volksorganisationen El Salvadoras ist also diese: a) Die Bewegung, die zunächst eine sozial-politische hätte sein können, verwandelte sich in eine politisch-soziale Bewegung, deren strategisches Interesse in der Übernahme der Macht bestand und nicht in der sozialen Wirksamkeit, oder in der zumindest letztere mit der Machtübernahme gleichgesetzt wurde. b) Diese Bewegung zerfiel in mindestens vier Hauptrichtungen, von denen jede für sich in Anspruch nahm, die korrekte und authentische Vertretung der Volksmassen zu leisten. c) Damit verstand sich jede Richtung als authentische Avantgarde des Volkes und leitete daraus das Recht auf Führung der Bewegung und für einen späteren Zeitpunkt die Vorherrschaft an der Macht ab. d) Dieses Machtstreben führte neben anderen Gründen zur Militarisierung der Volksorganisationen mit all den Nachteilen, die dieses mit sich bringt und auf Kosten des gesellschaftlichen Wachstums und der Wirksamkeit der Organisationen. e) Dies alles führte zu einer gravierenden Trennung der Volksorganisationen von den Interessen der Mehrheit des Volkes, das - empirisch betrachtet - zu 80 % aus unterdrückten Volksschichten besteht. f) Dieses Auseinanderfallen in Volksorganisationen als Ausdruck eines idealen revolutionären Willens und in das, was den empirischen Willen der Volksmassen ausmacht, kann nicht in einer Situation vermieden werden, die durch Repression und Krieg charakterisiert ist und in der das Volk nicht in gleicher Weise politisches Bewußtsein erlangen kann wie die Avantgarde. g) So läuft man Gefahr, wieder einmal eine immer kleinere Avantgarde der Volksorganisationen von den Volksmassen abzutrennen, die sich zwar objektiv in einer vor-revolutionären Situation befinden, die aber subjektiv nicht in der Lage sind, übermenschliche Anstrengungen und Risiken zu übernehmen.

Ausgehend von dieser Betrachtungsweise muß man sich die Situation von neuem vornehmen. Es überrascht stets aufs neue, daß jede einzelne der Volksorganisationen versucht, sich in eine richtige politische Partei, in diesem Fall eine authentisch

marxistisch-leninistische Partei zu verwandeln, obwohl wir doch zu Beginn gesagt haben, daß die Zeit für solche Parteien doch eigentlich vorbei sei. Die Bewegung hatte damit begonnen, daß sie erkannt hatte, daß in El Salvador, zumindest in El Salvador, die Etappe der Parteien abgeschlossen war, obwohl man in Wirklichkeit sagte, daß die Zeit der formalen westlichen Demokratien vorbei war. Trotzdem kommt man zu dem Gedanken zurück, daß nur eine Partei, die die definitive Machtübernahme anstrebt, die Interessen der Volksmassen verteidigen und vorantreiben kann.

Meiner Meinung nach können wir die Bedeutung der Macht und des Staates, in unserem Fall der militärischen Macht, nicht so naiv betrachten und davon ausgehen, daß dies die einzige oder die angemessenste Form ist, die Volksmacht zu realisieren. Vielmehr können wir auf der anderen Seite sehen, daß die Oligarchie gar nicht daran interessiert ist, selbst die staatliche Macht in den Händen zu haben, sondern, daß sie ihre Interessen gegenüber staatlicher Macht selbst dann durchsetzt, wenn diese nicht mit ihrer Linie übereinstimmt. Diese Gegenposition sollte wenigstens dazu dienen, klarzumachen, daß man nicht gleichzeitig den Anforderungen, die aus der Staatsmacht erwachsen, und denen, die sich aus den Bedürfnissen des Volkes ergeben, gleichzeitig gerecht werden kann - mindestens nicht kurzfristig. Darüber hinaus ist es von der Staatsmacht aus auch langfristig unmöglich, die volle Beteiligung des Volkes zu realisieren. Zwischen den Interessen des Staates mit seiner relativen Autonomie und den Interessen der Volksmassen besteht immer ein Unterschied, wenn nicht ein Widerspruch, und das selbst im Idealfall eines Staates, der den Anspruch erhebt, für die Mehrheit des Volkes zu sein, wie dies in Nicaragua der Fall ist. Es ist also auf keinen Fall möglich und auch nicht erstrebenswert, daß selbst revolutionäre Regierungen, und auch nicht die ideale revolutionäre Regierung, eine Rolle übernehmen, die den Volksorganisationen zukommt, als Ort des Ausdrucks und der Entwicklung der eigenen Interessen. Ein angemessener staatlicher Rahmen ist zwar eine wichtige Bedingung für die Förderung und Befreiung der Volksmassen, aber in keinem Fall hinreichende Bedingung. Und eine dialektische Beziehung zwischen beiden Organisationsformen könnte und sollte der beste Motor bei der Schaffung neuer Formen der gesellschaftlichen Beteiligung und bei der Herausbildung neuer politischer Kräfte in wirklichen Demokratien mit direkter Beteiligung des Volkes sein. Daß dies nicht einfach sein wird, zeigen die Beispiele: Nicaragua - wo die Revolution formell gesiegt hat, und El Salvador, wo die Volksrevolution das Vorhaben der USA in Schach hält. Daß dies aber möglich ist, zeigt die ungeheure schöpferische Anstrengung, die sowohl in Nicaragua als auch in El Salvador unternommen wird.

Diskussion im Plenum

Dr. Hildegard Stausberg (FAZ): Ich würde gerne den letzten Redner fragen, wie er die Entwicklung in den letzten drei Jahren in El Salvador beurteilt.

Ellacuria: Wir könnten vielleicht beim Jahr 1980 anfangen, als der jetzige Präsident Duarte in die Regierungsjunta eingetreten ist und mitverantwortlich war für 25.000 Morde, weil zu jenem Zeitpunkt das grundlegende Projekt von El Salvador darin bestand, total mit der revolutionären Bewegung aufzuräumen. Damals wurde sowohl von der Regierung El Salvadors wie auch von den USA eine Art Staatsterrorismus organisiert. Der Mord an 25.000 Menschen in zwei Jahren gehört zur Strategie, die die USA und die Regierung von El Salvador, zu der auch Duarte gehörte, gewählt haben. Natürlich schwächten zwei Jahre des Terrors die Volksbewegung, und das ist einer der Gründe, warum sie sich militarisiert hat. Damals hat die revolutionäre Bewegung beinahe alle politische Arbeit eingestellt und sich auf militärische Anstrangungen konzentriert. Die Regierung hat den Staatsterrorismus fortgesetzt und sich ebenfalls auf eine militärische Lösung konzen-

triert. Als die internationale öffentliche Meinung - eingeschlossen die europäische - den Staatsterrorismus für nicht mehr tolerierbar hielt und als die Regierung erkannte, daß sie keine ausreichende militärische Hilfe erhalten konnte, um die Guerilla zu besiegen, hat sich die Strategie verändert, und der Staatsterrorismus hat abgenommen.

1982 gab es dann Wahlen, die ohne jeden Zweifel sehr viel mehr zu wünschen übrig ließen, als die letzten Wahlen in Nicaragua. Trotzdem befand die internationale Heuchelei - besonders die nordamerikanische -, daß es schließlich Wahlen gegeben habe, und daß schließlich das System allmählich demokratisch würde, während sie heute bezüglich Nicaragua der Meinung ist, daß keine Fortschritte erzielt worden seien. Trotz allem hat der Wahlprozeß von 1982 zu einer gewissen politischen Öffnung gezwungen, die den Staatsterrorismus verringerte. Die damals eingeleiteten "Reformen" führten bis 1984 zu den nächsten Wahlen und entsprechen auch einem nordamerikanischen Plan, der die Erhöhung der Militärhilfe legitimieren und zur militärischen Niederlage der FMLN führen soll, was ja der fundamentalste Punkt ihrer Strategie war und ist. Das ist also das Grundlegende an der US-amerikanischen Strategie und folglich der Strategie der extremen Rechten in El Salvador, sei sie ökonomisch, politisch oder militärisch. Daran gibt es nicht den geringsten Zweifel.

Die Wahlen hat dann schließlich Duarte gewonnen, und das US-amerikanische Projekt bleibt das gleiche wie vorher. Trotzdem glaube ich, daß die christdemokratische Partei und Duarte im besonderen schließlich doch verstehen, daß nur mit einer Übereinkunft mit der FDR/FMLN das Land regiert werden kann. Das führte dazu, daß er den Dialog versucht hat, den Dialog, der im Prinzip eine Idee von Duarte und der christdemokratischen Partei ist und nicht so sehr eine US-amerikanische Idee. Ich sage es noch einmal: Duarte denkt, daß ohne die Zustimmung der FDR/FMLN und ein Übereinkommen mit ihnen seine fünf Regierungsjahre verloren wären, wenn man auch noch bedenkt, daß es einen Krieg gibt, der in diesem Jahr seit Duartes Wahl schon 2.000 Tote auf Seiten des Heeres und ungefähr 1.500 auf Seiten der Guerilla gekostet hat.

Das Problem Duartes ist, daß seine Kräfte ziemlich gering sind. Sicherlich kann er einiges machen, aber er hat gegen sich, daß die USA auf keinen Fall erlauben werden, daß die FMLN hoffähig wird. Er hat gegen sich die Position der Militärs, und er hat gegen sich die Position der extremen Rechten. Die zweite Dialogrunde hat gezeigt, wie schwierig dieses Problem ist.

Redebeitrag aus dem Plenum: Ob es von revolutionärem Interesse ist, Duarte zu stärken oder nicht, ist ein Diskussionspunkt. Meiner Meinung nach ist eine Stärkung von Duarte in dem Sinn, daß er sich der FDR/FMLN im Verhandlungsdialog annähern kann, positiv für das salvadorenische Volk. Es gibt andere, die denken, daß der Hauptfeind im Augenblick nicht die Oligarchie ist und die extreme Rechte, sondern der US-amerikanische Plan, der durch Duarte repräsentiert wird. Nun, das erfordert eine sorgfältige Diskussion, welchen Typ von Allianzen und Übereinkünften man wirklich erreichen will. Aber auf die militärische Jugend zu setzen, ist eine Illusion. Die US-amerikanische Botschaft hat gesagt, daß sie 1.500 junge Offiziere ausgebildet haben: Ich glaube aber nicht, daß dies dazu führt, daß das Heer die zivile Macht wirklich unterstützen wird. So ist die Situation brüchig und wird vom Verlauf des Krieges abhängen, wird von den Konzessionen der FMLN abhängen, wird von den Resultaten der Wahlen im März abhängen, die sehr wichtig sind, ob Duarte Macht gewinnt oder Macht verliert hinsichtlich der Militärs. Mit der Macht, die er jetzt hat, hatte er geglaubt, mit dem Dialog beginnen zu können. Aber in der zweiten Runde haben sie ihn schon gestoppt. Das ist dasgleiche, als sie die Bewegung vom Oktober '79 schon im Dezember 1979 gestoppt haben, und zwar mit Hilfe des Drucks der extremen politischen Rechten, mit Hilfe des wirtschaftlichen und militärischen Drucks. Meiner Ansicht nach hat die Linke die große Schwäche nicht begriffen, die in der Dialogofferte von Seiten der Regierung liegt.

Fragen aus dem Plenum

Frage 1: Es hat mich nachhaltig beeindruckt, zum ersten Mal aus Lateinamerika zu hören, daß die Linke nicht nur den Staat erobern will, um damit dann ihr eigenes Projekt durchzusetzen, sondern, daß die Volksbewegung als vom Staat verschieden gesehen werden kann. Der Staat ist allemal nicht unser letztes Ziel. Das scheint mir wichtig in dem Augenblick, weil Nicaragua vorführt, wie mit veränderter, vielleicht auch mit veränderten Vorzeichen, die eher traditionelle Auffassungsweise umgesetzt wird. Nun glaube ich, in diese Richtung weitergedacht, wie Sie gesagt haben, müßte man sich auch fragen, wie Sie das für die Zukunft sehen. Wenn Sie jetzt sagen, wir sind im Augenblick in einer Polarisierung, wo die Militarisierung der Volksbewegung notwendig ist, weil die andere Seite auf uns schießt, wie ist das aber dann, wenn Fortschritte gemacht werden, wie Sie gesagt haben, wenn politisch sich was bewegt, wie ist dann das Konzept der Volksbewegung, die ja dann - hoffentlich - nicht mehr militarisiert sein wird, dann aber die Gesellschaft zu organisieren und dann doch Reformen durchzusetzen hat, und eben nicht mehr, sagen wir mal, dies in den Etagen der dann anders benannten Staatsbürokratie machen kann. Das wäre interessant zu wissen, ob Sie dann in diese Richtung auch Nicaragua als Modell ansehen, das Sie nicht wiederholen wollten?

Frage 2: Meine Frage betrifft jetzt nicht das Verhältnis der Guerilla im Kampf gegen die Diktatur in El Salvador, wenngleich ich meine, daß die Meinung von Herrn Ellacuria hier von der FDR/FMLN in dieser Form nicht getragen wird. Meine Frage zielt auf den Schluß Ihres Vortrages, als Sie gesagt haben, Duarte hätte den Dialog mit der Guerilla angefangen, um praktisch, wie ich es verstanden habe, sich eine Basis dafür zu schaffen, gegen die Oligarchie und die noch rechteren Kräfte, als Duarte sie verkörpert, vorgehen zu können. Habe ich das so richtig verstanden und ist das ihre (die der FDR/FMLN, d.Hrsg.) Meinung?

Frage 3: Mir scheint der zuvor angesprochene Punkt sehr wichtig zu sein, und ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Punkt zum Diskutieren, nämlich die Frage, wie weit kann man denn auf aine Volksorganisation setzen, die nicht die Machtübernahme zum Ziel hat? Ich glaube, das ist ganz klar, und das ist auch unstrittig, daß die FMLN die Machtübernahme will. Mir scheint nur, daß innerhalb der FMLN und in dem, was sich in den von der FMLN kontrollierten Zonen vollzieht, genau dieser Widerspruch wirklich gesehen wird und auch Konsequenzen in der Weise hat, daß dort dauernd die Situation besteht, in der man Prioritäten festsetzen muß. Es gibt auch aus anderen Befreiungsbewegungen die Erfahrung, daß man im Krieg sagt, wir müssen jetzt erst mal die Macht übernehmen und das andere lösen wir dann später. Und das ist auch Bestandteil von Diskussionen, die in den FMLN-Reihen geführt werden, wenn es um Fragen wie Gesundheit oder andere geht. Und was ich so hoffnungsvoll für eine zukünftige Entwicklung finde, ist, daß trotz dieses weiterbestehenden Ziels, die Macht zu übernehmen, und ich würde sehr daran zweifeln, ob ein anderer Weg im Augenblick möglich ist, daß also unter dieser Zielsetzung Kräfte frei sind und freigesetzt werden, um eine Volksorganisation von der Basis her weiterzuentwickeln, wie sie Tradition hat in El Salvador und ich meine, daß die Weiterentwicklung der Poderes Populares Locales deshalb so besonders wichtig ist und darauf hinausläuft und hinauslaufen muß, eine Bewegung zu werden, die irgendwann in der Lage sein muß, diese Macht zu kontrollieren. Es wäre ganz idealistisch, zu meinen, daß FMLN-Kader, wenn sie Macht haben, nicht auch korrumpiert werden würden. Das hat sich an vielen Befreiungsbewegungen gezeigt, daß das der Fall ist und das, was ich eben so hoffnungsvoll finde, ist, daß sie das offensichtlich sehen und daß diese Struktur geschaffen wird. Ob sie im entscheidenden Moment tragfähig sein wird, das können wir jetzt nicht wissen.

Ellacuria: Schon aus meinem Beruf heraus versuche ich, die politischen Annäherungen ethisch-politisch zu verstehen oder - wenn sie wollen - ethisch-politisch-utopisch. Und was ich hier vorschlage, ist eine ethisch-politische Utopie, die ganz genau die Realität von El Salvador einbezieht und ein Ideal der Massenbewegung vor-

schlägt, damit sie von diesem Ideal aus ihre Fehler korrigieren kann, zum Beispiel die exzessive Militarisierung, die Unterordnung anderer Funktionen unter die militärische Funktion.

Es ist ein Problem, das zu tun hat mit der Machtfrage, dem Griff nach der Macht, und die Spaltung der Linken hat für die revolutionäre Bewegung in El Salvador enorme Nachteile mit sich gebracht, hat dem salvadorenischen Volk enorme Verluste verursacht. Und das gilt auch, wenn man das Beispiel von Nicaragua sieht. Ich glaube, daß diese Beobachtungen auch für Nicaragua zutreffen, daß man eine alternative Macht aufbauen muß, vielleicht eine revolutionärere als die heutige Macht im Staat, ohne zu anarchistischen Formen zu kommen. Vor allen Dingen, damit die eigenen Mißbräuche der Macht korrigiert werden können. Nun, Nicaragua hat auf jeden Fall eine Sache erreicht - ich habe das in meinem Vortrag gesagt, daß man einen Typ der Regierung suchen muß, der den Druck der Massenorganisationen erlaubt. Das ist sicherlich ein schwieriger Punkt, vielleicht, wenn der Krieg in El Salvador weitergeht, wenn es erreichbar ist, die nordamerikanische Präsenz aufzuhalten, und wenn man zu einer Regierung kommt, wie sie augenblicklich die FMLN vorschlägt, eine Regierung breiter Beteiligung der Massenbewegung, könnte diese Massenbewegung außerhalb bleiben, außerhalb der Macht bleiben, als große Kraft in einer Regierung breiter Beteiligung, die mit den Interessen des Volkes verknüpft ist.

Ich weiß nicht genau, ob ich die kurze Frage richtig verstanden habe, die man mir gestellt hat, ob durch den Weg der Wahlen schon eine gewisse Partizipation erreicht ist an der Macht. Nun, ich glaube auf jeden Fall nicht auf die der Realität des Landes angemessenen Weise. Die Wahlen haben ziemlich viel bedeutet und sind ein Fortschritt im Prozeß von El Salvador. Aber auf gar keinen Fall kann man sagen, daß sie ein adäquates Instrument sind, um das zentrale Problem des Landes in diesem Moment überhaupt zu berühren. Wie auch die Linke vorschlägt, muß man freie Wahlen sehr viel besser vorbereiten, und dies erfordert eine Periode der Verbesserung der politischen Öffnung. Das erfordert eine Verbesserung der Menschenrechte, es setzt voraus, daß die Linke wirklich beteiligt ist, ohne mit dem Tod bedroht zu werden, und vielleicht auch, daß die beiden militärischen Kräfte präsent sind, die FMLN also Garantien hat, politisch arbeiten zu können.

Debatte

Die NROs und staatliche Entwicklungshilfe in El Salvador und Nicaragua

Zum Abschluß des Symposiums fand ein zweistündiges Forum mit Politikern zum Problem der Vergabe von Entwicklungshilfe an Nicaragua und El Salvador statt. Das Forum wurde von dem Journalisten Hans Hübner geleitet. Diskussionsteilnehmer auf dem Podium waren: Willi Erl, Konrad-Adenauer-Stiftung; Helmut Hertel, Geschäftsführer "Dienste in Übersee", Stuttgart; Gaby Gottwald, MdB, die Grünen; Uwe Holtz, MdB, SPD, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit AWZ, und Helmut Schäfer, MdB, FDP.

Nach einer Bestandsaufnahme der in der Vergangenheit geleisteten Entwicklungshilfe von Seiten der Bundesregierung und der Nichtregierungsorganisationen an Nicaragua und El Salvador, konzentrierte sich die Diskussion u.a. auf Fragen, welche Rolle entwicklungspolitische Kriterien bei der Vergabeentscheidung von Entwicklungshilfe spielen, inwieweit wir den Nicaraguanern unsere Demokratievorstellungen aufnötigen können und sollen, und ob die Bundesregierung Mittelamerika gegenüber eine unabhängige Außenpolitik betreiben kann. Wir drucken im folgenden eine stark gekürzte Fassung der letzten 2/3 der Diskussion.

»Es sind bündnispolitische Gesichtspunkte, die letztlich ausschlaggebend sind in dieser Region.«
(Helmut Hertel, Dienste in Übersee)

Hübner: Ich glaube, wir können den ersten Teil der Diskussion so zusammenfassen: Die Regierungshilfe für Nicaragua wird eingefroren oder ausgetrocknet, während tendenziell El Salvador beträchtlich mehr Zuwendungen erhält. Auf der Nicht-Regierungsebene ist es tendenziell vielleicht gerade umgekehrt, daß man Nicaragua mehr unterstützt, während man bei El Salvador wenig Ansatzpunkte findet. Das sollten wir jetzt vielleicht mal für diesen ersten Teil der Diskussion stehen lassen.

Hertel: Also ich möchte dazu doch noch eine kleine Differenzierung vornehmen, was Nicaragua anbetrifft. In der letzten Bundestagsdebatte, die am 16. November stattgefunden hat, hat Minister Warnke ja sehr interessante Hinweise darauf gegeben, was er von den Nicht-Regierungsorganisationen eigentlich erwartet im Hinblick auf Nicaragua. "Wir wollen und werden den Menschen in Nicaragua helfen", sagt er, und hier gibt es einen Einwurf von Frau Gottwald: "Lassen Sie das bloß sein bei Ihrer Meinung". Weiter nach Warnke: "Die Bundesregierung wird so wie sie es in der Vergangenheit getan hat, in der Gegenwart und in der Zukunft über Nicht-Regierungsorganisationen, über die Kirchem den Menschen in Nicaragua Hilfe zur Verfügung stellen, die nicht ideologisch mißbraucht werden kann." - Damit will ich sagen, daß die Bundesregierung daran interessiert ist, daß in Nicaragus Hilfe gegeben wird, aber sehr genau darüber wacht, über welche Kanäle, und daß ein Anwachsen der Zusammenarbeit zwischen Nicht-Regierungsorganisationen und Stellen in Nicaragua, also im Sinne der Bundesregierung sein kann oder auch gegen die Intentionen der Bundesregierung sein kann. Die Bundesregierung möchte offenbar auch über die NROs versuchen, Kräfte in Nicaragua zu fördern, zu unterstützen,

die - wie das also offiziell heißt - den Pluralismus in Nicaragua fördern und die totalitären Tendenzen, die dort offenbar ausgemacht worden sind, bekämpfen.

Holtz: Aber die Praxis bislang sieht ja nicht einmal so aus, wie Herr Warnke sie dargestellt hat, selbst mit seiner konditionierten Ja-Formel zur Hilfe für Nicht-Regierungsorganisationen. Wenn z.B. die evangelische Kirche mit Projekten kommt, wird doch massiv reingeredet. Wenn z.B. die Carl-Duisberg-Gesellschaft die Menschen aus der Dritten Welt in ganz praktischen Berufen ausbildet, in die Bundesrepublik einlädt, dies tun will, dann werden die Namen aus Nicaragua gestrichen - so geschehen. Darüber haben wir vor ein paar Wochen gerade im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit gesprochen.

Hübner: Gibt es aus dem Publikum Fragen?

Frage: Herr Holtz, Nicaragua wird von Herrn Warnke vorgeworfen, es würde die Revolution exportieren und könnte deshalb keine deutsche Entwicklungshilfe empfangen. Was sagen Sie dazu?

Ernst (Karibikinformationszentrum, Hamburg): Mir ist eine Sache bei der SPD-Darstellung, was die Haltung zu Nicaragua angeht, nicht klargeworden. Ich bin im Sommer in Nicaragua gewesen und war dann etwas verwirrt, als ich da festgestellt habe, daß die Haltung der SPD, so wie sie sich in der Bundesrepublik darstellt, nämlich: "Wir sind solidarisch mit diesem Prozeß", daß ich das dann dort so nicht wiedergefunden habe. Konkretes Beispiel: Es hat offensichtlich in der Beziehung zwischen der SPD und Nicaragua 1981 einen Bruch gegeben. Das hat der Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung FES auch bestätigt, denn die FES hat ja ihre Aktivitäten nach 1981 ziemlich runtergeschraubt. Sie hat den Etat auf ein Drittel reduziert. Da möchte ich wissen, was da die Gründe waren, weil weitergehend auch festzustellen ist, daß diese 40 Mio. Entwicklungshilfe, die aufgelaufen sind, schon unter dem BMZ-Minister Offergeld nicht ausgezahlt worden sind. Ich möchte dazu zwei Zitate wiedergeben, wo deutlich wird, was ich meine: 1981 war Herr Eppler eingeladen zu den Revolutionsfeierlichkeiten. Der hat dann gesagt: "Der Versuch (also Nicaragua meinte er) müsse unterstützt werden, auch auf die Gefahr hin, daß dort nicht alles so läuft, wie es uns gefällt und daß dies keine Revolution sei , die sich am Godesberger Programm orientiert." Ein Jahr später waren Sie, Herr Holtz, in Nicaragua zu dem gleichen Anlaß, und Sie haben dann etwas gesagt, das hörte sich schon ganz anders an, daß die SPD nur dann Unterstützung geben kann, wenn die Sandinisten weiterhin für demokratische Freiheiten, ideologischen und politischen Pluralismus, eine gemischte Wirtschaft und für Blockfreiheit eintreten. Vor diesem Hintergrund möchte ich mal wissen, Herr Holtz, was denn nun die Haltung der SPD zu Nicaragua ist.

Holtz: Herrn Warnkes Argumentation ist, Nicaragua destabilisiert die Nachbarstaaten, und daß man sich in diesem Lande von den drei Revolutionszielen entfernt, daß man eher zum Totalitarismus hingeht. Ich beantworte Ihre Frage, ob dieses Land Nicaragua Revolutionsexport betreibt, mit einem klaren Nein. Auch Reagan gesteht das seit einiger Zeit zu, weil er in der Tat entsprechende Information vom CIA hat. Vorher hat man versucht, auf z.T. dilettantische Art den Revolutionsexport nachzuweisen. Nicaragua betreibt keinen Revolutionsexport. Vielleicht haben sie, ohne das Wort von Chruschtschov zu kennen, das er auf Berlin bezogen gesagt hat, doch beherzigt: "eine Insel sollte sich das umliegende Meer nicht zu sehr zum Feind machen." Sie haben erkannt, daß es darauf ankommt, zunächst die eigene Revolution zu verteidigen.

Und nun die Position der Sozialdemokraten. Ich habe das für die Sozialdemokraten in der letzten Woche am Dienstag dargestellt. Wir verteidigen weiterhin das pluralistische Projekt der sandinistischen Revolution, d.h. die selbstgesetzten Ziele. Nicht die SPD sagt, Ihr müßt Pluralismus, gemischte Wirtschaftsordnung, Blockfreiheit machen. Das sind vielmehr die Ziele, die die Sandinisten sich gesetzt haben. Und wir halten nichts von einer Unterscheidung, wie sie von Bayardo Arce, ei-

nem Kommandanten, mal vorgenommen worden ist, nämlich zwischen strategischen und taktischen Freunden. Wenn jemand Freund ist, unterstützen wir ihn gern, gehen durch dick und dünn mit ihm. Ich will aber nicht geleimt werden. Und deshalb ist das eine klare Aussage, da ist jemand, der seine Ziele setzt und ein anderer, in diesem Fall u.a. die SPD, die sagt: Jawohl, dabei unterstützen wir Euch. Wir bewerten die Wahlen vom November 1984 als einen bedeutsamen Schritt zur Demokratisierung des Landes. Wir verurteilen ebenso klar und eindeutig die entwicklungspolitische Blockade, die Droh- und Kanonenpolitik der USA. Die USA betreiben Destabilisierung in Mittelamerika.

Uns machen die Versuche in Nicaragua, sich von dem demokratischen Projekt zu entfernen, Sorgen, habe ich ebenfalls hinzugefügt. Und als Willy Brandt da war, 1981, gab es in der Tat große Irritation darüber, wie der weitere Weg der Sandinisten sein wollte. Es gibt, wie jeder weiß, innerhalb der Kommandanten, der neun Kommandanten, die bis zu den Wahlen in jedem Fall das eigentliche Kommandieren im Lande hatten, unterschiedliche politische Auffassungen über den eigenen Weg, aber auch über die Haltung gegenüber dem Ausland. Aber jetzt, 1985, um 1984/1985, wenn Sie so wollen, gibt es eine ganz klare Haltung, Parteinahme der SPD auch für die sandinistische Revolution, dadurch, daß Willy Brandt kurz vorher da war, was besseres hat man eigentlich nicht tun können, und daß jetzt Hans-Jürgen Wischnewski anwesend war. Die maßgeblichsten Vertreter der SPD also. Und daß man innerhalb der Sozialistischen Internationale alle Versuche, sich von den Sandinisten zu lösen, zurückgewiesen hat. Diese Versuche gibt es aus der Region selbst. Ich erinnere an Costa Rica, an Venezuela, Carlos Andres Perez hat noch versucht, die Wahlen zu verhindern und zu verschieben in Nicaragua, weil er meinte, man sollte erreichen, daß die Coordinadora Democrática sich beteiligt. Und es gibt innerhalb Europas von Portugal angefangen, eine etwas andere Einschätzung als die der SPD zur sandinistischen Revolution. Deshalb schlußendlich: Ich bin der Auffassung, daß wir Sozialdemokraten in der Tat solidarisch zu den Sandinisten stehen und auch weiter stehen.

Hübner: Ich habe manchmal bei der Diskussion der Politik in El Salvador und Nicaragua unter Politikern hier den Eindruck, als sei das die eigene Sache, die da diskutiert würde. Die Diskussion über zentralamerikanische Politik wird vielleicht im Handumdrehen eine innerdeutsche Diskussion. Ich glaube, man könnte diskutieren, ob das nicht ein Mißverständnis des Verhältnisses zwischen souveränen Staaten ist und da möchte ich eigentlich eine Frage anschließen. Ist eigentlich Demokratie, sogenannte Demokratie, wie wir sie verstehen, sind Wahlen ein Kriterium, nach dem Entwicklungshilfe vergeben werden sollte oder nicht? Aber ich habe einer Wortmeldung von Gaby Gottwald vorgegriffen.

Gottwald: Meiner Meinung nach sollten wir an diesem Punkt die Diskussion über Entwicklungspolitik abschließen, weil, wie der Diskussionsverlauf und die Fakten zeigen, es keine Entwicklungspolitik in bezug auf Lateinamerika gibt. Was die Bundesrepublik gegenüber Zentralamerika macht, hat mit Entwicklungspolitik im eigentlichen Sinne überhaupt nichts zu tun. Ich sag' das nur kurz in Stichworten: Vom entwicklungspolitischen Standpunkt her ist ein Abbruch der Zusammenarbeit mit Nicaragua überhaupt nicht zu vertreten, versucht auch niemand, das ist das Interessante daran. Das ist die gleiche Diskussion wie mit dem DED, entwicklungspolitisch gesehen kann man dem DED überhaupt nichts, versucht auch niemand, also wird es über andere Argumente gemacht. Wißt Ihr alle. Kennt Ihr alle. Entwicklungspolitisch ist die Neuaufnahme der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit mit El Salvador a) und b) in der Höhe überhaupt nicht zu vertreten, zeigt auch die Tatsache, daß bis heute noch nicht klar ist, welche Projekte gefördert werden sollen. Das heißt, wir sollten uns gemäß der Politik der Bundesregierung von diesem Mythos trennen und nicht über Entwicklungspolitik reden, sondern über das, was wirklich gemacht wird, nämlich Außen- und Sicherheitspolitik.

Ich möchte das vielleicht kurz in Stichworten angeben und damit wiederhole ich auch nur das, was die Bundesregierung selber von sich gibt. Nämlich, daß Zentralamerika mit zur Interessenssphäre des sogenannten freien Westens gehört und daß

es letztendlich darum geht, auch die westliche Sicherheit insgesamt zu schützen, indem wir uns um den Konflikt in Mittelamerika kümmern, d.h. prinzipielle Anerkennung Mittelamerikas als Einflußgebiet des Westens und seiner Militärbündnisse, sprich der NATO. Das heißt für uns, wir müssen uns überlegen, welche NATO-Interessen in Mittelamerika vertreten werden und durch wen. Dann kommen wir auf die Politik der USA zu sprechen, die spricht für sich. Dann gibt es in der Bundesregierung zunehmend Kritik oder sagen wir lieber Bauchschmerzen bezüglich der US-Politik, dies nicht etwa primär deswegen, weil man sich Sorgen um die armen Menschen in Mittelamerika macht, sondern, weil man sich Sorgen um die NATO macht, weil man nämlich weiß, daß das Vorgehen der USA in Mittelamerika langfristig nicht konstruktiv ist für das Ansehen des freien Westens. In diesem Zusammenhang, nur in diesem Zusammenhang, sind die Strategien zu erklären, mit denen von hier aus operiert wird gegenüber der Region. Nur in diesem Zusammenhang ist zu erklären, warum es zu Äußerungen kommt, die Wahlen in El Salvador seien frei, dahingehend aber leider die Wahlen in Nicaragua nicht. Wieso es dazu kommt, daß es mit der Demokratie in El Salvador aufwärts geht, in Nicaragua leider nicht. Nur auf diesem Hintergrund, d.h. nur von dem interessierten Hintergrund derjenigen, die hier Politik machen in Zusammenarbeit mit denjenigen, die in den USA Politik machen, können wir uns diese unterschiedlichen Beurteilungsweisen erklären. Ich meine, daß wir den Kontext im Kopf behalten sollten, daß es hier um sogenannte übergeordnete Interessen des Westens geht, die sich teils irgendwie in der Politik ausdrücken müssen, d.h. es geht um Außen- und Sicherheitspolitik und in diesem Zusammenhang eben um das Problem Ost-West-Gegensatz.

Fragen aus dem Publikum:

Peltzer (Christliche Initiative Romero, Münster): Ich möchte trotzdem noch mal auf die entwicklungspolitische Fragestellung zurückkommen. Ein Grundzug konservativer oder christdemokratischer, auch liberaler Argumentation ist es, zu sagen, wir treten für das Subsidaritätsprinzip ein. Man sagt, der Staat ist gar nicht in der Lage, alle Dinge zu leisten, der macht viele Sachen falsch, wir sollten sehen, daß das Private, private Organisationen machen. Das wird nun auch gerade von Christdemokraten programmatisch in bezug auf die Entwicklungspolitik gesagt. Da wird formuliert, Nicht-Regierungsorganisationen sind viel besser in der Lage, zu sehen, was die Probleme vor Ort sind, was die konkreten, was die richtigen Projekte sind und deswegen streben wir an, den Anteil der Nicht-Regierungsorganisationen an der Abwicklung von Entwicklungshilfe zu erhöhen. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wieso ist man jetzt nicht konsequent und wendet das, was man da sagt, auch auf den Fall Nicaragua an?

Und da haben wir ja nun mal den Fall, daß über die gesamte Palette der dort tätigen Nicht-Regierungsorganisationen, angefangen bei den großen kirchlichen Hilfswerken bis hin zu den kleinen Organisationen, daß da einheitlich - natürlich mit Schattierungen - gesagt wird, in Nicaragua können wir gut Entwicklungsprojekte machen, das ist eine gute Situation für die Abwicklung von Entwicklungshilfeprojekten. Und da ist es nicht die Frage, daß man die Situation in Nicaragua idealisiert, was Sie angesprochen haben, Herr Schäfer, das ist überhaupt nicht das Problem. Die Frage ist, ob man im Vergleich zu Erfahrungen, die man in anderen Entwicklungsländern macht, und ob man unter Berücksichtigung der extrem schwierigen, sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen, ob man da positive Ansätze erkennt, daß grundlegende Probleme von dem, was wir als Kernproblem von Entwicklungsländern identifiziert haben, ob sie da angegangen werden, ob da Schritte in die richtige Richtung gemacht werden. Und da ist das Urteil durch die breite Palette der Nicht-Regierungsorganisationen doch recht eindeutig, nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene. Aber warum nimmt man dann nicht diese Meinung der Nicht-Regierungsorganisationen entsprechend ernst?

Weiterhin fällt auf, daß die Beurteilung der Situation in Nicaragua völlig nach parteipolitischen Kriterien erfolgt, also wer hat da welchen Partner unten in der Region sitzen, und daß man eben nicht nach entwicklungspolitischen Kriterien vor-

geht. Deshalb frage ich mich, ob es in Zukunft nicht anstrebenswert ist, Institutionen, Gremien oder was auch immer zu schaffen, die da eine gewisse Kontrollfunktion haben, die nicht parteipolitisch gebunden sind, und die dazu Stellung nehmen, inwieweit in einzelnen Ländern die entwicklungspolitischen Kriterien des Deutschen Bundestages gegeben sind. Um das Beispiel jetzt der USA zu nehmen, hier ist die Frage der Menschenrechte ein ganz wichtiges Kriterium. Erstens ist die Regierung gezwungen, regelmäßig einen Menschenrechtsbericht herauszugeben, um die Situation einzuschätzen und was dann eintritt. Es gibt dann Organisationen, die in der Lage sind, sich auf diese Berichte zu beziehen, wie "Americas Watch" und da entsprechend Stellung zu nehmen und so diese ganze Diskussion auf eine etwas objektivierbarere Ebene zu führen. In der Richtung sollte man auch mal nachdenken, ob man da nicht Ansätze hier entwickeln könnte.

Hübner: Ja, ich würde eigentlich diese Frage direkt an Herrn Hertel weiterstellen und vielleicht noch ein bißchen weitergehen. Wir haben vorher erlebt, wie Vertreter dreier Parteien des Bundestags Nicaragua und El Salvador kritisiert haben und da wird mit Begriffen wie Demokratie und Wahlen gearbeitet, und wie demokratisch ist man und wie wenig demokratisch ist man. Darf das vor hier aus tatsächlich ein Kriterium sein, darf man den Nicaraguanern vorschreiben, was sie an Politik zu machen haben oder nicht?

Hertel: Also, ich bin kein Politiker und habe es von daher vielleicht etwas leichter zu sagen, daß mir das seit langem unangenehm und negativ auffällt, daß Nicaragua in einer Weise ausgezogen wird, hier in unserer politischen Diskussion und sich also an Stellen wirklich entblößen muß, die man, wenn esdas eigene Land betreffen würde, ja wirklich weit, weit von sich weisen würde. Das passiert mit keinem anderen Land in der Welt so intensiv, wie das mit Nicaragua passiert. Wir haben das Beispiel gehabt, daß Nicaragua vorgeworfen wird, daß es selbst daran schuld ist, daß diese MIG-Legende nicht schnell aus der Welt geschaffen worden ist, weil Nicaragua es nicht zugelassen hat, daß Reporter in die Kisten reingucken dürfen, die da in dem Hafen ausgeladen wurden. Wie würde sich das hier bei uns darstellen? Genauso also auch im politischen Bereich, was da ständig durch dauernde Besuche und Delegationen nachgewiesen werden muß an Schritten, die man in die richtige Richtung tut, ich staune über die Geduld und die Langmut und letzendlich auch Demut, und was nicht alles der Nicaraguaner, die sich das gefallen lassen.

Ich kann nur hoffen, daß die Feinarbeit, die man hier leistet an Herausarbeitung von spezifizierten Kriterien für die Beurteilung einer Lage und eines Prozesses, daß man die wirklich internalisiert und auf viele, viele andere Länder anwenden läßt, mit denen wir mit wesentlich besserem Gewissen zusammenarbeiten, als wir das mit Nicaragua tun. Wenn dies dabei gelernt würde, selbst einen Lernprozeß an Demokratisierung durchzumachen, dann hat sich das gelohnt. Dann hat Nicaragua also auch für uns politische Entwicklungshilfe geleistet.

Erl: Ja, ich leide zum einen darunter, daß offensichtlich die einen immer wieder besonders verklärt auf Nicaragua gucken und besonders kritisch auf El Salvador, und daß eben die anderen sich genau umgekehrt verhalten, und daß irgendwie bei vielen die Fähigkeit getrübt ist, beiden Realitäten einigermaßen gerecht zu werden. Wenn ich zum Beispiel höre, daß es in El Salvador bei diesen Wahlen keine Opposition gab, dann muß ich mich einfach wundern, als sei kein Unterschied etwa gewesen zwischen den Christdemokraten und der ARENA. Sie können sich z.T. nicht vorstellen, wie schwierig es Nordamerikanern fiel und auch heute noch fällt, überhaupt ein Ja zu sagen, zu dem reformistischen Kurs, den eben die Christdemokraten, insbesondere auch in El Salvador verfolgen. Es wäre einfach wünschenswert, wenn wir versuchten, von Fall zu Fall viel stärker die Realitäten zu erkennen, als immer wieder ideologischen Vorprägungen zu erliegen. Wenn ich die Diskussion richtig verfolge, ist auch ein anderes des Nachdenkens, ja der Sorge wert. Ist es richtig, daß angeklungen ist, daß es in Nicaragua eine Vielzahl von Projekten gibt, die von freien Trägern ohne weiteres unterstützt werden können, während das in El Salvador nicht der Fall ist? Ich war unlängst, im November, mit einem Missionspater einige Tage in El Sal-

vador. Dieser Mann hat eine Fülle von Projekten, die alle vorlagereif sind, mitgenommen. Ich sehe auch nicht ein, daß man sagt, wir von evangelischer Seite können in dem katholischen El Salvador weniger machen als anderswo. Das auf die Spitze getrieben, würde ja bedeuten, man könnte kaum in Lateinamerika etwas machen, wenn man von der Konfessionalität ausgeht, immerhin haben wir in dem Kontinent 95 % Katholiken. Da scheint doch irgendwie etwas vorzugehen, was den Zugriff zu den Realitäten versperrt. Also gerade vom Subsidiaritätsprinzip her wäre es in der Tat auch geboten, vielleicht noch mehr in El Salvador zu tun, als es geschieht. Sicher völlig unbeschadet soll das Engagement weiterhin für Nicaragua bestehen bleiben.

Schäfer: Also, ich darf mich hier gegen einen Begriff wenden, der hier zweimal in sehr oberflächlicher Weise gebraucht worden ist und zwar von dem Diskussionsleiter wie von Ihnen, Herr Hertel. Ich stimme Ihnen zu, daß es nicht unser Brot sein kann, anderen Regierungen, Ländern, wo wir Entwicklungshilfe hingeben wollen, vorzuschreiben, wie sie sich zu verhalten haben. Aber ich warne vor dem Begriff "die Nicaraguaner wollen", wenn Sie dabei an die Sandinisten denken. Der entscheidende Vorwurf gegenüber Nicaragua ist doch der, daß Organisationen, mit denen wir zusammenarbeiten, daß ihnen ihre Aktivitäten abgeschnitten werden, daß sie erwürgt werden. Das ist doch der Punkt. Also gibt es Nicaraguaner, die das nicht wollen. Und das sind keineswegs die Somozisten, die irgendwo ins Ausland nach Miami gegangen sind, sondern sind diejenigen, die Ja sagen zu dieser Revolution. Diese Revolution können einige machistische Kommandanten nicht für sich pachten. Das ist der Punkt. Und da kann man nicht einfach sagen, wir schreiben den Nicaraguanern etwas vor, sondern, ich möchte denen helfen, die in Nicaragua leiden müssen unter einer Schicht von Leuten, die nicht bereit sind, ihre Uniformen auszuziehen, sondern nach bewährtem lateinamerikanischen Muster machistisch, das spielt jetzt eine größere Rolle als der Ost-West-Gegensatz, die Macht eben nicht teilen wollen. Schauen Sie sich doch bitte mal einige der Comandantes an. Ich kann Ihnen nur sagen, ich messe die Sandinisten an den Taten, die auf ihre Worte folgen. Ich habe mit großem Interesse von Herrn Ortega bei seiner Inaugurationsrede jetzt gehört, daß er wieder den Pluralismus beschworen hat. Dann können wir doch nicht kommen und sagen, der Pluralismus darf uns überhaupt nichts bedeuten. Wenn Ortega sagt, ich will den Pluralismus, dann möchte ich jetzt mal sehen, wie dieser Pluralismus sich in Nicaragua verwirklicht. Ob durch weitere Militarisierung oder ob Parteien, die nicht einverstanden sind mit der Ein-Parteienherrschaft, Gelegenheiten gegeben werden. Das ist doch das entscheidende Kriterium. Das wird auch für unsere Entwicklungshilfe eine Rolle spielen. Deshalb gehöre ich nicht zu den Leuten, die sagen, drehen wir Nicaragua den Hahn zu.

Was hier überhaupt nicht erwähnt worden ist, und was hier auch die Thesen von Frau Gottwald erledigt mit einem Satz: Wenn das stimmen würde, daß wir uns nur an der amerikanischen Politik ausrichten, dann möchte ich wissen, wie interpretieren Sie beispielsweise die Konferenz von San José, die sowohl in Nicaragua wie in Kuba sehr positiv beurteilt wird? Wo die Westeuropäer nämlich beschlossen haben, der gesamten Region ohne Rücksicht auf amerikanische Vorstellungen, nämlich unter Einbeziehung Nicaraguas zu helfen.

Ich will nur eines sagen: Ich plädiere für Differenziertheit auch bei der Beurteilung von Nicaragua und bei El Salvador. Ich gehöre nicht zu den Leuten, die sagen, Entwicklungshilfe abhängig machen von der Frage, gibt es demokratische Wahlen oder gibt es sie nicht. Aber entschuldigen Sie bitte, wir sollten vorsichtig sein, von "den Nicaraguanern" zu reden.

Hübner: Aber ich meine, damit ist das Argument von Herrn Hertel, daß Nicaragua hier von allen Seiten her ausgezogen wird bis auf's Hemd, und daß jeder sich das Recht nimmt, in nicaraguanische Angelegenheiten reinzureden, nicht vom Tisch. Und dazu würde ich gerne noch mal die Meinung von Herrn Holtz hören.

Holtz: Das Thema Menschenrechte und Demokratie ist ein ganz schwieriges Thema. Wenn es ein Ein-Parteien-System gibt, kann ich mir vorstellen, daß einige von

der Ein-Parteien-Diktatur sprechen, aber auch andere von der Ein-Parteien-Demokratie. Und deshalb nur folgende kurze Worte zu Ihrer Frage und auch zu der Frage, die im Publikum gestellt worden ist. Mich stört das Messen mit zweierlei Maß der Bundesregierung in diesem Zusammenhang. Nicaragua wird auch wegen der Menschenrechte angegriffen, bei Zaire und Togo, den beiden Strauß-Lieblingen, legt man noch Entwicklungspolitik zu, da interessiert das nicht mehr. Das zeigt, daß also die entwicklungspolitische Argumentation und die Menschenrechtsargumentation alleine gar nicht ausreicht, sondern daß dahinter sehr wohl die Verteidigungskonzeption steht der NATO und deshalb sind wir auch so hier involviert, auch in der Bundesrepublik. Das ist doch der große Verbündete USA.

Oder was sagt z.B. die Bundesregierung, auch vorhergehende Bundesregierungen, was haben die z.B. zu Mexiko gesagt? Ich habe schon mehrfach gefragt, was passiert denn, wenn Nicaragua sich in Richtung auf mexikanische Systementwicklung hin bewegt? Manche sagen, Mexiko ist eine Demokratie sui generis, aber schon die Einschränkung sagt, daß auch manches an Freiheitsrechten beschnitten wird. Aber zum anderen hat Mexiko große Freiheiten, in seiner Presse, in den Emigranten aus lateinamerikanischen Staaten, usw. Da schweigen natürlich die jetzt Herrschenden. Weil ihnen die Frage unangenehm ist, weil sie gleich merken, daß sie eben gegenüber Nicaragua besonders hart sind. Wir haben in der Entschließung, und Sie haben das angesprochen, des deutschen Bundestages vom 5. März 1982, die am 19. Januar 1984 einstimmig wieder bestätigt worden ist, gesagt, Ziel der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit der Bundesregierung soll es sein, zur Verwirklichung von Menschenrechten beizutragen. Zur Verwirklichung von Menschenrechten. Und wer den Text liest, der wird dann merken, daß auch von sozialer Gerechtigkeit die Rede ist, sogar von Gewerkschaftsnormen, die eingehalten werden sollen, das heißt wir denken nicht nur an die politisch-bürgerlichen Freiheitsrechte, sondern auch an die sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen Rechte. Nach der UNO 1966 haben wir einmal den Bürgerrechtsakt und den Sozialrechtspakt. Und das Recht auf Entwicklung von den Ländern der Dritten Welt mit eingebracht. Das heißt, dazu soll man beitragen. Nicht, wie sich ein Land jetzt schon verhält, ob dort alles so nach unserem Muster vorgesehen wird.

Und nun zu dem Problem "Wahlen". Da sage ich, was machen die Länder selbst, welche Tradition haben sie? Im Gegensatz zu den meisten afrikanischen Staaten sind diese Länder seit 1815/20/21/23 politisch unabhängig, haben zumindest eine Flaggenunabhängigkeit, eine andere Entwicklung als viele afrikanische Staaten. Sie sind sehr europäisch geprägt. Und sie haben selbst in bezug auf Zentralamerika gesagt, wir möchten im Prozeß der Contadora in unseren Vertragsstaaten demokratische Verhältnisse einrichten. Die Mitgliedsstaaten einschließlich Nicaragua, einschließlich Panama, haben ja auch nicht immer demokratische Wahlen gehabt. Alle Staaten haben gesagt, wir wollen freie Wahlen, wir wollen, daß es eine klare Opposition gibt. Wir wollen, daß es Wahlregister gibt, die sauber sind, wie sie in El Salvador nicht so sauber waren, wie in Nicaragua. Dann halte ich es für logisch, wenn der deutsche Bundestag mit großer Mehrheit in der letzten Woche beschlossen hat, Leitlinien der deutschen Entwicklungspolitik in Zentralamerika und der Karibik sollten sein, Beseitigung der absoluten Armut, Verwirklichung der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit, Aufbau demokratischer, rechtsstaatlicher Strukturen, Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften und anderen Selbsthilfeorganisationen, stärkere Beteiligung der Bevölkerung am Entwicklungsprozeß. Dann unterstützen wir das, was aus der Region selbst heraus gesagt worden ist.

Schmidt (terre des hommes): Auch wenn Herr Warnke sagt, daß er eine Hilfe durch Nicht-Regierungsorganisationen befürwortet, so denke ich, ist dies in der Weise, wie das geschieht, sehr problematisch. Wir hatten z.B. eine Gruppe von sehr engagierten Jugendlichen von terre des hommes, die Häuser bauten für Landarbeiter, das ist wirklich ein tolles Projekt, das hat nur den kleinen bescheidenen Fehler, daß diese Jugendlichen zufälligerweise Mitglieder der Sandinistischen Jugend sind und deshalb vom BMZ als regierungsnah eingestuft werden. Das heißt, nicht gefördert werden können.

Also, da müssen wir wirklich sagen, da wird was Praktisches gemacht, das kann man anfassen, das kann man sehen, es ist wirklich alles da, nur es paßt ideologisch nicht. Wenn jetzt also die Nicht-Regierungsorganisationen so instrumentalisiert werden - wie es offenbar Herr Minister Warnke will - denke ich mir, müßte es auch Möglichkeiten geben, daß die Nicht-Regierungsorganisationen ihre Meinung aus der Praxis heraus - wir arbeiten ja nicht nur in Nicaragua, sondern in 26 anderen Ländern der Welt, wo es andere Entwicklungen gibt - unsere Meinung zumindest mal sagen zu können.

Hübner: Abschließend möchte ich, daß die Podiumsteilnehmer ihre Meinung sagen zu der Frage, ob ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland in den zweifellosen Abhängigkeiten, in denen es politisch steht, die Chance einer unabhängigen Außenentwicklungspolitik hat in Richtung auf El Salvador/Nicaragua und daran angeschlossen die zweite Frage, da man das sicherlich einschränken muß, ob es die Chance einer politikfreien Hilfe gibt und da ginge es wahrscheinlich auch um den Spielraum der NROs.

Gottwald: Also Chance einer unabhängigen Politik gegenüber Nicaragua. Ich nehme an, Sie meinen blockunabhängige Politik. Ja, die Chance mag es geben, aber man sollte nicht davon ausgehen, daß dies von einem Land gemacht wird, was eines der am meisten engagierten ist in einem ganz bestimmten Block. Also schon von der Logik her hieße das, daß dieses Land auf seine Interessen gegenüber der Dritten Welt per se verzichtet. Das kann man nicht unbedingt erwarten. Man kann es erhoffen, wir tun das ja nun auch reichlich als Grüne, aber wenn man realistisch damit umgeht, und das habe ich versucht, ist das nicht selbstverständlich. Und es ist auf alle Fälle nicht Fakt. Ich habe nicht gesagt, die Bundesregierung orientiert ihre Entwicklungspolitik gegenüber Zentralamerika an den USA, sondern ich habe gesagt, sie macht eine Politik im Interesse des sogenannten freien Westens. Sie macht NATO-Politik. Das macht sie mit den USA, aber das ist nicht dasgleiche. Es ist zu einfach, wenn man sagt, sie läuft einfach hinterher. Das ist ein bestimmtes Außen- und sicherheitspolitisches Konzept, was ausgefochten wird. Und innerhalb dieses Bündnisses gibt es mittlerweile Konflikte über die Nicaragua-Politik. Nämlich, sollte man das Problem militärisch lösen, das scheint von den USA favorisiert zu werden, oder lösen wir es sauber, politisch. Das ist die Position der Bundesregierung. Leise, sanft. Das ist das, was eben angesprochen wurde. Wir hungern sie aus, wir zahlen nicht mehr, wir destabilisieren politisch, wir inszenieren hier riesige Szenarios, wo wir sagen, die Wahlen waren nicht frei, und alles Kommunisten usw. Kennen wir. Und das kann man sich natürlich einfach machen. Wenn man z.B. sagt, wie Sie, Herr Schäfer, es gibt auch den Anlaß zur Kritik, nämlich die Comandantes sind so und so. Es gibt den Anlaß zur Kritik, aber auf der Ebene "da appellier' ich mal an Ihr Gesellschaftsverständnis" können wir das Modell Nicaragua nicht abhaken. Es ist ungefähr so, wenn ich sagen würde,Herr Kohl ist eine Vertrauensperson, aber bei Herrn Geissler wird mir ganz anders. So habe ich dieses System nie kritisiert und werde das auch nie tun.

Jetzt noch mal zu der Frage, was ist eigentlich Hintergrund der Politik gegenüber Nicaragua und El Salvador. Ich habe die unterschiedlichen Interessen angedeutet und darüber, meine ich, haben wir heute sehr wenig gesprochen. Nämlich, es gibt offensichtlich eine Seite, die bestimmte Interessen in Mittelamerika favorisiert und es gibt eine andere, die andere Interessen favorisiert. Und es bringt auch nichts, da hat Herr Schäfer richtigerweise darauf hingewiesen, einfach zu sagen, "die Nicaraguaner" wollen. Das ist Quatsch. Das gibt es wirklich nicht. Der größte Teil der Bevölkerung hat vielleicht die Interessen und drückt sie so aus. Es gibt einen anderen Teil, der ist dagegen. Und das muß man politisch diskutieren. Was will dieser andere Teil? Was will die Opposition in Nicaragua? Und über diese Sachen haben wir meiner Meinung nach hier zu wenig geredet. Dasgleiche gilt für El Salvador. Alle sind für den Dialog. Nur, die eine Seite will den Konflikt befrieden, pazifizieren, wie das neuerdings so modern heißt, und die andere Seite will die sozialen Verhältnisse im Land verändern. Und wir müssen uns nun entscheiden,

meine ich, auf welcher Seite wir zu stehen haben. Wir können diese Konflikte nicht wegreden. Wir kommen hier nie zu einer einheitlichen Politik gegenüber Mittelamerika. Nur, mir ist es wichtig zu überlegen, was sind die Hintergründe für diese Interessen.

Hübner: Herr Erl. Aber vielleicht bitte wirklich mal mehr auf diese Frage einzugehen, halten Sie in bezug auf Zentralamerika eine unabhängige deutsche Außenentwicklungspolitik für möglich oder halten Sie zumindest eine politikfreie Hilfe der Nicht-Regierungsorganisationen für möglich?

Erl: Ich halte keine politikfreie Entwicklungszusammenarbeit für möglich. Entwicklungspolitik ist irgendwo immer auch ein Stück Außenpolitik und letzten Endes auch ein Stück Sicherheitspolitik, andererseits würden wir einfach träumen. Es geht um Nuancierungen, meiner Meinung nach, in diesem ganzen pluralistischen Konzept. Etwas ganz anderes ist der wirklich humanitäre Ansatz. Insbesondere im Bereich vielleicht aus der Grundbedürfnisbefriedigung, wo eben die Nicht-Regierungsorganisationen eine ganz entscheidende Rolle spielen können. Aber in dem Bereich, in dem eben auch die freien Träger letzten Endes Mittel der Bundesregierung bekommen, werden immer politische Akzente gesetzt, z.T. von der Regierung, z.T. vom Parlament kontrolliert. Bei all unseren Schwächen in der deutschen Entwicklungspolitik liegt u.a. ein grosser Vorteil in dem arbeitsteiligen Ansatz, in der Möglichkeit, daß wir von so unterschiedlichen Positionen aus kooperieren können und schon bereits in diesem Stück der Kooperation ein Stück Pluralismus übertragen können. Es geht nicht darum, um diese Frage aufzugreifen, westliche Demokratie aufzuzwingen. Es geht aber darum, partnerschaftlich zu arbeiten, auszugehen von transkulturellen Werten und Konstanten, die letzten Endes normisiert sind in den bürgerlichen und sozialen Menschenrechten.

Holtz: Erste Bemerkung zu den Kriterien. Wer beurteilt denn eigentlich, ob die Kriterien erfüllt sind oder nicht? Der Bundestag hat eben verschiedene Entschliessungen mit großer Übereinstimmung beschlossen. Soll man das machen wie in den USA bei Reagan? Weil man weiß, daß sein Menschenrechtsbericht eben auch ein gefärbter Bericht ist. Soll man das Amnesty International Handbuch zu Rate ziehen? Dann wird man sicher in einem Jahrgang auch finden, daß in Nicaragua gegenüber den Misquito-Indianern die Menschenrechte massiv verletzt worden sind, wie die nicaraguanische Regierung selbst sagt und auch für Abhilfe sorgt. Oder nimmt man den Freedom House Report, der in den USA erscheint, und der rund ein Drittel aller Länder als free, ein weiteres Drittel als partly free, als halbfrei bezeichnet, und ein anderes Drittel als unfrei bezeichnet. Es ist sehr schwer. Ich finde die Idee faszinierend, die hier vorgetragen ist und bitte, daß mir dazu vielleicht auch noch einiges mitgeteilt wird. Ich habe jetzt nur gehört, vielleicht können die Nicht-Regierungsorganisationen so etwas wie ein TÜV der entwicklungspolitischen Kriterien sein. Ich glaube nicht, daß es ausreicht, aber ich würde das gerne weiter verfolgen wollen. Zweite Bemerkung: Jede Hilfe ist Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes, auch wenn ich sie verweigere, ist das Einmischung, ob von Regierungs- oder von Nicht-Regierungsseite. Ich muß nach gewissen Kriterien versuchen, politische Prozesse zu unterstützen. Ich würde ganz allgemein sagen, die hinführen zur Freiheit von Not und zur Freiheit von Furcht, in denen die Grundbedürfnisse der Menschen befriedigt sind, und ein Leben in Menschenwürde geführt werden kann. Das ist ein Anspruch, der auch nicht imperialistisch oder neokolonialistisch von einem formuliert wird, der hier auch an der Kölner Universität manche Dinge mitbekommen hat, sondern das ist dann eine Meßlatte, die von den Ländern selbst, die Mitglieder der Vereinten Nationen sind, immer mit selbst getragen worden ist und häufig auf den Lippen geführt wird. Dritte Bemerkung: Worte allein zählen nicht, an die Adresse der Sozialdemokraten, das ist richtig. Ich bitte, es nicht gering zu achten, daß die Sozialistische Internationale, die keine Truppen hat, aber weiterhin ihren Schutzschild über Nicaragua hält. Es ist Spekulation, aber was würde passieren, wenn sich einige innerhalb der SI durchsetzen würden, die sagen, lassen wir uns doch von Nicaragua lösen oder eine andere Haltung einnehmen. Ich will nicht sa-

gen, dadurch wäre schon die Invasion provoziert, aber Sie können sich vorstellen, daß viele US-Amerikanier auch in der Baracke in Bonn versucht haben, Einfluß zu nehmen. Wir haben uns eindeutig dagegen gewandt, weil dieses kleine Volk ein Recht auf einen eigenbestimmten Weg hat. Und wenn man Blockfreiheit fördert, dann ist das ein großes politisches Ziel, das im Interesse des globalen Überlebens und der Friedensstrategie, einer weltweiten Friedensstrategie, zu stehen hat. Ich muß eben in Kauf nehmen, daß jemand sagt, ich will nicht zu euch zu Washington, oder dem Pariser oder Bonner Modell. Ich will auch nicht zum Moskauer Modell. Wenn alle eingezwängt werden in die Bündnissysteme führt das dazu, daß die Aufrüstung, das Wettrüsten auch in der Dritten Welt weitergehen wird. Gerade solche Ziele wie Blockfreiheit zu fördern, liegt auch in unserem Interesse, selbst wenn man nicht blockfrei ist.

Schäfer: Dem kann ich nur beipflichten, das war unsere Politik, das wird sie bleiben. Wir haben das in den USA viel intensiver vertreten, als Sie das glauben, und wenn Sie das alles bezweifeln, lesen Sie doch bitte mal nach, was im Verlaufe der letzten Jahre bis zu der letzten Rede von mir in der vorigen Woche im Bundestag öffentlich erklärt worden ist. Ich bin nie der Auffassung gewesen, daß es richtig ist, die Entwicklungshilfe in Nicaragua einzustellen. Ich bin auch nicht der Auffassung, daß man den Versuch unternimmt, der mir übrigens neu ist, den ich heute zum ersten Mal höre, und ich werde mich sehr intensiv danach erkundigen, auf die Nicht-Regierungsseite Druck auszuüben. Wenn das der Fall ist, werden wir uns auch in der Koalition dagegen wehren. Ich sage Ihnen das ganz ausdrücklich, weil meine Stiftung ja zu diesem Bereich gehört und ich nicht einsehe, daß mir Auflagen gemacht werden, die ich nicht erfüllen kann. Ich bin für die Fortführung dieser Hilfe, aber Sie müssen auch zur Kenntnis nehmen, daß Außenpolitik, und damit hat natürlich auch Entwicklungspolitik zu tun - und das ist ganz richtig gesagt worden - auch nicht vorbeigehen kann und es wäre töricht, das anzunehmen, an einem der entscheidenden Machtfaktoren in dieser Region, das sind die USA.

Sie können eine Politik gegen die USA betreiben wollen. Aber das ist ganz sicher nicht möglich in dem Umfang, wie es hier einige im Saal gerne hätten. Was wir tun können, ist, daß wir als Europäer eine andere Politik machen als die USA. Und sehr deutlich auch den USA erklären, daß Methoden, wie sie z.T. angewandt werden, noch immer angewandt werden, die Gott sei Dank auch im amerikanischen Kongress auf grosse Kritik stoßen, nach wie vor, daß wir diese Methoden nicht als Europäer übernehmen. Insofern ist es natürlich Unsinn, entschuldigen Sie, wenn hier behauptet wird, in Nicaragua ginge es um NATO-Politik. Wirklich Unsinn. Aber es geht auch in Nicaragua und es geht in Zentralamerika eben nicht, eine Lösung herbeizuführen, die ausschließlich von Europäern abhängt, sondern die USA stehen als der große Bruder im Hintergrund und an ihm vorbei wird sich dort keine Lösung finden lassen. Also muß Außenpolitik sehr klug operieren und muß versuchen, auch die USA zu überzeugen, daß der europäische Weg der bessere ist, der eben nicht heißen kann, Nicaragua völlig auszuklammern. Das ist die Zielsetzung auch von San José gewesen, und wir bemühen uns weiter. Was wir tun müssen ist, die Amerikaner zu bewegen, von einer rigorosen Politik abzugehen, wie sie sie betrieben haben, die nicht weiterführen wird, aber ich erlaube mir auch gelegentlich, den Herren der sandinistischen Frente zu sagen, was ich denke. Denn wer von mir Entwicklungshilfe haben will, der muß sich auch gelegentlich mal eine Kritik anhören, ich betrachte das keineswegs als Einmischung in die inneren Angelegenheiten, wenn ich darum gebeten werde, in Nicaragua selbst von den Leuten, die auch unter den Sandinisten zu leiden haben. Deren Anliegen werde ich genauso vertreten, wie ich das in anderen rechtsorientierten Ländern tue, wenn mir dort die Linke diegleichen Aufträge erteilt. Das tun wir überall.

Hertel: Ja, da stimme ich Ihnen auch zu. Der, der Entwicklungshilfe haben will, muß sich mit mir darüber unterhalten, wofür er die verwendet. Nur hier wird ja keine gegeben und es werden Vorschriften gemacht. Das ist das Problem. Wenn man mit Nicaragua zusammenarbeitet, dann kann man natürlich auch zu Recht und legitimiert und kreativ dort mitwirken. Aber wenn man sich verweigert, und dann noch in der Art, wie das von hier aus geschieht, dort Einfluß zu nehmen versucht, dann ist

das meines Erachtens vielleicht Politik, aber hat nichts mehr mit Entwicklung zu tun. Die Chancen der Bundesrepublik einer unabhängigeren Politik gegenüber Zentralamerika, ich glaube schon, daß die gegeben sind, ich bin auch Ihrer Meinung, Herr Schäfer, daß die Bundesregierung keine Politik gegen die USA machen kann. Nur so homogen oder monolithisch ist das ja nun auch wieder nicht, was in den USA passiert. Also daß da bisher keine Invasion gekommen ist, Freunde in den USA sagen mir, es hängt ein Stück weit auch damit zusammen, daß die Hälfte der Öffentlichkeit gegen so etwas ist. Und daran müssen wir doch auch mitarbeiten und mithelfen, daß dieser Kreis sich ausweitet und der Kongreß ist gespalten und es gibt also eine sehr differenzierte Sicht. In diesem Zusammenhang eine eigenständigere Position hier einzunehmen, das halte ich für die große Chance. Ich glaube auch nicht, daß es nur die NATO-Frage ist, die hier ausschlaggebend ist. Unsere vorige Bundesregierung, egal wie man parteipolitisch steht, hat irgendwo eine mutigere Politik gegenüber den USA gemacht, als das heute der Fall ist, und es war offenbar möglich. Und ich glaube nicht, daß es nur an dem Wechsel von Carter zu Reagan liegt, daß das heute nicht mehr für möglich gehalten wird. Also, ich glaube, die Spielräume sind da breiter und meine Meinung ist, daß man die ausloten sollte, und ich stimme Gaby Gottwald zu, es sind letztlich keine entwicklungspolitischen Kriterien, die hier ausschlaggebend sind, im Blick auf Zentralamerika, und ich würde gegen Sie, Herr Schäfer, sagen, es sind letztlich auch nicht die ideologischen Kriterien, ob da nun ein paar Marxisten unter den Comandantes sind, das ist doch nicht ausschlaggebend für Politik. Wir unterstützen, die Bundesregierung unterstützt in vielen Gegenden der Welt Marxisten, und ich möchte nur - obwohl ich sympathisiere mit dieser Haltung gegenüber Zimbabwe - darauf hinweisen, daß dort auch eine Bewegung zum Ein-Parteien-Staat, und ein klares Bekenntnis zu einer marxistischen Linie herrscht, und trotzdem wird die Hilfe erhöht. Also, das kann es doch auch nicht sein. Es sind bündnispolitische Gesichtspunkte, die letztlich ausschlaggebend sind in dieser Region.

Und das ist das Problem, welche Zukunft wollen wir eigentlich in unserem Bündnis, das hätten wir eigentlich heute diskutieren müssen, um irgendwo auf eine Grundlage zu kommen, also auch ihre Linie, wo sehen wir hier eigentlich unsere Perspektive und welche Rolle spielen solche Bewegungen in solchen Regionen und unsere Haltung dazu. Und ich glaube, wir setzen auf's verkehrte Pferd,wenn wir in einer Region, wo alle Parteien der Bundesregierung klar und deutlich zugeben, es ist die soziale Ungerechtigkeit, die dort zu den Unruhen und Schwierigkeiten führt, nicht der Einfluß irgendeiner östlichen Macht, wenn wir solche Bewegungen, die dafür sorgen, daß soziale Ungerechtigkeiten abgebaut werden, nicht unterstützen, abblocken aus bundespolitischen Interessen, damit tun wir unserer eigenen Sicherheit im Frieden und da kann man jetzt viele große Worte bringen, keinen guten Dienst und das ist der Grundvorwurf, den ich als Staatsbürger gegenüber der Bundesregierung mit ihrer momentanen Politik gegen Zentralamerika habe.

Auch hoffe ich, daß wir von den NROs stärker mit einbezogen werden, und ich möchte den AWZ, dessen Vorsitzenden wir hier unter uns haben, ermutigen, öfter ein Hearing einzuberufen, damit wir von den Fakten her ein bißchen deutlicher artikulieren können, um was es hier geht und die Kriterien der Bundesregierung ein bißchen stärker daraufhin abklopfen können, ob sie sie erfüllen, die sie ja selbst aufgestellt haben.

Debatte

Berichterstattung aus Mittelamerika Wie informieren uns die Medien?

Diese - als einzige turbulent verlaufene - Diskussion des Symposiums sollte die Gründe für das sehr unterschiedliche Mittelamerika-Bild, das die verschiedenen Medien zeichnen, klären.
Ein Ergebnis gab es freilich nicht, doch läßt sich zwischen den Zeilen herauslesen, daß dabei weniger Geld- oder Zeitgründe (daß nicht genügend Korrespondenten vor Ort geschickt werden können), sondern weltanschauliche Positionen eine Rolle spielen. Im folgenden ein Auszug aus den Podiumsbeiträgen.

Die Teilnehmer waren Dr. Hildegard Stausberg (FAZ), Horst Bieber (Die Zeit), Professor Dr. Prodosh Aich (Universität Oldenburg), Dr. Karl Ludolf Hübener (freier Journalist) und Ulrich Stevens (Inter Press Service, Bonn). Die Moderation hatte Gerald Baars.

»Der eine behauptet Hü, der andere Hott.«
(Horst Bieber, Die Zeit)

Hübener: Man kann ganz einfach einen Querschnitt durch die Zeitungen nehmen und ich möchte, bevor wir weitergehen, darauf hinweisen, daß nicht alle FAZ lesen und nicht alle Frankfurter Rundschau lesen, sondern daß viele Provinzpresse lesen. Ich würde sagen, das Gros der Bevölkerung liest Provinzpresse. Da lohnt es sich schon mal, reinzugucken. Diese hat natürlich aufgrund ihrer mangelnden Mittel weniger Möglichkeiten, eigene Korrespondenten einzusetzen. Aber gehen wir mal einfach davon aus, es gäbe die Möglichkeit, einen eigenen Korrespondenten einzusetzen. Es ist zweifellos so, man faßt das manchmal mit dem Begriff zusammen "eurozentrisch", daß mit dieser Sicht herangegangen wird: das fängt an bei der Qualifizierung von Bewegungen als entweder "liberal", "sozialdemokratisch" oder "christdemokratisch", ob das nun stimmt oder nicht. Das geht weiter, wenn davorgesetzt wird "prowestlich" oder "maxistisch-leninistisch". Das geht dann noch weiter, der "prowestliche Präsident" und das "marxistisch-leninistische Regime". Das kann man relativ durchgehend in vielen Blättern finden. Man könnte noch mehr Beispiele finden. Ich würde andere nehmen, daß man ganz genau auf bestimmte vorgefaßte Urteile hier zurückgreift, z. B. indem man sagt "droht ein zweites Kuba". Meistens wird gar nicht mehr gesagt, wie das erste Kuba aussieht. Es wird von "Schlangen" (vor Geschäften) geredet und selbstverständlich soll dann jeder Bundesbürger daran denken, was in den östlichen Staaten passiert.In Lateinamerika, wenn man sich ein bißchen auskennt, und vielleicht nicht nur in den großen Tagungshotels herumschwirrt, wird man sehen, daß zum Beispiel in Nicaragua jemand, der Schlange stehen kann, zumindest noch die Möglichkeit hat, sich was kaufen zu können. In Sao Paolo, in Caracas und in Lima werden Sie wahrscheinlich wenig Schlangen sehen, weil diese Leute ganz einfach kein Geld haben. Aber mit diesen Sachen wird operiert.

Zweitens wird ausgelassen. Es wird genau untersucht, ob zum Beispiel Nicaragua blockfrei ist oder nicht,

wobei gar nicht untersucht wird, welche Kriterien die Blockfreien selber setzen. Es wird ganz einfach von hier aus gesehen, von einem NATO-Staat, und, das muß ich unterstreichen, von Leuten, die auch zur NATO stehen, die darüber befinden wollen, was blockfrei ist. Es wird nicht untersucht und sofort hingenommen, daß das Nachbarland Costa Rica selbstverständlich neutral ist. Wie diese Neutralität aussieht, wird nicht untersucht. Ausgelassen wird auch, und das dürfte ja normalerweise durchaus interessieren, weil ja von einer Revolution die Rede ist im Falle Nicaraguas, was tatsächlich an Reformen dort passiert. Wo finden Sie in den meisten Blättern tatsächlich eine Information? Man kann verschiedener Meinung sein, das lassen wir mal ..., aber ganz einfach eine Information, wie die Agrarreform z.B. in Nicaragua aussieht. Ich habe mehr über die Agrarreform oder auch die sogenannte Agrarreform, und jetzt bin ich parteiisch, in El Salvador gelesen, über Nicaragua nicht. Oder ich nehme ein Beispiel einer Zeitung. Ich hab' mir drei Monate die "Nordwestzeitung" in Oldenburg durchgesehen, eine Zeitung, die in ihrem Bereich praktisch Monopolcharakter hat. Das Verhältnis von Kommentierung und Information war sehr ungleich, es gab mehr Kommentare. Über die Wahlen, wie die Wahlen laufen, war keine Berichterstattung oder Information, sondern in den Kommentaren, in mehreren Kommentaren, war von einer Wahlfarce die Rede. Und schließlich noch etwas: Das Wort "demokratisch" wird mit einer Selbstverständlichkeit hier gebraucht, daß man sich nur wundern kann, denn es wird einfach vorausgesetzt, daß unser Modell von Demokratie das absolut Seligmachende ist.

Bieber: Wenn man nach Lateinamerika kommt, ist man darauf angewiesen, daß man in der kürzesten Zeit möglichst umfassend objektive Informationen bekommt.und wer von Ihnen einmal in Lateinamerika gewesen ist, wird das schöne Sprichwort kennen, daß die Statistik ein Teil der Poesie ist. Da sitzt man also in Managua, versucht, irgendeinen Termin mit einem Ministerium zu machen, und fragt: Wie funktioniert denn die Agrarreform? Wieviel Hektar sind denn verteilt worden? An wieviel Familien? Wieviel haben sie da zugeschoben? Dann sind Sie darauf angewiesen, eine Angabe zu bekommen, denn ich kann nicht durch's Land ziehen, wenn ich mich da zehn Tage aufhalte in Nicaragua, um festzustellen, was da eigentlich läuft. Und die Antworten, die kommen, sind in der Regel falsch, Schlicht und einfach falsch. Sie gehen zur Nationalbank und möchten Auskünfte haben über die Wirtschaftslage Nicaraguas; da interessiert mich der Dorfbürgermeister nicht, sondern da interessiert mich der Minister, der mich mit Sicherheit nicht empfangen wird, weil er meistens auch keine Ahnung hat, sondern mich interessiert das, was bei uns der Staatssekretär ist. Und da kriege ich statistische Unterlagen vorgelegt, ... ich mache 14, 15 Jahre Lateinamerika, und weiß, was ich von solchen Sachen zu halten habe. Sie gucken sich die Statistik an, sie stimmt einfach nicht. Es sind Widersprüche drin, es kann nicht hinkommen, es kann nicht mit einem Mal die Zahl der Arbeitslosen gesunken und auf der anderen Seite die Auszahlung von Sozialhilfe gestiegen sein. Das ist ein Widerspruch.

Und mit solchen Sachen kämpfen Sie sich dann da durch, und sind nachher darauf angewiesen, daß Sie über den Daumen peilen, denn da bleibt Ihnen gar nichts anderes übrig; sich informieren noch bei anderen, soweit und so gut wie es geht, und dann sagen, die Situation ist so und so. Nebenbei, wenn hier einer im Saal wäre, zu behaupten, die Sandinisten in Managua wüßten wirklich, was wirtschaftlich in ihrem Land vorgeht, naja. Mit diesem Problem kämpfen wir. Wir haben gegenüber vielen den Vorteil, wir wissen ja noch, wir kennen das Land, über das wir schreiben. Es kommt vor, daß man in ein Land zum ersten Mal reinkommt, aber wenn Frau Stausberg oder ich, die seit vielen Jahren entweder - sie hat dort gelebt in Lateinamerika, ich bin seit vielen Jahren dort unterwegs; ich weiß, mit welchen Kandidaten ich es zu tun habe. Glauben Sie doch ja nicht, daß das, was mir das Informationsbüro oder die sandinistische Regierung sagt, genauso richtig ist, wie das, was mir dieses Büro der Contras in Genf erzählt. Wie soll ich das denn nachkontrollieren? Woher wissen Sie denn das? Ja, das ist genau das Problem, Sie stehen da und wissen einfach nicht die Wahrheit. Der eine behauptet Hü, und der andere behauptet Hott. Was wollen Sie denn da machen? Glauben Sie, nur, weil die anderen die richtige Gesinnung haben, wären sie in puncto Wahrheit sehr viel besser? Das ist ein Ritt über den Bodensee.

Und wenn Sie dann noch überlegen - wie groß sind denn diese Länder? wieviel Staaten haben wir? - in 26 Staaten auf dem Festland können Sie gar keine eigenen Korrespondenten haben! Sie sind darauf angewiesen, daß Sie sich durch Zeitungslektüre, durch Lektüre von Fachzeitschriften, die nicht ganz unwichtig sind, durch Zeitschriften allgemeiner politischer Art, durch Rundfunknachrichten, durch eigene Recherchen versuchen, ein Bild zu machen. Aus diesem Bild entsteht ein Raster, und an diesem Raster messen Sie das, was Sie bei Ihrer Reise dort unten tatsächlich gesagt bekommen. Alles andere, zu behaupten, man könne objektiv dann über diese Länder berichten, ist reine Illusion.

Prodosh Aich: Ich stelle mal eine provokante These auf: Ich meine, daß die Dritte-Welt-Berichterstattung eigentlich sehr befriedigend ist. Denn das, was vermittelt werden soll, das wird auch gemacht und da gibt es auch ein System, und da kann man also Nicaragua mit irgendeinem anderen Land austauschen, etwa dieselbe Berichtstruktur übernehmen, und darüber berichten. Und wenn darüber gesprochen wird, wie Frau Stausberg das gemacht hat, also, man muß hier auf die Leser Rücksicht nehmen, sicher, nur man muß halt fragen dürfen, ob die Leser die Richtung einer Zeitung bestimmen oder die Richtung der Zeitung den Geschmack der Leser bestimmt hat, und dann kann man das immer weiter servieren. Also ich meine schon, wir müssen etwas von dieser herkömmlichen Betrachtung wegkommen und sagen, es liegt nicht nur an der Arbeitsbedingung, es gibt auch noch andere Kriterien, die eine Rolle spielen, warum die Berichte über bestimmte Länder so und nicht anders sind. Und wenn dann die Diskussion nicht stattfinden kann, weil es nicht konkret jetzt um Konzentrationslager in Nicaragua geht oder nicht, sondern allgemeiner ist, und das Allgemeine eben nicht diskutiert werden soll, weil es Platitüden sind, weil es Ideologien sind, dann bin ich halt draußen vor, dann werde ich mich weiterhin nicht mehr in der Diskussion melden.

Die Frage,die mich brennend interessiert als Konsument von solchen Berichten: Woher soll ich mir überhaupt ein Bild machen über irgendein Gebiet, worüber berichtet wird, und es wird mir serviert, und wo sind die Bezüge, wo sind die geschichtlichen Bezüge? Wie kurz ist unser Gedächtnis? Wie lange Bezüge müssen hergestellt werden, damit eine Nachricht über das, was passiert ist, für den aktuellen Journalismus richtig ist? Die aktuelle Nachricht bleibt völlig ohne Bedeutung, wenn die Bezüge nicht hergestellt werden können und wir können nicht über Nicaragua berichten, wir können nicht über Sri Lanka berichten, wenn wir nicht die Großwetterlage, in der dort etwas inszeniert wird, etwas gespielt wird, einiges passiert, wenn wir das nicht in einem Zusammenhang bekommen. Dann kriegen wir keine Nachrichten, und insofern würde ich meinen, von ARD angefangen, ZDF und all die Zeitungen - die Dritte-Welt-Berichterstattung ist hervorragend, weil sie genau zu der Desorientierung führt, zu der auch geführt werden soll.

Steven: Ich glaube nicht, daß man so einfach vom Tisch wischen kann, was Prodosh Aich gesagt hat, und vielleicht gibt es dazu aus dem mittelamerikanischen Raum eine Reihe von Beispielen, die man in dem Zusammenhang anführen könnte. Unter dem Stichwort, wenn ich hier zusammenfassen darf, als These: Ist es so, daß Nachrichten und die Nachrichtengebung lanciert wird? Wenn ja, dann in wessen Interesse eigentlich?

Wir hatten in der vergangenen Woche die Meldung: Honduras zieht sich aus den Beratungen der Contadora-Gruppe, die Mitte nächsten Monats stattfinden sollen, zurück und folgt damit dem Beispiel Costa Ricas. Inzwischen wissen wir, daß El Salvador das auch tut. Das wurde Anfang oder Mitte vergangener Woche noch in der Presse so dargestellt, als handele sich das um einen Solidaritätsschritt Honduras' gegenüber Costa Rica, das wiederum Probleme mit Nicaragua hat und aus dem Grunde nicht an dem Contadora-Treffen teilnehmen will. Heute, wenn man die Frankfurter Rundschau gelesen hat, stellt man fest, daß an irgendeiner Stelle zumindest die USA in diesem Spiel eine Rolle gehabt haben müssen.

Ein anders Beispiel: Wenige Tage nach den Wahlen in Nicaragua tauchten Meldungen auf, aus der Sowjetunion sei ein Schiff unterwegs. Mit MIG-Flugzeugen in Richtung Nicaragua. Die Meldung hielt sich auch einige Tage lang, wurde allerdings vom State Department in Washington nie gestützt, aber immerhin, es gab die Meldung, und es gab auch Quellen, wie die Washington Post sagte, im State Department - und als dann das Schiff ausgeladen wurde, stellte sich heraus, und einige vermuteten das ja auch schon zu Recht vorher, daß eigentlich von MIG's an Bord gar keine Rede gewesen sein konnte. Danach hielt sich aber wiederum die "Information", daß wenn schon keine MIG-Waffen, keine MIG-Flugzeuge an Bord gewesen sind, dann muß es sich aber zumindest um eine andere Form von Waffen gehandelt haben.

Und als drittes Beispiel vielleicht: Es gibt eine Untersuchung (vielleicht ist es tatsächlich eine oder eine angebliche Untersuchung) von honduranischen Militärs über die Verwicklung von nicaraguanischen Antisandinisten in Honduras an Entführungen, Morden, Gewaltakten gegen Honduraner, Nicaraguaner, El Salvadorianer, die in Honduras im Exil leben. Das ist die eine Version. Es gibt aber auch eine andere Version - ich wage nicht zu entscheiden, welches die zutreffende ist - aber es gibt zumindest eine ganz andere Version und die wird gehalten von nordamerikanischen Menschenrechtsorganisationen und von dem honduranischen Menschenrechtskomitee, die sagt: diese 247 Fälle, die die honduranischen Militärs untersucht haben, die treffen zwar zu, die gibt es, aber wir haben zumindest den Verdacht, daß die honduranische Armee hier mit dieser Untersuchung den Versuch macht, abzulenken von eigenen Verwicklungen in Morde und Entführungen und das schlicht und ergreifend auf die Aktivitäten ausländischer Antisandinisten im eigenen Land zurückführt.

Das sind drei Fälle, und wenn man einmal den Versuch macht, darunter einen Strich zu ziehen und die These vertritt, daß sich hinter diesen Meldungen, so, wie sie einfach mal in der Zeitung gestanden haben oder über die Radionachrichten zu hören gewesen sind, wesentlich mehr steckt als das, was man dann hört oder liest, daß unter Umständen nicht nur das jeweilige Land, sei es nun Honduras oder Nicaragua, in dieser Auseinandersetzung beteiligt war, sondern unter Umständen auch ganz andere maßgebliche Staaten, denn in Mittelamerika ist es nicht allzu weit hergeholt, auch von den USA zu reden, dann kann man vielleicht den Schluß wagen, daß wir, wenn wir Zeitung lesen oder Nachrichten hören, vielleicht im Grunde Teil einer Berichterstattung sind, die gar nicht, das will ich nicht sagen, aber zumindest nicht in der Hauptsache vielleicht, der Unterrichtung der Öffentlichkeit dient, als vielmehr zum Spielball werden von innenpolitischen Erwägungen, möglicherweise von den USA, muß aber nicht immer der Buhmann USA sein, zum Spielball innenpolitischer Erwägungen, z.B. die Einflußnahme der USA oder der Washingtoner Regierung auf, bei Verhandlungen, auf Kongreßabgeordnete, wenn es darum geht, z.B. Wirtschaftshilfe oder Militärhilfe für El Salvador zu erhöhen oder für die Contra zu leisten, zum Spielball innnenpolitischer Erwägungen werden, ..., wobei wir gar nicht die Mittel haben, wobei wir gar nicht die Spielregeln kennen, dieses Spiel zu durchschauen.

Stausberg: Ich habe wirklich den Eindruck, daß Sie dem Verfolgungswahn der Lateinamerikaner erliegen ...
Die Tatsache, daß es z.B. über diese Geschichte der angeblichen MIG-Lieferungen so viele Versionen gegeben hat, woran liegt denn das? Das liegt daran, daß es in Nicaragua keine Pressefreiheit gibt. Hätte es nämlich Pressefreiheit gegeben, wäre eine Gruppe von Journalisten an den Hafen gefahren, hätte beim Ausladen diese Sachen fotografiert, das wäre an uns alle gegangen und wir hätten gesehen, was es gewesen ist. Das ist nämlich auf der einen Seite das, was die Amerikaner machen und deshalb ist auch eine langfristige, versteckte Politik Washingtons, wie Sie die hier darstellen, es wäre charmant, wenn Sie mich ausreden ließen, überhaupt nicht möglich, da nämlich der amerikanische Journalismus, sowohl der Washington Post als auch der New York Times als auch der Los Angeles Times, so etwas von einem Investigationsjournalismus ist, daß die Vorstellung, daß Washington da langfristig irgendwas verdecken könnte, wirklich jedem, der von Journalismus der letzten zwanzig Jahre eine Ahnung hat, also Schauer über den Rücken treibt.

Referat

Die USA und Mittelamerika
Wird Reagan einmarschieren?

In seinem Referat wies Gregorio Selser darauf hin, daß bereits detaillierte Studien über die materiellen und sozialen Kosten für die USA bei einer militärischen Intervention in Zentralamerika vorliegen.

Die USA könnten allerdings noch nicht zu einer befriedigenden politischen Kosten-Nutzen-Analyse kommen, noch den Widerstandswillen und die Verluste Nicaraguas in einem möglichen 3-Stufen-Krieg einschätzen.

Gregorio Selser, Journalist und Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu Mittelamerika, lebt in Mexiko.

GREGORIO SELSER

»In zwei Jahrhunderten hat Lateinamerika 1200 Interventionen erlebt.«

Erst einmal müssen einige Grundlagen festgehalten werden, um uns in der aktuellen Problematik der USA in bezug auf Zentralamerika zurechtzufinden. Die erste Grundlage mag für Sie vielleicht befremdend, ja empörend wirken, aber dies beruht darauf, daß wir Lateinamerikaner, im Gegensatz zu dem, was für die Mehrzahl von Ihnen, den Europäern zutrifft, keinerlei Unbehagen gegen die Sowjetunion hegen, denn die Sowjetunion hat nie, auf welche Art auch immer, einem der Völker und Nationen unseres Amerikas feindlich gegenübergestanden, ist dort einmarschiert oder hat es angegriffen. Demgegenüber haben wir, über den Zeitraum von zwei Jahrhunderten, beginnend mit dem Moment der Unabhängigkeit der USA am 4. Juli 1776, ca. 1.200 Interventionen erlebt.
Die Register der Geschichte Lateinamerikas haben als Ursache von Unmut, Kränkung, Beleidigung und Unwohlsein die Tatsache, daß zumindest die Truppen der USA uns angegriffen haben, bei uns einmarschiert sind, uns unterjocht haben und lateinamerikanischen Grund und Boden besetzt haben, wie es auch heute noch mit Gebieten wie der Insel Puerto Rico, die von der Kultur, Religion, Nationalität und Geschichte aus gesehen, lateinamerikanisch geprägt ist, der Fall ist.

Die Geschichte der Beziehungen zwischen den USA und unserem Amerika beginnen nicht mit diesem Jahrhundert. In diesem Jahrhundert zeigen sich die brutalsten, offensten und unverschämtesten Formen dessen, was man die Diplomatie der Würgschraube ("big-stick-policy"), die Kanonenboot-Diplomatie ("gun-boat-diplomacy"), oder die andere Form, die vor allem in der Geschichte der ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts von Bedeutung war, die sogenannte Dollar-Diplomatie ("dollar-diplomacy"), nennt. All dies erlebte Lateinamerika.

Noch heute zahlen wir für die Folgen dieser immensen Last der Macht der USA. Unsere Völker zahlen den USA z.B. die übertriebene Aufrüstung. Finanziert wird dies teilweise über den Wertverlust der Produkte, der Rohstoffe und anderer Güter, bei denen die USA die traditionellen Abnehmer sind und für die sie ihre Preise, und durch ein besonderes, von den Banken in den letzten zwei Jahren eingeführtes System , der Erhöhung ihres Zinssatzes, festlegen.
Doch dies führt uns schon ein bißchen weit in die Gegenwart. Ich wollte mich speziell auf die gesamte Region Mittelamerikas und der Karibik beziehen, weil die Position der USA dazu zur Zeit von größter Bedeutung ist. Nicaragua ist vielleicht das Land, das am ehesten Grund hat, sich von den USA benachteiligt zu fühlen. Nicaragua erlitt 1855 durch den sogenannten Freibeuter William Walker die erste Invasion der USA. William Walker war ein Südstaatler, der sich an der Spitze einer - für den Einmarsch in Mittelamerika angeheuerten - Söldnertruppe Nicaragua aneignete und sich, kaum ein Wort Spanisch sprechend, zum Präsidenten Nicaraguas proklamieren ließ. Aber nicht nur das, er versuchte auch, schrittweise auf die gleiche Weise Präsident aller mittelamerikanischen Republiken zu werden. Nicaragua konnte durch das Wunder der ersten Vereinigung der mittelamerikanischen Republiken die Ausweisung von William Walker durchsetzen. Dies war die erste Erfahrung der Nicaraguaner mit den USA.

Die zweite Erfahrung, die zweite Invasion widerfuhr ihnen ab 1912, als Marineinfanterie-Truppen unter Kanonen und Maschinengewehrfeuer in Nicaragua einmarschierten, die Stadt Masaya einnahmen und mit einer bewaffneten Garde bis 1925 blieben. 1925 zogen die Truppen wieder ab. Dem Schutzgeist nicht trauend, kehrten sie, kaum ein Jahr später, im Dezember 1926, zurück. Diesmal blieben sie bis zum 1. Januar 1933. Bei dieser Invasion von 1926 bis 1933 sahen sich die USA zum ersten Mal mit dem Widerstand einer kleinen Gruppe von Campesinos konfrontiert. Wir müssen dabei bedenken, daß es sich nicht um das gesamte nicaraguanische Volk handelte, sondern um eine kleine Gruppe von Campesinos, angeführt von einem erleuchteten Mann, einem Patrioten, einem Nationalisten und man sollte ihn nicht anders sehen, ihm nicht politisch-ideologische Attribute zusprechen, die er nicht gehabt hat, Augusto Cesar Sandino.

Er allein stellte sich über die Dauer von fast sieben Jahren gegen diese Invasion, und mit Hilfe von nur wenigen Waffen zeigte er der Welt, auf welche Weise, sei es auch nur mit diesen 3.000 Campesinos, die gemeinsam mit Sandino dafür kämpften, daß die führende Macht der Welt sich weder infiltrieren noch definitiv im Land Fuß fassen konnte, es möglich ist, so etwas zu verhindern.

Präsident Reagan kam während seines Wahlkapfes 1980 zu der Überzeugung, daß eines der Bestandteile des Propagandasystemes, das dazu geeignet sein könnte, ihn an die Macht zu bringen, das von den USA geschaffene Ungleichgewicht sein könnte, das abnehmende Ungleichgewicht der Macht der USA in Lateinamerika, vielleicht sogar in der ganzen Welt.

Wenn wir in Gedanken zurückgehen, werden wir uns daran erinnern, daß 1980 in bezug auf den Iran und die Geiselnahme in Teheran ein heißes Jahr für die USA war. Hinzu kommt, daß in jenem Jahr der sowjetische Einmarsch in Afghanistan stattfand und die USA in jenem Jahr bzw. im Jahr davor in Lateinamerika, wie sie es betrachteten, vier Niederlagen hintereinander einstecken mußten. Im Januar 1979 rebellierten Unteroffiziere in dem damals Republik Surinam genannten Land im nördlichen Teil Südamerikas, und beendeten somit die letzten Spuren der holländischen Kolonialmacht. Im März, also nur zwei Monate später, gelingt dem New Jewel Movement auf der winzigen Insel Grenada eine revolutionäre Veränderung und bringt Maurice Bishop, einen Mann der Linken, an die Macht. Dadurch kann sich ein neuartiges Regierungsmodell auf einer Insel, die dem britischen Commonwealth angehörte, etablieren. Wiederum vier Monate später, am 19. Juli 1979, besiegen sandinistische Einheiten das Heer und die Nationalgarde Somozas und beginnen eine neue Regierungsform, die bis heute andauert. Endlich, am 15. Oktober desselben Jahres, läutet ein Aufstand von Zivilisten und Militärs in El Salvador ein neues Modell ein und schafft eine neue,

eine gegenüber dem bisher Vorherrschenden, veränderte Situation, die durch die außergewöhnliche Tatsache charakterisiert war, daß zum ersten Mal seit dem 13. Dezember 1931, d.h. von 1931 bis 1979, die Zivilisten regieren würden. In der Republik El Salvador wechselten sich bis dato ohne Unterbrechung Militärs an der Macht ab. Sie benannten sich selbst oder kamen über den Weg der Wahlfälschung an die Macht. Mit Wahlfälschungen in der Art wie man sie Nicaragua vorwirft, nur mit dem Unterschied, daß die Wahl vom 4. November letzten Jahres in Nicaragua die erste tatsächliche und ehrliche Erfahrung darstellt, die Nicaragua seit fast anderthalb Jahrhunderten seiner Geschichte erlebt.

Diese vier revolutionären Veränderungen erschütterten die hegemoniale Struktur in dem sogenannten Hinterhofe der USA. Seit diesem Moment herrscht bei allen Führungskräften des Pentagon, des State Department und des Weißen Hauses Bestürzung. Deshalb wird es für die Reagan-Administration zur Notwendigkeit, dieses Bild wieder gerade zu rücken und verbindet sich mit der politisch-strategischen Notwendigkeit der Wahlen von 1980. Reagan bietet seinem Volk Aussicht auf Bereinigung der Ereignisse, die die USA vor ihren Verbündeten in ein schlechtes Licht gerückt hatten. Aus diesem gedanklichen Mechanismus oder besser Mechanismus der psychologischen Politik heraus, läßt sich die Hartnäckigkeit erklären, mit der Reagan versucht, so kleine Staaten wie El Salvador oder Nicaragua als die grundlegende Bedrohung für die Sicherheit der USA darzustellen. Dabei handelt es sich um eine der größten Betrügereien im Bereich der umfassenden Propagandamechanismen, die die gesamte Welt umspannen und dazu dienen, die gedankliche Auseinandersetzung zwischen Ost und West auf die Länder Mittelamerikas zu übertragen.

Wie ich schon eingangs erwähnte, haben die Lateinamerikaner, die Völker unseres Amerikas, in Sachen reeller Präsenz nichts gegen die Sowjetunion vorzubringen. Mir liegt daran, dies zu präzisieren. Damit soll nicht ausgedrückt werden, daß die Sowjetunion, sagen wir es einmal so, keinerlei Interessen oder Ansprüche ideologischen Charakters oder in Blick auf die eigene Vormachtstellung in Lateinamerika hegt. Wir dürfen nicht unrealistisch sein, denn im Spiel der beiden Supermächte ist alles möglich. Bei Betrachtung der historisch-wissenschaftlichen und der konkreten Fakten jedoch, ich wiederhole es, haben unsere Völker weder den Eindruck der Unterdrückung, der Einschränkung noch der Beleidigung durch die Sowjetunion, nicht in dem Maße, wie dieser Eindruck gegenüber den USA besteht.

Deshalb erscheint unseren Völkern, unseren Nationen, mit allem Recht, ein ihrer Politik und ihrer Philosophie befremdender Aspekt, der versucht, die eigenen, internen Schwierigkeiten, die die Entstehung der Rebellionen und Aufstände in Mittelamerika und der Karibik erklären, als Produkt eines außerkontinentalen Willens, wie es z.B. der der Sowjetunion wäre, zuzuschreiben. Nicaragua hatte schon eine eigene Rebellion gegen eine ausländische Macht, und wie ich Ihnen schon sagte, seit dem Jahr 1912 und praktisch bis zum Jahr 1933 hatte es die USA im Nacken sitzen, nicht etwa, weil die Sowjetunion auch nur irgendetwas mit Nicaragua oder mit Sandino zu tun hatte. Ich möchte Ihnen hier eventuelle Zweifel klären. Als Sandino erläutern sollte, welches seine Ideologie sei, sagte er: "Ich bin kein Kommunist", und fuhr fort, "mein Kampf hat einen patriotischen, einen nationalistischen und einen antiimperialistischen Charakter."
Diese drei Termini sind es, die am besten den Kampf des nicaraguanischen Volkes und möglicherweise den Kampf des salvadorianischen Volkes wiedergeben und die aus eben diesem Grund auch auf Guatemala bezogen werden sollten. Es sind Kämpfe von Völkern für ihre Autonomie, für ihre nationale Unabhängigkeit, für ihre Bedürfnisse nach eigener Identität, nach Identifikation als eigenständige Völker, mit ihren eigenen Wesenszügen und gegen die, mit dem nordamerikanischen Imperialismus verbündeten, nationalen Oligarchien.

Sieht man dies als marxistische Kategorien an, dann tut es mir leid für Marx und für die Geschichte, aber ich finde keine anderen Ausdrücke, um es darzustellen, denn so ist es auch geschehen. Nimmt man an, daß alle revolutionären Bewegungen unseres Amerikas einer kommunistischen oder extrakontinentalen Inspiration fol-

gen, so ignoriert man den Lauf der Geschichte, der 200 Jahre Hegemonie, die wir durch den Druck der Macht der USA erleiden mußten. Spricht man von Agrarreformen als eine teuflische Erfindung, als eine nach Lateinamerika verpflanzte Idee der Sowjetunion, die mit allen Mitteln versucht, die USA zu stören, dann vergißt man unter anderem, daß die Agrarreform 1911 auf den Fahnen der mexikanischen Revolutionäre geschrieben stand, also sieben Jahre bevor die bolschewistische Revolution über das zaristische Rußland siegen sollte. Es gab auch Erfahrungen der Agrarreform, die von den USA keineswegs als bolschewistisch bezeichnet oder abgestempelt wurden. Ein Beispiel ist die Agrarreform in Bolivien, die 1953 einsetzte und die bis heute noch Gültigkeit hat, und ein weiteres, die von der Regierung des Generals Juan Velazco Albarado 1968 in Peru in Angriff genommene Agrarreform.

Wird Reagan sich dafür entscheiden, in Nicaragua einzumarschieren? Wird er sich dafür entscheiden, mit seinen Truppen in El Salvador einzumarschieren? Natürlich haben wir nicht die Glaskugel eines Hellsehers zur Verfügung, aber wir können sagen, daß es eine nordamerikanische Strategie gibt, die bis heute entwickelt wurde, eine Strategie der Aggression in drei Stufen oder Etappen. Die erste dieser Stufen besteht in der indirekten Aggression gegen Nicaragua in Form von Aktionen, die vom Territorium der Republik Honduras ausgehen, d.h. die Feindseligkeiten und militärischen Überfälle durch fremde Hand. Diese Aggression wird mit finanzieller und logistischer Hilfe jeder Art für die nicaraguanischen und ausländischen Söldner unterstützt. Damit will man erreichen, daß Nicaragua, ähnlich wie Chile zwischen 1970 und 1973, nicht die Möglichkeiten findet, um seine wirtschaftliche und finanzielle Lage zu stabilisieren. Begleitet werden diese Aktionen von wirtschaftlichen Druckmitteln, militärischen Überfällen, wie die fast permanente Anwesenheit von Kriegsschiffen, den Spionageflügen der Aufklärungsflugzeuge über nicaraguanischem Territorium, die Angriffe von als Militäreinheiten bezeichneten Kräften, die auf nicaraguanischem Territorium operieren, deren Operationsstützpunkte aber in Honduras liegen. Dies ist die erste Ebene.

Die zweite Stufe der Aggression oder der Invasion entspräche der Benutzung der honduranischen Armee als Stoßtruppe für die Invasion, die gemeinsam mit vielleicht 10.000 Söldnern, die schon auf nicaraguanischem Territorium operieren, eine Art regionalen Krieg entfachen sollen, als Vorwand für die Intervention anderer Staaten, ohne direkte Beteiligung der USA, über den als Interamerikanischen Pakt zur gegenseitigen Unterstützung TIAR bekannten Mechanismus, einer Art NATO für Lateinamerika, der von den USA 1947 ins Leben gerufen wurde.

Die dritte Stufe der Aggression bestünde dann, nach einem Scheitern der ersten beiden, darin, daß sich die USA selbst entscheiden, mit eigenen Truppen und verbündet mit seinen Söldnern, verbündet mit den Honduranern auf nicaraguanisches Territorium zu marschieren. In Einklang mit dem, was bei allen Armeen der Welt Brauch ist, liegen den USA ausgetüftelte Pläne für alle Eventualitäten vor. Ganz Nicaragua ist praktisch auf den Millimeter genau von Flugzeugen und Weltraumsatelliten aus fotografisch erfaßt, so daß es vom technischen Standpunkt aus gesehen keine möglichen Fehler gibt. Für den Fall, daß die USA sich dafür entschließen sollten, direkt einzumarschieren, gibt es nichts, was dies vom technischen Standpunkt her verhindern könnte. Es gibt keine großen Bergketten, weder ein Meer noch große Flüße. Es gibt wohl Urwälder, einige davon undurchdringbar, aber vom technischen Standpunkt wäre für den Einmarsch der USA in Nicaragua nichts unmöglich. Was die USA nicht vorhersehen können, ist die Höhe der Verluste, wie die Art und Höhe der Opfer im Verhältnis zu den erhofften Vorteilen einer solchen Operation stehen werden.

In seinem Buch mit dem Titel "Centralamerica: Anatomy of a Conflict", das Professor Robert Leykon von der Georgetown Universität Anfang letzten Jahres veröffentlichte und an dem sich mehrere Spezialisten der Materie, einer von ihnen Professor Teodoro Moran, ebenfalls von der Georgetown Universität, beteiligten, kalkuliert der Autor den Preis eines angefangenen Krieges in Nicaragua für Anfang 1984 auf ca. 5.000 nordamerikanische Gefallene plus zusätzlichen Kosten für Ausrüstungen, die Truppenstationierung, Treibstoff, den Verlust von Flugzeugen und Helikoptern. Handelte es

sich bei diesem Krieg um einen verlängerten, d.h. des Guerillatyps, so würden sich die Kosten um die 16 Mrd. Dollar belaufen. In der New York Times veröffentlichte Oktober letzten Jahres ein weiterer nordamerikanischer Militär, der Admiral a.D. Jim Laroc, in bezug auf die möglichen Verluste eine etwas geringere Zahl. Er sagte, es wäre mit nur 3.000, nicht mit 5.000 nordamerikanischen Gefallenen zu rechnen und die Ausgaben würden sich auf ca. 10 Mrd. Dollar beziffern lassen. Bei-Spezialisten, beide Experten, die mit Computersystemen arbeiten, gaben aber gleichzeitig auch zu, daß sie keinerlei genaue Vorhersagen über die Verluste bei Männern, Frauen und Kindern der Republik Nicaragua machen können. Sie gingen nur so weit, zu erklären, daß dies von der Widerstandskapazität und -bereitschaft des sandinistischen Regimes oder des nicaraguanischen Volkes in seiner Gesamtheit abhängig sei. Es handelt sich dabei also um kühle Computerberechnungen, einer Tatsache, derer sich die Reagan-Administration vollkommen bewußt ist. Welches werden die Kosten sein, die durch die interne Propaganda oder aufgrund ihres Images als Machthaber tragbar sind? Die Tatsache, daß Reagan die Wahlen am 6. November mit einer so erstaunlichen Wählermehrheit gewann, gibt ihm eine Art Bonus, der es ihm ermöglicht, einen Krieg gegen Nicaragua mit der Aussicht eines sicheren Erfolges zu unternehmen. Was wiederum er nicht voraussagen kann, ist, ob es ähnliche Situationen wie bei anderen Episoden, die in den Köpfen der Nordamerikaner noch sehr präsent sind, dem sogenannten Vietnam-Syndrom, geben wird. ...

Referat

Sechs Thesen zur Weltordnung

Läßt eine universelle, von den Zentren des Nordens beherrschte Weltordnung eigentlich noch eigene Lösungen der strukturellen Krisen in Lateinamerika, bzw. der "Dritten Welt" insgesamt zu? Haben die unterentwickelt gemachten Länder des Südens eine Chance, sich aus der globalen Ungleichheitsstruktur zu lösen?
Jean Ziegler geht diesen Fragen nach und stellt sechs Thesen zur Weltordnung auf. Fazit seiner für diese Veröffentlichung überarbeiteten Rede: Nur die gemeinsame und solidarische Aktion der Basis in Nord und Süd kann die Weltherrschaft eines sich selbst legitimierenden und reproduzierenden Imperialismus stoppen und uns eine Zukunft mit menschlicheren Werten geben.

Der Referent ist Mitglied des Schweizer Nationalrates, Professor für Soziologie an der Universität Genf und dem Institut für Entwicklungsforschung am gleichen Ort. Zum Thema Entwicklungsfragen hat er mehrere Arbeiten veröffentlicht.

JEAN ZIEGLER

»Heute kann man sich nicht mehr auf Staaten verlassen, sondern es geht um die Solidarität an der Basis.«

Da ich im Kreise von Kollegen, von Spezialisten bin, möchte ich mich von vornherein entschuldigen, weil die Thesen, die ich hier vortrage, so allgemein sind, daß sie schon fast banal sind. Aber scheinbar ist es nötig, daß wir diese "Sechs Thesen zur Weltordnung" auf diesem wichtigen Kolloqium wiederholen.

1. These: Als Subjekte dieser universellen, politischen, militärischen, symbolischen Weltordnung stehen sich heute die Nationen, d.h. transklassizistische Kollektivsubjekte gegenüber.

Es sind nicht abhängige Klassen, die weltweit herrschenden Klassen gegenüberstehen, sondern es sind transklassizistische Kollektivsubjekte - ich sage jetzt einmal ein wenig rasch Nationen - die sich in diesem Kampf oder, diplomatisch ausgedrückt, in diesen Abhängigkeitsbeziehungen, konfliktuell gegenüberstehen. Ich möchte das durch einige empirische Angaben erhärten. Heute ist der treuste Gehilfe des schweizerischen Bankgroßkapitals in der Unterdrückungsbeziehung zum Südafrikanischen Volk der Schweizer Arbeiter. Ein anderes Beispiel: als die Regierung Helmut Schmidt 1976 nach internationaler Ausschreibung den Brasilien-Nuklear-Vertrag erreicht hatte, da hat in Frankreich die CGT, Conféderation Générale du Travail, öffentlich protestiert, an Giscard d' Estaing geschrieben: "Warum habt ihr nichts getan? Was ist denn da los mit unserer Regierung? Der Brasilien-Vertrag ist uns abhanden gekommen." Es ging dabei um einen Vertrag zugunsten jener schrecklichen Militärdiktatur, die seit 1964 und bis zum 15. Januar dieses Jahres an der Macht war, Gewerkschaften zerschlagen hat, die demokratischen Parteien zerschlagen hat, die gefoltert hat. Der Nuklear-Vertrag war deshalb ein unerhört wichtiger Vertrag, weil er schließlich zur brasilianischen Atombombe für die Diktatur hätte führen sollen. Und weil der französischen Industrie dieser Vertrag entgangen ist, hat die CGT öffentlich protestiert.

1911 hat Jean Jaures zum Generalstreik gegen die Invasion von Marokko aufgerufen, und der Generalstreik vom April 1911 wurde von der französischen Arbeiterschaft befolgt. Das war 1911.
1976 hat im Kollektivbewußtsein der abhängigen Klassen Frankreichs eine unerhörte Regression stattgefunden. Und es hat stattgefunden, was in allen abhängigen Klassen der Industrieländer stattgefunden hat, nämlich eine fortschreitende Integration der abhängigen Klassen innerhalb der Industrieländer des Zentrums in den herrschenden Imperialismus, nicht nur in seine Doktrin, sondern auch in seine tägliche Praxis. Was Sie bei Lenin in "Der Imperialismus - das höchste Stadium des Kapitalismus" und bei Rosa Luxemburg in "Die Weltherrschaft des Kapitals" und bei Bucharin in "Die Akkumulation des Kapitals" nachlesen können, das ist heute nicht brauchbar als konzeptuelle Grundlage, weil - noch einmal die erste These - sich heute nicht abhängige und herrschende Klassen gegenüberstehen, sondern transklassizistische Kollektivsubjekte. Das gilt übrigens auch für die herrschenden Klassen. Was auch immer die Stratifikationsunterschiede in Chile oder in der Elfenbeinküste sind, das Zusammenbrechen der Kakaotauschwerte z.B. trifft die Familie Houphouët-Boigny, die Milliardäre sind, in Bouallé ebenso, wie den Lumpenproletarier von Drécheville. Sie werden vom Zusammenbruch des internationalen Tauschwertes Kakao getroffen. Die Spekulation gegen die Kupferpreise an der Metal Stock Exchange von London trifft die herrschenden Klassen Chiles zwar nicht so stark, wie sie die Mapuche-Bauern im Süden von Temuco trifft, aber in den Herrschaftsbeziehungen der Abhängigkeitsstrukturen handelt es sich um Kollektivsubjekte.
2. These: Die Weltwirtschaftsstruktur ist gekennzeichnet durch Mangel, und zwar durch einen künstlichen Mangel.

Marx ist 1883 gestorben. Im Moment seines Todes war er noch fest davon überzeugt, daß der objektive Mangel die Geschichte der Menschheit noch sehr, sehr lange begleiten würde, daß also noch während Jahrhunderten die menschliche Geschichte vom objektiven Ungleichgewicht zwischen verfügbaren Gütern und Elementarbedürfnissen gezeichnet sein würde, die es zu befriedigen galt.
Heute sagt die Welternährungskonferenz von Ottawa (1982), daß beim derzeitigen Stand der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionskräfte auf der Welt 12 Mrd. Menschen ernährt werden können. Wir sind nur etwas mehr als 4 Mrd. heute auf der Welt, trotzdem sterben jeden Tag 40.000 Menschen am "strukturellen Hunger" - der Ausdruck kommt vom Special Fund der Vereinten Nationen. Also, ich meine nicht den Hunger, den ich jetzt in Äthiopien gesehen habe, wo 1 Mio. Menschen gestorben sind, seit November und 7 Mio. Menschen nah am Hungertod sind, nicht die Sahel-Katastrophe; nicht die Mosambik-Katastrophe; nicht die Bangladesh-Katastrophe, sondern der strukturelle Hunger tötet jeden Tag 40.000 Menschen. Das heißt, wir sind in einer Situation des sozialen Mangels, denn Mangel besteht, wenn Elend besteht, und er besteht bei Technologiedefizit, bei Finanzkapitaldefizit. In den Ländern der Peripherie hat das zu tun mit der sozialen Organisation von Staat und Gesellschaft und hat nichts mehr zu tun mit der objektiven Mangelsituation, von der Marx ausgegangen ist und noch heute viele Marxisten ausgehen.

3. These: Diese Struktur der universellen Gewalt ist durch Ungleichheit gekennzeichnet.

Die Weltbankstatistik von 1984 (bezogen auf das Jahr 1983), stellt zu den 171 Staaten, die jedes Jahr inventarisiert werden, fest: "1983 haben 16 % der Weltbevölkerung 62 % aller produzierten Reichtümer dieses Planeten konsumiert."

4. These: Diese Ungleichheitsstruktur hat eine Dynamik. Und zwar eine negative Dynamik.

Nicht nur bestehen unerhörte Ungleichheiten, sondern die Armen werden immer ärmer und die Reichen werden reicher, das Zentrum im Bereich der Peripherie immer ärmer. Ich gebe ganz rasch einige Zahlen, die die meisten schon kennen: 1980-82, der Weltzuckerpreis ist um 37 % gefallen, in den gleichen Jahren ist der Kakaoweltmarktpreis um mehrals 50 % gefallen, der Kaffeepreis um mehr als 20 % usw. Nur der Tee ist relativ stabil geblieben. Eine andere Zahl: Im Jahr 1983 haben die Staaten der Dritten Welt - und wenn ich Dritte Welt sage,meine ich die Lima-Gruppe, die 121 Länder der

Peripherie, die sich zusammengetan haben und gemeinsam innerhalb der UNCTAD verhandeln - Bodenprodukte (ohne Erdöl) zu einem Globalpreis von mehr als 200 Mrd. Dollar auf dem Weltmarkt verkauft. Zurückgeflossen in diese 121 Länder der Dritten Welt sind 31 Mrd. Dollar, über 70 % sind im Zentrum geblieben, d.h. Transportkosten - die Weltflotten gehören dem Zentrum - Versicherungskosten, Verteilungskosten in den Supermärkten usw.

Wenn ich sage 31 Mrd. von 200 Mrd. Dollar sind zum Produzenten zurückgegangen, dann heißt das nicht zum salvadorenischen oder guatemaltekischen Campesino, zum senegalesischen Bauern oder zum ceylonesischen Kupferarbeiter, sondern zurückgekommen zur staatlichen Ausfuhrbehörde. Das ist die statistische Einheit, z.B. das "Büro für die Kommerzialisierung der Erdnußproduktion" im Senegal.

Nehmen wir nun einmal den Tauschwert, den der Exportfrüchte anbauende Bauer erhält, so zeichnet sich im Zeitraum 1962 - 82 folgendes Bild: 100 kg exportierte Erdnüsse erlaubten es dem senegalesischen Bauern 1962, davon 75 kg Reis zu kaufen. 1982 erhielt derselbe Bauer für dieselbe Menge nur noch 37 kg Reis. Der Kakaoproduzent hat 51 % seiner Kaufkraft verloren seit 1962 und der guatemaltekische Campesino hat 1982 noch 16 % seiner Kaufkraft erhalten. Also nicht nur die strukturelle Weltmarktgewalt ist eine Gewalt der Ungleichheit, des strukturellen Mangels, sondern diese Ungleichheitsstruktur ist gekennzeichnet von einer negativen Dynamik, die Dynamik beschleunigt sich und die Verarmung, die Verelendung der peripheren Welt schreitet sehr rasch voran.

5. These: Die Weltmarktordnung mit ihren symbolischen Legitimationstheorien, auch wenn sie pluralistisch sind, mit ihren ökonomischen Strukturen, mit den politischen Reproduktions-, Sozialisationsprozessen usw., ist eine universelle Struktur.

Was auch immer der interne Produktionsmodus ist - staatskapitalistisch, privatkapitalistisch usw. - die Weltmarktstruktur arbeitet wie eine, wie Louis Althusser sagt, wie eine "sur-détermination", eine Überdetermination. Es gibt eine Primärkausalität im nationalen, lokalen Produktionsmodus begründet und eine sur-détermination, eine Überdetermination durch den Weltmarkt. Beispielsweise ist auch die Sowjetunion diesem Weltmarktgeschehen völlig unterworfen. Sie reproduziert es und sie ist integriert. Ich könnte viele Beispiele geben, ich gebe einige: Die Getreideproduktion 1983 war 1,5 Mrd. Tonnen, ein Drittel geht weg für die Viehmast. Es bleibt also 1 Mrd. Tonnen. Seit 1973 kauft die Sowjetunion regelmäßig auf dem Weltmarkt zwischen 54.000 und 120.000 t Getreide ein und treibt damit natürlich die Weltmarktpreise in die Höhe. Getreidepreise für Soja, Mais usw. werden an der Commodity Stock Exchange von Chicago gehandelt. Und diese Börse, die größte in der Welt, die die Richtpreise setzt, wird kontrolliert von fünf, sechs Bankhäusern, nicht mehr. Das gleiche gilt für die Metal Stock Exchange in London. Wenn also die Sowjetunion Getreide aufkauft, dann heißt das, daß der Getreidepreis in die Höhe steigt, weil es ein marktwirtschaftlicher und kein kontraktueller Preis ist.

In normalen Zeiten sind 18 von 52 afrikanischen Ländern defizitär in der Nahrungsmittelproduktion. Ich komme jetzt aus Äthiopien zurück. Sie müßten jetzt pro Monat 67.000 t Getreide haben, um die 7 Mio. vom Hungertod bedrohten Menschen am Leben zu erhalten - bis August/September 1985 zur nächsten möglichen Ernte, die wahrscheinlich gar nicht kommt! Die deutschen Notärzte, das Rote Kreuz und terre des hommes versuchen, diesen Getreidebedarf zu decken, und zwar entweder durch eine Lieferung des Europäischen Gemeinsamen Marktes oder aber durch Aufkäufe, d.h. daß heute der Stand des internationalen Getreidepreises über die Zahl der Toten in Äthiopien entscheidet, ob es jetzt drei oder vier oder fünf Millionen sein werden, oder eben nur dreieinhalb Millionen Tote.

Wenn also die Sowjetunion als freier Käufer tätig wird, so wie sie es jedes Jahr wird, dann hat das kausal mit den Hungersnöten in der Dritten Welt zu tun. Warum das die Sowjetunion tut, da sind meine Kollegen Johan Galtung und Samir Amin unterschiedlicher Meinung: Galtung sagt, das ist nur eine politische Manipulation, die Sowjetunion habe ein unerhörtes Agrarland, die Ukraine usw., und eine unerhört gescheite, talentierte, alte Bauernklasse. Sie könnte ohne weiteres selbstversorgend sein in ihrer Nahrungsmittelproduktion. Es braucht dazu öffentliche Investi-

tionen. Öffentliche Investitionen gehen in die Schwerindustrie, ins Militär, in andere Sektoren und im Kreml wurde, nach Galtung, ausgerechnet, daß es weniger kostet, auf dem Weltmarkt das Defizit zu decken, als diese Investitionen vorzunehmen. Andere Forscher sagen, es gibt Strukturmängel, die durch die Planwirtschaft nicht behoben werden können, und die Sowjetunion ist objektiv ungewollterweise Jahr für Jahr in den Außenproduktionen ebenfalls defizitär.

In den Beziehungen der Entwicklungsländer zum Comecon spielen die internationalen Tauschwerte mit. Wenn die Sowjetunion Gold verkauft, so tut sie das zum Weltmarktpreis. Wenn sie Fischereiabkommen schließt, wenn sie mit Primärprodukten tätig wird, dann tut sie das auch nach den Preisen, die am Chicagoer Commodity Markt gehandelt werden. Es gibt ganz wenige Ausnahmen. Die bestehen darin, daß nicht die Weltmarktpreise vereinbart werden, sondern Festpreise. Das äußert sich darin, daß etwa ein mengenmäßiges Austauschverhältnis vertraglich festgelegt wird. So z.B. der Vertrag zwischen der Sowjetunion und Venezuela zur Lieferung von Erdöl. Die Sowjetunion läßt durch einen sogenannten Triangularvertrag (d.h. Dreiecksvertrag, d.Hrsg.) Kuba teilhaben, ohne, daß Kuba das Preisrisiko trägt. Wenn der Erdölpreis steigt, oder der Preis des äquivalenten Tauschgutes (z.B. für Kuba Zucker) sinkt, dann zwingt dies ein Land wie Kuba normalerweise in die Knie. Im Beispiel dieses Triangularvertrages aber übernahm die Sowjetunion das Preisrisiko im Vertrag mit Venezuela. Gleichzeitig wird Kuba aber als Erdölempfänger von Venezuela mitbeliefert, zahlt jedoch nicht Dollars an Venezuela, sondern Zucker an die Sowjetunion, die wiederum für Kubas Erdölnachfrage Venezuela Geld oder anderes Äquivalent zahlt. Einen anderen solchen Vertrag gibt es zwischen der DDR und Äthiopien über Kaffee. Die DDR zahlt Äthiopien einen relativ stabilen, ausgehandelten Preis. Ihrerseits verkauft sie den Kaffee dann zu Weltmarktpreisen in Westeuropa. Meistens verdient sie daran, kann aber bei Preiseinbrüchen verlieren, wobei Äthiopien von solchem Preisrisiko befreit ist, wie es im ersten Beispiel Kuba war.
Solche Ausnahmen gelten zwischen Comecon-Ländern und den Ländern der Lima-Gruppe. Ansonsten herrschen auch bei diesen Ländern dieselben internationalen Tauschwerte vor, wie sie auf dem Metal Stock Exchange, dem Commodity Exchange erhandelt, erspekuliert werden durch private Finanzgruppen.

6. und letzte These: Diese Weltmachtstruktur reproduziert sich ständig durch Gewalt. Sie gibt sich punktuell zu erkennen als soziale Strategie, nämlich immer dann, wenn ein Volk, auch wenn es ein ganz kleines Volk ist, aus der Universalordnung ausbricht. Amilcar Cabral wurde ermordet am 23.1.1973, Lumumba wurde ermordet am 17.1.61, Allende am 11.9.73, Che Guevara am 8.10.1967, ich könnte die Liste der Märtyrer unbeschränkt fortführen. Viele von uns fragen sich immer wieder, warum sich denn diese Weltmacht USA, die jetzt Kampfsatelliten installiert mit Laserkanonen, bedroht fühlt von 2,7 Mio. nicaraguanischen Bauern mit Kalaschnikow und einigen Geschützen und einigen Panzern auf etwa 130.000 km² Boden, von dem zwei Drittel auch noch unerschlossen sind, warum diese erste Macht der Welt bedroht ist durch Menschen, die sich erheben in El Salvador, 22.000 km², also kleiner als die Schweiz, und 6 Mio. Einwohner! Warum? Darin liegt eine totale Logik im Vorgehen der Administration Reagan, eine absolut einwandfreie Logik, die man anerkennen muß und die aus den vorhergehenden Bemerkungen ersichtlich ist: weil es nicht darum geht, den objektiven Schaden zu messen, den der Ausbruch von Nicaragua, den der Ausbruch von Chile zwischen 1970 und 1973, den der mögliche Ausbruch des Kongo unter Lumumba, von Guinea Bissau unter Cabral, dieser Weltmarktstruktur, dieser strukturellen Gewalt hätte zufügen können, sondern es um exemplarische Ausstrahlungskraft geht. Die Weltmarktstruktur, die funktioniert wie die sowjetische Ideologie. Sie darf nicht mit Widerspruch behaftet werden. Ihre Legitimationstheorie muß kohärent bleiben, muß sich reproduzieren in der ihr eigenen kohärenten, inneren Logik.

Das Dissidentenproblem der USA z.B. mit Nicaragua ist dasselbe wie das der UdSSR mit Sacharow: Es geht nicht um Machtbeziehungen innerhalb der Weltmarktordnung, die ist universell, deren strukturelle Gewalt ist unanfechtbar heute, sie reproduziert sich, potentialisiert jedes Jahr mehr negative Dynamik zu Ungunsten der

peripheren Welt. Es geht noch mehr um die reibungslose Reproduktion der symbolischen Werte, nämlich der sie begründenden Legitimationstheorie. Und wenn die angegriffen wird von einem Volk, das ausbricht, das nationale Unabhängigkeit tatsächlich will, auch durchsetzt mit Waffengewalt, seine Souveränität etabliert, dann tritt die Repressionsmaschine in Funktion.

Jetzt möchte ich nur etwas Historisches sagen. Sie wissen, daß die Periode 1945 - 1962 in der Entwicklungssoziologie als Dekolonisationsperiode dargestellt wird. Sie war für alle von uns eine Periode der großen Hoffnung, Solidaritätsbewegung, und jeder vernünftige Mensch sagt, jetzt zerbricht endlich die koloniale Welt, es entstehen unabhängige Staaten, es entstehen dialektische Gegengewichte, Subjekte, die jetzt die Weltgeschichte in eine andere Bahn bringen werden und diese strukturelle Abhängigkeit, diese Imperialismusstruktur brechen werden. Das alles war ein Irrtum.Die OAU wurde im Mai 1963 gegründet in der unerhörten Hoffnung - Nasser und Nkrumah waren dabei -, daß es sich damit um den Kern einer kontinental-afrikanischen Regierung handeln würde. Alles ist anders gekommen. Die Staaten, die da entstanden sind, sind nur formell souverän, der Kolonialpakt besteht weiter. Die Abhängigkeit, die Unterdrückung der einheimischen Bevölkerung ist noch stärker als zu Zeiten der Kolonialherrschaft, das fremde Finanzkapital hat die absolute Macht. Ich könnte Zahlen geben, die belegen, daß das Uran von Gabun und Niger, das Eisen von Mauretanien usw. immer noch zu Kolonialpaktpreisen nach Frankreich verfrachtet werden. Frankreich unterhält diese Satellitenregierungen gegen ihre eigenen Völker an der Macht. Diese Dekolonisationsperiode hat nicht zum Bruch der imperialistischen Abhängigkeitsbeziehungen geführt, sondern die Abhängigkeitsbeziehung hat sich intensiviert.
Zwei Männer haben diese Tatsache schneller als andere erkannt, nämlich Che Guevara, Industrieminister in Kuba, und Bouteflika, Außenminister in Algerien. Sie haben seit April 1964 zu einer Kollektiv-Verhandlung aufgerufen und gesagt, so kann es nicht weitergehen. Wir müssen die abhängigen Länder der Dritten Welt in eine Einheitsfront, was auch immer die internen Konflikte sind, zusammenfassen, damit auf dem Sektor der Primärprodukte eine Kollektivverhandlung stattfindet mit den Regierungen des Zentrums. Die erste derartige Konferenz war im April 1964, die Zuckerkonferenz in Genf, wo die kubanische Delegation von Che Guevara geführt wurde.
Geplant waren Festpreise, nicht mehr Börsenpreise, sondern feste Preise, die reguliert werden sollten durch buffer-stocks, d.h. die Vereinten Nationen sollten buffer-stocks aufkaufen. Die Weltmarktbeziehungen würden damit nicht aufgehoben, aber Ausgleichsmechanismen, mit dem Ziel eines permanenten Zuckerpreises, eines permanenten Teepreises, sollten geschaffen werden. Dann das Kaffeeabkommen, das Kakaoabkommen, das Kupferabkommen, damit für Primärprodukte aus der Dritten Welt ein permanenter Preis garantiert werden könnte. Noch nicht ein gerechter Preis, aber ein voraussehbarer Preis, damit eine minimale Etat-Planung möglich wäre in den Entwicklungsländern. Aus diesen Kollektivverhandlungen ist die Ideologie der neuen Internationalen Wirtschaftsordnung entstanden.

Diese Strategie hat auch zu institutionellen Veränderungen der internationalen Organisationen geführt. Gegenüber dem GATT - der allgemeinen Zoll- und Handelsunion der reichen Länder - hat sich 1964 die UNCTAD konstituiert.
Aber mit der Nairobi-Konferenz vor zwei Jahren kam der totale Zusammenbruch. Die internationale Kollektivverhandlung ist in der totalen Ablehung zugrundegegangen:
die Auslandsschulden der Dritten Welt waren am 31.12.83 höher als 850 Mrd. US-Dollar, damit etwas niedriger als die Rüstungsausgaben pro Jahr, die über 1.000 Mrd. US-Dollar betragen. Brasilien hat fast 100 Mrd. US-Dollar Auslandsschulden, Lateinamerika zusammen fast 450 Mrd. US-Dollar. Die Verarmung, die Abhängigkeit, die von den national produzierten Leistungen für Schuldentilgung abgezweigten Summen für Schuldenrefinanzierung und für Zinszahlungen an Schulden ist stärker als je zuvor - und das nach 20 Jahren internationaler Kollektivverhandlungen! Dieser Weg ist also nicht beschreitbar. Das sagen auch heute die UNCTAD-Vertreter selber. Was bleibt, ist der Versuch des Ausbruchs aus diesem System der strukturellen Gewalt des kapitalistischen Weltmarkts, nämlich die autozentrische Entwicklung, die versucht wird in Nicaragua, die versucht wurde in Bangla Desh, die ver-

sucht wird in verschiedenen Ländern Afrikas heute, Burkina Faso und von denen wir noch wenig wissen, aber über die wir eigentlich noch lange diskutieren müßten.

Ich möchte abschließen mit einem Wort von Sartre, das mir sehr gut scheint. Mitterrand hat das zitiert in Cancun, da hat er wenigstens was Intelligentes gesagt. Sartre sagt im Vorwort zu "Die Verdammten dieser Erde" von Fanon, in einem alten Buch von 1960: "Wenn die Ungleichheiten der Ungerechtigkeit oder die Rückständigkeit einer Gesellschaft das Maß überschreiten, gibt es keine etablierte Ordnung mehr, so repressiv sie sein mag, die dem Aufstand des Lebens widerstehen könnte. Der Respekt vor den Prinzipien stört meist die diplomatische Routine, aber der Ablauf der Geschichte wird dem rechtgeben, welches bestehen bleibt."

Es geht um die Solidarität, d.h. heute kann man sich nicht auf Staaten, auf Kollektivsubjekte verlassen. Heute geht es darum, eine "fraternité de la nuit" zu schaffen, eine "Brüderlichkeit der Nacht", d.h. die Solidarität an der Basis, und nur, wenn es gelingt, diesen Aufstand des Gewissens im Zentrum zu provozieren, aufgrund der Erkenntnis der Identität aller Menschen (ich bin der andere und der andere ist ich), und daß jede Geburt, egal, ob wir hier geboren sind oder dort, Zufall ist, nur, wenn es gelingt, diesen Aufstand der Gewissen hier vorzunehmen, können wir die antiimperialistische Front schaffen mit jenen, die unsere Werte mit der Waffe in der Hand an der Peripherie verteidigen.

Referenten

(in alphabetischer Reihenfolge)

Abram, Mathias	Lateinamerikareferent des unabhängigen italienischen Hilfswerkes "Terra Nuova", Rom
Aich, Dr. Prodosh	Kommunikationswissenschaftler, Professor an der Universität Oldenburg
Bieber, Horst	Journalist, "Die Zeit", Hamburg
Collins, Dr. Joseph	Mitarbeiter bei dem unabhängigen "Institute for Food and Development Policy" in San Francisco, Cal. (USA); Mitautor von "Mythos des Hungers" und wissenschaftlicher Berater bei der nicaraguanischen Agrarreform
Ellacuria SJ, Dr. Ignacio	Rektor der katholischen Universidad de Centraamérica (UCA) in San Salvador, El Salvador
Erl, Willi	Konrad-Adenauer-Stiftung, Bonn
Gottwald, Cabi	MdB Die Grünen, Mittelamerikaexpertin, Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AWZ), Bonn
Hertel, Helmut	Geschäftsführer des Personaldienstes "Dienste in Übersee", Stuttgart
Holtz, Dr. Uwe	MdB, SPD, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AWZ), Bonn
Hübener, Dr. Karl-Ludolf	freier Journalist in Köln; Langjährige publizistische Tätigkeit in Caracas, Venezuela
Ibarra, Rodrigo	Mitarbeiter des Centro de Investgaciones y Estudios de la Reforma Agraria (CIERA) in Managua, Nicaragua
Locher, Dr. Leo	Mitarbeiter von "medico international", einer hauptsächlich im Gesundheitswesen unabhängig tätigen Hilfsorganisation mit Sitz in Frankfurt/Main
Riquelme, Dr. Horacio	Arzt, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Universitätsklinikum Eppendorf/Hamburg. Ehemaliger Direktor der Poliklinik von Concepción, Chile

Rostan, Werner	Lateinamerikareferent bei der Evangelischen Hilfsorganisation "Brot für die Welt", Stuttgart
Ruiz, Dr. Myriam	Ärztin, kolumbianische Mitarbeiterin bei der Weltgesundheitsorganisation (WGO/PAHO) in Managua, Nicaragua
Schade, Kai Friedrich	Verantwortlicher Redakteur der Redaktion Entwicklungspolitik des Evangelischen Pressedienstes (epd) , Frankfurt
Schäfer, Helmut	MdB, FDP, stellvertr. Mitglied des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit (AWZ) und ordentl. Mitglied des Bundestagsausschusses für äußere Angelegenheiten, Bonn
Schmidt, Klaus	Lehrer in Hamburg, 1. Vorsitzender von "Terre des Hommes Deutschland e.V.", Osnabrück
Selser, Gregorio	Journalist und Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu Mittel- und Lateinamerika aus Mexico City, Mexiko
Simon, Dr. Larry	(bis Ende 1984) Co-Direktor von "Oxfam/USA", einer Nicht-Regierungsorganisation mit Sitz in Boston, Mass. (USA) und Autor einer umfangreichen Studie zur Agrarreform in El Salvador
Stausberg, Dr. Hildegard	Journalistin, Lateinamerikaredaktion der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ), Frankfurt/Main
Stevens, Ulrich	Inter Press Service (IPS), Bonn (Dritte-Welt-Nachrichtenagentur)
van Zeyl, Joop	Lateinamerikareferent des Katholischen Hilfswerkes CEBEMO, Niederlande
Ziegler, Dr. Jean	Mitglied des Schweizer Bundesrates, Professor für Soziologie an der Universität Genf und dem "Institut für Entwicklungsforschung" am gleichen Ort, Experte für Entwicklungsfragen und Autor mehrere Arbeiten zum Thema

Adressen

Nicht-staatliche Hilfswerke

medico international e.V.
Hanauer Landstraße 147-149
6000 Frankfurt 1
Tel.: 069 - 49 03 50

terre des hommes Deutschland e.V.
Ruppenkampstraße 11
4500 Osnabrück
Tel.: 0541 - 71 01 11

Brot für die Welt
Stafflenbergstraße 76
7000 Stuttgart 1
Tel.: 0711 - 21 59 32

Dienste in Übersee
Gerokstraße 17
7000 Stuttgart 1
Tel.: 0711 - 210 50-0

EIRENE - Internationaler
Christlicher Friedensdienst
Engerserstraße 74 b
5450 Neuwied 1
Tel.: 02631 - 22 011

Informationsstellen

Christliche Initiative Romero e.V.
Kardinal van Galen-Ring 45
4400 Münster
Tel.: 0251 - 89 503

Informationsbüro Nicaragua e.V.
Postfach 10 13 20
5600 Wuppertal 1
Tel.: 0202 - 76 05 27

Redaktion epd-Entwicklungspolitik des
Evangelischen Pressedienstes (epd)
Friedrichstr. 2
6000 Frankfurt 17
Tel.: 069 - 7 15 70

Informationsstelle El Salvador e.V.
Informationsstelle Guatemala e.V.
Romero-Haus
Heerstraße 205
5300 Bonn 1

Forschungsstellen zu Mittelamerika/Lateinamerika

Forschungs- und Dokumentationszentrum
Chile/Lateinamerika e.V. (FDCL)
Im Mehringhof
Gneisenaustraße 2
1000 Berlin 61
Tel.: 030 - 693 40 29

Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft
Zentralamerika e.V. (SSZ)
Coerdestraße 42 (im Hof)
4400 Münster
Tel.: 0251 - 27 73 30

Studien zu Zentralamerika

Istmo

Themen der ISTMO sind:

- politische und soziale Entwicklungen in Zentralamerika
- die Region in der weltpolitischen Auseinandersetzung
- bundesdeutsche Politik gegenüber Zentralamerika
- Diskussionsbeiträge zentralamerikanischer Autoren über internationale Politik

Über die Tagespolitik hinaus versteht sich die Zeitschrift als wissenschaftliche Ergänzung der Solidaritätsbewegung, deren Bestandteil sie sein will.

Heft 6/7 (Juli 1984)

Noam Chomsky: Interview zur Zentral-amerika-Politik der Reagan-Administration

Heinz Dieterich: Das Netzwerk des Staatsterrorismus in Lateiamerika. CHTN. Teil 2

Manfred Kron: Contadora – Lösung, Befriedung, Fehlschlag?

Reiner Hage: Handel und Wandel. Weshalb die BRD in Mittelamerika eine Wende nach ihrem Bilde will

Ernesto Richter: El Salvador. Perspektiven einer politischen Lösung

Heft 8 (Januar 1985)

Frithjof Schmidt: Neuauflage eines "erfolgreichen Modells"? EG-ASEAN und die Außenministerkonferenz in San José

Albert Recknagel: Wahlen im Counterinsurgency-Staat. Was verbirgt sich hinter der "Demokratisierung autoritärer Regimes?"

Gaby Gottwald: Die Verhandlungen in El Salvador. Perspektiven für einen Frieden?

Heft 9 (April 1985)

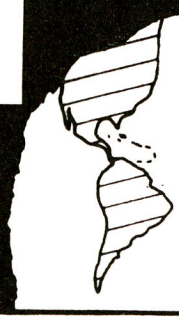
Jorge Rodriguez Beruff:
Puerto Rico und die Militarisierung der Karibik: 1979 – 1984

Gregorio Selser:
Honduras –
von der Bananenrepublik zur militärischen Enklave der USA

Gaby Gottwald:
Der neue Antiamerikanismus im Auswärtigen Amt

Die Hefte sind erhältlich über den Buchhandel (ISSN 0724-0716) oder direkt beim Herausgeber. Einzelheft 4,– DM, Doppelheft 8,– DM

Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft Zentralamerika e.V.
Coerdestraße 42
D-4400 Münster



nahua script 3

Andreas Gampert

Die Auseinandersetzung um die Entwicklungshilfe der Bundesrepublik für Nicaragua

Ein Exempel für die gezielte Boykottierung des nicaraguanischen Wiederaufbaus

Herausgegeben vom Informationsbüro Nicaragua e.V., Wuppertal

Auf der Ebene der Boykottierung eines geplanten Aufbaus der Gesellschaft des neuen Nicaragua, hat sich die Bundesrepublik durch die Praxis ihrer Entwicklungshilfepolitik neben ihrem NATO-Verbündeten USA besonders hervorgetan. Liefen schon die realen Hilfeleistungen für Nicaragua spätestens seit 1981 auch unter der sozialliberalen Regierung schleppend und wurde mehr mit Zusagen und Versprechungen Politik gemacht als mit Taten, so geriet Nicaragua durch die seit Herbst 1982 im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) agierende christlich/sozial/christdemokratische Leitung verschärft unter Beschuß.
Beim Besuch des nicaraguanischen Innenministers Tomás Borge im Herbst 1983 wurde in Bonn die offen feindselige Haltung der Bundesregierung gegenüber Nicaragua demonstriert: der bereits seit 1 1/2 Jahren zur Auszahlung anstehende 40-Millionen-DM-Kredit wurde erneut als nicht auszahlbar deklariert, da seitens Nicaragua die entsprechenden entwicklungspolitischen Kriterien nicht erfüllt seien. Ein Teil der hier vorgelegten Dokumente werden das Gegenteil beweisen... Inszwischen ist die Bundesregierung allerdings zu einer offen politischen Argumentation übergegangen; die gesamten innenpolitischen Verhältnisse und die außenpolitische Orientierung Nicaraguas sind es, die als Begründung für die faktische Sperre der Entwicklungshilfe ins Feld geführt werden. Es geht darum, daß die Sandinisten nicht auf ihre Revolution verzichten wollen, so Jürgen Warnke, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit. 1984 ist sicherlich nicht vollständig und umfassend; wir sehen jedoch davon aus, daß das vorliegende Material auch und gerade für diejenigen, die sich mit der Entwicklung in Nicaragua intensiv befassen, einige Neuigkeiten für ihre Einschätzung der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik geben und ihre Diskussionen mit detaillierten Fakten untermauern kann.

Edition Nahua

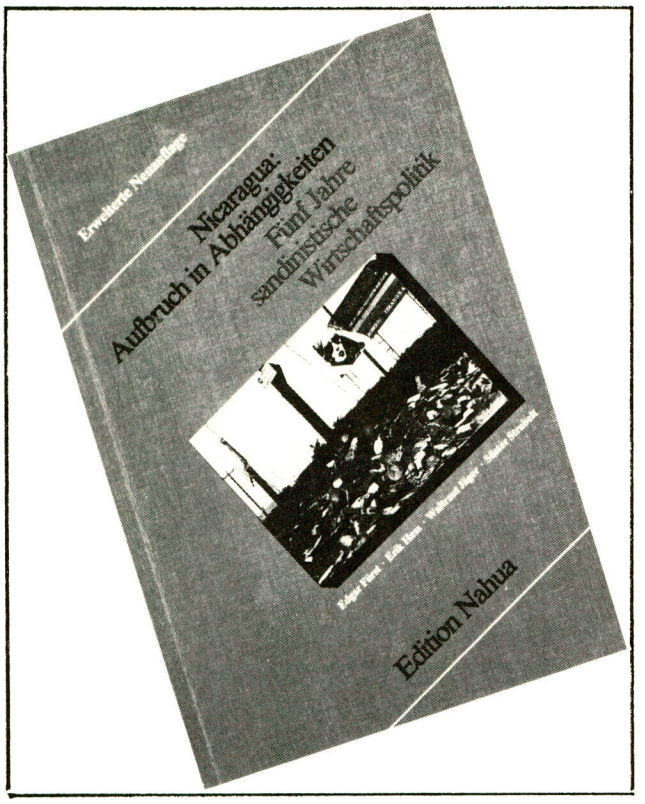
Die Auseinandersetzung
um die Entwicklungshilfe
der Bundesrepublik für Nicaragua

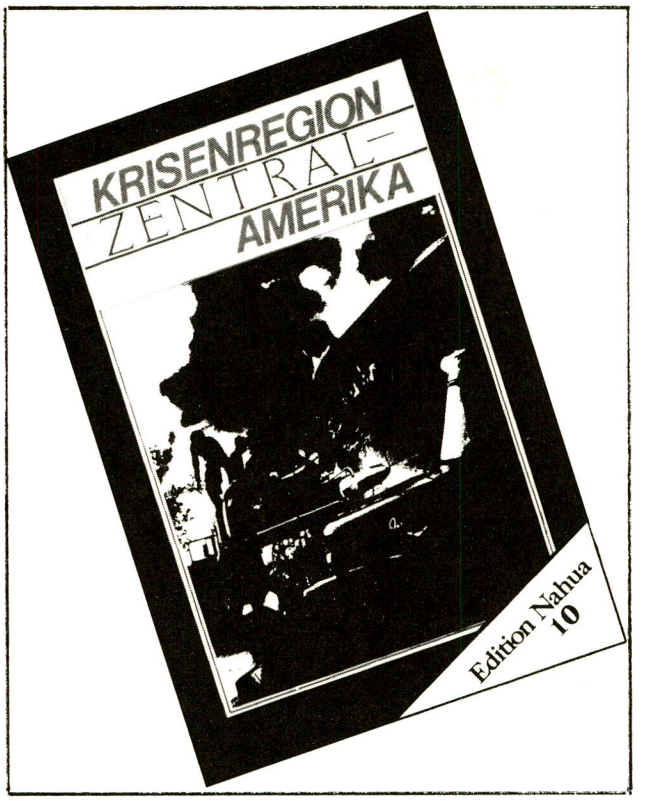
1984. Format A4. 64 Seiten. DM 6,00

"WER IN DIE TIEFE GEHEN WILL, UM GENAU ZU ERFAHREN, WAS ALLES DIE FRÜHERE UND JETZIGE BUNDESREGIERUNG DER REGIERUNG NICARAGUAS VERSPROCHEN HABEN UND WANN UND WIE JEDES EINZELNE DIESER VERSPRECHEN SCHAMLOS GEBROCHEN WURDE, DER GREIFE ZU DER DOKUMENTATION VON ANDREAS GAMPERT. MIT KURZEN ERLÄUTERNDEN TEXTEN WERDEN HIER PRESSEERKLÄRUNGEN, PRESSEARTIKEL, SCHRIFTWECHSEL, BUNDESTAGSPROTOKOLLE, INTERVIEWS UND VIELES MEHR ABGESRUCKT - GENÜGEND STOFF FÜR EINE GANZE ABENDVERANSTALTUNG ODER EINE PODIUMSDISKUSSION."

MITTELAMERIKA-MAGAZIN,46

Edition Nahua





Erweiterte Neuauflage

Nahua-Taschenbuch, Band 1

Nicaragua: Aufbruch in Abhängigkeiten Fünf Jahre sandinistische Wirtschaftspolitik

1985. 128 S. mit zahlreichen s/w-Fotos, grafischen Übersichten, Tabellen und 1 Wirtschaftskarte. Etwa DM 12,80

Dieses Buch setzt als erweiterte Neuauflage die 1982 vorgelegte Arbeit "Nicaragua: Aufbruch in Abhängigkeiten - Zwei Jahre sandinistische Wirtschaftspolitik" fort und zeichnet die Grundzüge der gegenwärtigen Entwicklung der im Zeichen des Krieges stehenden Wirtschaft bis zum Spätherbst 1984 nach.

"Die Darstellung kann wesentlich zum Verständnis der Vorgänge an dem sehr neuralgischen Punkt der Zeitgeschichte beitragen." ekz, Reutlingen

Neuerscheinung Herbst 1985

Nahua-Taschenbuch, Band 10

Krisenregion Zentralamerika

Costa Rica - El Salvador - Guatemala - Honduras - Nicaragua
So fern von Gott und so nah den USA

1985. Etwa 128 S. mit zahlreichen Fotos und Karten. Etwa DM 12,80

Wer sich einen Überblick über die aktuellen Fragestellungen in Mittelamerika verschaffen will, dem wird dieses Buch als Grundlageninformation empfohlen.
Anerkannte Autoren aus dem entwicklungspolitischen Bereich setzen sich unter anderem mit den Ursachen der Konflikte in der Region, mit den bundesdeutschen Positionen zu Mittelamerika und mit der Instrumentalisierung der Menschenrechtsfrage auseinander.
Ein wesentlicher Teil des Buches ist der Politik und Arbeit der evangelischen und katholischen Kirche in Mittelamerika gewidmet.

Edition Nahua

Edition Nahua